Auf nach GRÜNland-Pfalz

Das GRÜNE Wahlprogramm zur Landtagswahl 2011

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
RHEINLAND-PFALZ

Inhaltsverzeichnis

Auf nach GRÜNland-Pfalz ..... Seite 3

1. GRÜNland-Pfalz für gutes Klima.
Aufbruch mit dem Klimaschutzprogramm. Politik für die Energiewende
und neue Jobs. ..... Seite 10

2. GRÜNland-Pfalz wirtschaftet besser.
Wirtschaft gestalten statt Arbeitslosigkeit verwalten. ..... Seite 15

3. GRÜNland-Pfalz steigt um.
Eine Verkehrswende für Stadt und Land. ..... Seite 24

4. GRÜNland-Pfalz ist ganz natürlich.
Saubere Umwelt, erfolgreiche Landwirtschaft. ..... Seite 28

5. GRÜNland-Pfalz stärkt die Verbraucherinnen und Verbraucher.
Transparenz und Kontrolle. ..... Seite 37

6. GRÜNland-Pfalz lässt keinen fallen.
Armut bekämpfen, Teilhabe für alle. ..... Seite 39

7. GRÜNland-Pfalz macht gesund.
Selbstbestimmung bei Krankheit und Pflege stärken. ..... Seite 44

8. GRÜNland-Pfalz ist generationengerecht und familienfreundlich.
Politik fürs Großwerden und fürs Altern. ..... Seite 50

9. GRÜNland-Pfalz macht klug.
Gemeinsam besser und gerechter lernen. ..... Seite 54

10. GRÜNland-Pfalz denkt weiter.
Innovationen für Hochschulen, Wissenschaft und Weiterbildung. ..... Seite 62

11. GRÜNland-Pfalz ist ganz aktiv.
Kultur, Sport und Medien für ein aktives Rheinland-Pfalz.. ..... Seite 68

12. GRÜNland-Pfalz schützt Dich und mich.
Mehr Rechte und mehr Bürgernähe - Aufbruch in der Innenpolitik ..... Seite 73

13. GRÜNland-Pfalz lebt vom Mitmachen.
Demokratie geht alle an. ..... Seite 78

14. GRÜNland-Pfalz ist geschlechtergerecht.
Frauen gleichstellen, Gendermainstreaming in allen Politikbereichen..... Seite 83

15. GRÜNland-Pfalz ist für alle da.
Vielfalt, Toleranz, Weltoffenheit, Frieden: Aufbruch für eine starke
Zivilgesellschaft. ..... Seite 86

Auf nach GRÜNland-Pfalz

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

am 27. März 2011 haben Sie die Wahl. Sie entscheiden über die Zusammensetzung des Landtags und darüber, wer in Rheinland-Pfalz in den kommenden fünf Jahren die Verantwortung trägt. Sie bestimmen, wie die Zukunft unseres Landes aussieht und wer dessen Geschicke prägt. Wir GRÜNE werben um Ihre Stimme und möchten Sie mit unserem Programm davon überzeugen, dass Rheinland-Pfalz eine starke GRÜNE Fraktion im Landtag braucht und GRÜNER werden muss. Begleiten sie uns nach: GRÜNland-Pfalz.

Rheinland Pfalz steht vor großen Herausforderungen. Sie können erwarten, dass die Parteien dafür Lösungen anbieten.

Der Klimawandel macht auch vor den Landesgrenzen nicht halt. Das merken wir alle. Stürme und extreme Wetterereignisse nehmen zu - nicht nur im Westerwald oder in der Eifel. Der Klimawandel ist auch für Rheinland-Pfalz eine Bedrohung und wir müssen aktiv zum Klimaschutz beitragen. Unser Ziel ist es, die Temperaturerhöhung auf höchstens 2 Grad zu begrenzen. Das ist wichtig für unsere Lebensqualität und die Umwelt in Rheinland-Pfalz,, aber auch für die Menschen und die Natur auf der gesamten Welt.

- Immer weniger Menschen leben in Rheinland-Pfalz. Besonders in den ländlichen Räumen werden in Zukunft weniger Menschen wohnen. Im Jahr 2007 gab es erstmals in der Geschichte unseres Landes mehr Menschen, die 65 Jahre und älter waren, als junge Menschen im Alter von unter 20 Jahren. Noch vor 40 Jahren war die Zahl der Jüngeren in Rheinland-Pfalz doppelt so hoch. Dieser demografische Wandel schreitet unaufhaltsam voran, die Auswirkungen werden immer spürbarer. Auch wenn wir entlang der Rheinschiene und in der Region Trier noch Einwohnerzuwächse verzeichnen, müssen wir jetzt die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Menschen und Regionen nicht abgehängt werden. Ältere Menschen dürfen auch künftig in ihren Dörfern nicht abgeschnitten sein von Grundversorgung und kulturellem Leben. Junge Familien müssen auch auf dem Land Betreuung und eine gute Schule mit guter Bildung für ihre Kinder finden. Die Aufgaben sind immens: Infrastruktur, Bildung, Arbeit, demografischer Wandel – all diese wichtigen Zukunftsfragen sind eng miteinander verflochten.

- Unsere Wirtschaft braucht ein neues Fundament, denn auch wir wurden heftig von der Wirtschaftskrise getroffen. Trotz konjunktureller Erholung spüren die Bürgerinnen und Bürger, dass die Krise nicht wirklich ausgestanden ist und sich schnell wiederholen kann. Grundlegende Weichenstellungen sind bisher ausgeblieben. Die schwarz-gelbe Bundesregierung in Berlin bedient schon wieder fröhlich die Klientelinteressen der Wirtschaft und der Finanzmärkte. Aber auch in Rheinland-Pfalz stellt sich das „business as usual“ bereits wieder ein. Unsere Region, die durch eine exportabhängige und leistungsfähige Zulieferindustrie und die Chemie geprägt ist, ist nicht krisensicher und braucht einen GRÜNEN Innovationsschub. Mit unserem wirtschaftspolitischen Konzept wollen wir auch die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz auf ein solides Fundament stellen: mit Investitionen in Klimaschutz, Bildung und Gerechtigkeit.

Liebe Wählerinnen und Wähler,

das sind einige der großen Probleme und Fragen, auf die Politik in Rheinland-Pfalz eine Antwort geben muss. Das sind aber auch die Gründe dafür, warum die GRÜNEN endlich wieder in den Landtag einziehen müssen. Die vergangenen Jahre haben gezeigt:

Die SPD verwaltet unser Land, statt es zu gestalten. Ihr fehlt nach langen Jahren an der Macht die Zukunftsvision. Rheinland-Pfalz braucht frische Ideen und Konzepte. Die absolute SPD-Mehrheit hat unserem Land nicht gut getan. Sie hat die SPD nur behäbig gemacht. Statt sich auf Inhalte zu konzentrieren und Neues zu durchdenken, denkt die Partei lieber an sich und verstrickt sich in handfeste Skandale. Am Nürburgring oder auch beim Festhalten an einem Minister, dem höchste deutsche Gerichte Rechts- und Verfassungsbruch vorwerfen, zeigt sich, was geschieht, wenn man ein Land zu besitzen glaubt.

Die CDU hat ihre lange Oppositionszeit nicht genutzt, um sich zu erneuern und sich für Rheinland-Pfalz etwas vorzunehmen. Die Union hat sich darauf beschränkt, Fundamentalopposition zu betreiben, anstatt eigene und neue Konzepte für die Zukunft unseres Bundeslandes vorzulegen. Sie mäkelt, murkst und merkelt. Eine neue Spitzenkandidatin macht noch keinen Spitzenjahrgang. Seit dem Abgang von Bernhard Vogel ist diese Partei zerstritten. Rund 400.000 € Fraktionsgelder hat sie im letzten Wahlkampf rechtswidrig in ihrem Wahlkampf missbraucht. Ohne Vision und ohne politischen Kurs bleiben bloß Skandale und unbewältigte Vergangenheit.

Der Blick auf FDP und Linkspartei macht deutlich: Veränderungen nach vorn gibt es nur mit GRÜN. Nicht nur im Bund zeigt die FDP, dass sie nur einfache Parolen und dreiste Klientelpolitik bietet. Weder die FDP noch die im Streit zerrüttete Linkspartei präsentieren Lösungen, die den Herausforderungen in der komplexer werdenden Welt gewachsen wären.

Statt miteinander um Inhalte und die beste Lösung für die Aufgaben in unserem Land zu ringen, verharren CDU und SPD in gegenseitigen Schuldvorwürfen, handfesten Skandalen und Nickeligkeiten. All das zeigt: Rheinland-Pfalz hat etwas Besseres verdient.

GRÜN gibt dem Wandel eine Richtung

Die GRÜNEN sind auch 30 Jahre nach ihrer Gründung die Alternative, die Partei, die auf Konzepte setzt. Wir machen uns Gedanken, wie wir für alle Rheinland-Pfälzer Lebensqualität schaffen können und dabei die Mitwelt schonen für unsere Nachkommen und die Mitmenschen in anderen Teilen der Welt.

Wir haben in den letzten Jahren bewiesen, dass wir sowohl regieren können, als auch aus der Opposition heraus ordentlich Dampf machen, damit sich was ändert. GRÜN gestaltet! Im Bund, in den Bundesländern und in den Kommunen, in Städten und Landkreisen – gerade auch hier in Rheinland-Pfalz, wo wir inzwischen in vielen Kommunalparlamenten vertreten sind und in 35 Bündnissen und Koalitionen Regierungsverantwortung für Städte und Gemeinde tragen. So haben wir in Mainz und Germersheim den Neubau von klimaschädlichen Kohlekraftwerken verhindert.

17 Prozent unseres Stromes wurden im Jahr 2009 in Deutschland regenerativ erzeugt, rund 340.000 neue Arbeitsplätze durch Erneuerbare Energien geschaffen. Der Ökolandbau und eine wachsende Zahl von Bio-Supermärkten sind bis heute Ausweis GRÜNER Regierungspolitik, von der gerade auch Rheinland-Pfalz profitiert. Deutschland ist durch die GRÜNE Regierungsbeteiligung offener geworden, lebenswerter und moderner. Sogar die CSU hat jetzt eine Frauenquote eingeführt.

GRÜN heißt: vor dem Wandel weder die Augen zu verschließen, noch sich vermeintlichen Sachzwängen der Globalisierung widerstandslos zu ergeben. GRÜN streitet für Inhalte und nicht für die Macht um ihrer selbst willen. GRÜN bedeutet: dem Wandel eine Richtung geben.

Wir GRÜNE wollen in Rheinland-Pfalz Umwelt und Wirtschaft miteinander versöhnen. Von einer intakten Natur profitieren nicht nur Landwirtschaft und Weinbau, sondern auch der Tourismus und die Gesundheit der Menschen. Wir GRÜNE wollen, dass der Mensch im Mittelpunkt steht. Politik kann heute noch weniger als früher gegen die Bürgerinnen und Bürger gemacht werden. Der Widerstand gegen „Stuttgart 21“ in unserem Nachbarland Baden-Württemberg macht mehr als deutlich, dass Politik nicht einfach von oben verwaltet und durchgezogen werden kann. Demokratie wächst von unten. Und das bedeutet: im Gespräch mit den Menschen und in Auseinandersetzung mit ihren konkreten Bedürfnissen, Problemen und Hoffnungen. Auch dafür stehen wir GRÜNE: Für Politik von der Basis für die Basis und für mehr Demokratie und Mitsprache.

Elf Schwerpunkte für 2011 – auf nach GRÜNland-Pfalz

Wie wir die Herausforderungen anpacken wollen, das lesen Sie in diesem Programm. Einige Schwerpunkte liegen uns besonders am Herzen. Wir heben sie deshalb hier hervor, weil wir mit ihnen beispielhaft zeigen können, wie wir aus Rheinland-Pfalz GRÜNland-Pfalz bauen wollen. GRÜNland-Pfalz – das ist Rheinland-Pfalz in GRÜN, ein Bundesland, das seinen Menschen eine gute Lebensqualität und eine bessere Zukunft bietet und das die vielfältigen ökonomischen, ökologischen und sozialen Herausforderungen annimmt und bewerkstelligt.

1. GRÜNE Energie für Umwelt- und Klimaschutz: besseres Klima durch weniger CO2, mit 100 Prozent Ökostrom für tausende neue Jobs

Der Klimawandel ist das gravierendste und drängendste globale Umweltproblem. Die weltweit steigenden Treibhausgase aus Verkehr, Industrie und Privathaushalten verursachen bereits heute Katastrophen mit Milliardenschäden. Wir GRÜNE verfolgen im Klimaschutz engagierte Ziele statt unverbindliches Gerede. Wir fühlen uns verpflichtet, den CO2-Ausstoß in Rheinland-Pfalz bis 2050 durch entschiedene Maßnahmen in allen Handlungsfeldern um 90 Prozent zu senken. Das ist machbar, wenn die Landespolitik konsequent auf dieses Ziel ausgerichtet wird. Investitionen in Erneuerbare Energien, in Wärmedämmung und Gebäudesanierung lohnen sich dreifach: weniger CO2, weniger Heizkosten und mehr Beschäftigung im Handwerk. Nur wir GRÜNE sorgen in der Energiepolitik für eine konsequente Energiewende: Bis 2030 wollen wir den Strombedarf in Rheinland-Pfalz zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien decken. Statt den Betreibern von Atom- und Kohlekraftwerken Milliarden Euro an Extragewinnen in den Rachen zu werfen, wollen wir die Chancen von Sonne, Wind, Wasser, Biomasse & Co. für regionale Wertschöpfung und tausende neue Arbeitsplätze in Rheinland- Pfalz nutzen. Angesichts des von der schwarz-gelben Bundesregierung beschlossenen Wiedereinstiegs in die

Atomenergie ist eine starke GRÜNE Stimme für Erneuerbare Energien in Rheinland-Pfalz dringender denn je.

Beim Klimaschutz braucht es engagierte GRÜNE Ziele, statt unverbindliches Gerede.

2. GRÜNE Welle für Busse und Bahnen: rote Karte für unsinnige und teure Verkehrsprojekte

Die Verkehrspolitik in Rheinland-Pfalz braucht neue Ideen. Nicht in immer neuen und teuren Straßenbauprojekten liegt die Zukunft, sondern in einer Stärkung von Bussen und Bahnen und der Instandhaltung des vorhandenen Straßennetzes. Unser Motto lautet: Sanieren statt Planieren. Die Verschandelung der Landschaft durch die Mittelrhein- oder die Hochmoselbrücke brauchen wir ebenso wenig, wie die Pläne zur vierspurigen B10 oder der Bienwaldautobahn. Diese Gelder sind sinnvoller in leistungsfähige Fährverbindungen, die Ausbesserung der vorhandenen Straßen und einen leistungsfähigen öffentlichen Personennahverkehr investiert. Unser langfristiges Ziel ist es, alle Ortschaften an allen Tagen der Woche mit einem verlässlichen Takt anzubinden. Nur wir GRÜNE stehen für die konsequente Förderung von Bussen und Bahnen und behalten auch die Belange von Radfahrerinnen und Radfahrern, Fußgängerinnen und Fußgängern und mobilitätseingeschränkten Menschen im Blick.

3. Mit GRÜNEN Ideen für mehr Beschäftigung

Die Förderung von Erneuerbaren Energien und mehr Umweltschutz, bessere Schulen und Hochschulen sowie eine intakte soziale Infrastruktur sind gut für das Zusammenleben in unserem Land. Dies sorgt auch für zukunftsfähige Beschäftigung. Der Bereich der Umwelttechnik und der Erneuerbaren Energien ist der Jobmotor der Zukunft. Bessere Bildungschancen sind der Garant für gute Beschäftigungsperspektiven und sichern den Innovations- und Produktionsstandort. Im Bereich der sozialen Dienstleistungen liegen weit reichende Beschäftigungspotenziale. Eine naturnahe Landwirtschaft bietet mehr Arbeitsplätze im ländlichen Raum.

Wir GRÜNE wollen: die Wirtschaftspolitik des Landes an den Zielen der ökologischen Modernisierung und der sozialen Gerechtigkeit ausrichten und insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen in ihrem Engagement für Arbeits- und Ausbildungsplätze unterstützen, sanfte Tourismusangebote und regionale Vermarktungsstrukturen gezielt fördern, die bäuerlich und mittelständisch geprägte Landwirtschaft und die mit ihr verbundenen Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz erhalten und stärken. Wir setzen auf bessere Rahmenbedingungen für innovative Unternehmen statt auf Prestige- und Großprojekte am Nürburgring und anderswo.

4. Grün für die Sicherung der Artenvielfalt und gentechnikfreie Landwirtschaft

Wir wollen in Rheinland-Pfalz Naturräume, die Vielfalt der Arten und die einzigartigen Landschaften erhalten. Sie sind Erholungsraum für die Menschen, Lebensraum für Tiere und Pflanzen und auch unverzichtbar für einen naturnahen und attraktiven Tourismus. Nur wir GRÜNE sind die verlässliche Stimme für Natur- und Artenschutz. Deswegen werden wir eine Strategie zur Erhaltung der Artenvielfalt im Land entwickeln. Dazu gehören die Biotopvernetzung, naturgemäße Waldwirtschaft und die drastische Verringerung des Flächenverbrauchs. Eine neue Landwirtschaftspolitik ist Grundlage für die Erhaltung der Artenvielfalt und der Landschaft. Für den Schutz der Biodiversität wollen wir die Agrarpolitik reformieren: Wir brauchen Blühflächen für Bienen und Ackerrandstreifen, weniger gefährliche Pestizide und mehr Öko-Landbau. Die Kontamination durch gentechnisch veränderte Organismen bedroht die biologische Vielfalt unserer Natur. Gentechnisch veränderte Nahrungsmittel haben in unserem Essen nichts

verloren. Wir stehen für eine gentechnikfreie Landwirtschaft und den Schutz und die umfassende Information der Verbraucherinnen und Verbraucher. Die Menschen in Rheinland-Pfalz wollen und sollen durch eindeutige Kennzeichnung wissen, was auf ihren Tisch kommt.

5. GRÜN als starker Partner der Kommunen in Rheinland-Pfalz

Unsere Kommunen sind für die Bürgerinnen und Bürger da. In den Städten, Kreisen und Gemeinden wird Politik für die Menschen unmittelbar erfahrbar. Hier werden aus abstrakten Programmen beispielsweise bei der Kinderbetreuung, bei der Jugend- und Sozialarbeit oder beim Sport konkrete Angebote für die Menschen. Hier findet die direkte Begegnung zwischen Bürgerinnen und Bürgern, der Verwaltung und ihren Leistungen statt. Wir GRÜNE stehen für eine offene Kommune, in der sich Politik und Verwaltung im steten Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern befinden. Die Kommunen müssen in der Lage sein, ihre Dienstleistungen bürgernah und bürgerfreundlich anzubieten. Gerade deshalb braucht unser Land starke Kommunen mit stabilen und verlässlichen Einnahmen. Wir wollen durch einen kommunalen Sicherungsplan erreichen, dass die Kommunen von ihren Schulden entlastet werden, die Einnahmen verlässlicher werden und nicht immer neue Aufgaben ohne entsprechende Finanzierung von Landeseite auf die Kommunen übertragen werden. Wir wollen die kommunale Selbstverwaltung stärken und die demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger ausweiten. Demokratie muss vor Ort gelebt werden können.

6. Ein GRÜNES Rheinland-Pfalz ist ein gerechtes Rheinland-Pfalz

Laut Armutsbericht der Landesregierung sind in Rheinland-Pfalz eine halbe Million Menschen von Armut bedroht. Statt immer neuer befristeter Modellprojekte und unklarer Finanzierung von sozialen Initiativen braucht es ein aufeinander abgestimmtes Gesamtkonzept. Wir GRÜNE stehen für einen landesweiten Aktionsplan gegen Armut in Rheinland-Pfalz. Ein besonderer Skandal ist die hohe Zahl von Kindern und Alleinerziehenden, vor allem Frauen, die in Armut leben. Auch Kindern, die in einkommensschwachen Familien aufwachsen, muss die gleichberechtigte Teilhabe in unseren Kindertagesstätten und Schulen möglich sein.
Eine gerechte Gesellschaft ist für uns eine Gesellschaft, in der endlich auch Menschen mit Behinderungen barrierefrei am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Deshalb wollen wir die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Rheinland-Pfalz umsetzen.

7. GRÜNE Rezepte für die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum und die Zukunft der Pflege

Gerade im ländlichen Raum stellt sich angesichts sinkender Einwohnerzahlen die Herausforderung, eine flächendeckende Gesundheitsversorgung aufrecht zu erhalten. Mit einem Maßnahmenbündel wollen wir sicherstellen, dass niemand in Rheinland-Pfalz vom medizinischen Fortschritt abgehängt wird. Dort, wo es keine ausreichende Versorgung mit Arztpraxen mehr gibt, wollen wir durch regionale Versorgungszentren den medizinischen Bedarf sicherstellen. In diesen Versorgungszentren arbeiten Ärztinnen und Ärzte verschiedener Spezialgebiete im Team zusammen und nutzen Gebäude sowie Ausstattungen gemeinsam. Für Orte ohne eigene Arztpraxis in erreichbarer Nähe werden auch Hausbesuche zur Tätigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Versorgungszentrums gehören. Für die ambulante gesundheitliche Versorgung wollen wir zusätzlich in Rheinland-Pfalz das Modell Gemeindepflege umsetzen. Hiermit werden – in Anlehnung an das bewährte Angebot der Gemeindeschwester – Krankenpflegekräften mit Zusatzausbildung mehr Kompetenzen übertragen. Wir stehen für menschenwürdige Pflege, die vor Ort stattfindet, Selbstbestimmung achtet, kulturelle und religiöse

Bedürfnisse befriedigt.

8. GRÜNER Aufbruch für bessere Bildung

Der Bildungspolitik in Rheinland-Pfalz fehlt eine klare Richtung. Viele unkoordinierte und halbherzige Reformen tragen nicht zu mehr Qualität und Gerechtigkeit in unseren Schulen bei, sondern führen lediglich zu Frust bei den Eltern, den Kindern und Jugendlichen und auch bei den Lehrerinnen und Lehrern. Es fehlt an neuem Schwung und der Bereitschaft, Fehlentwicklungen zu korrigieren. Wir wollen bessere Bildung für alle Kinder von Anfang an. Das bedeutet mehr Zeit zur individuellen Förderung und mehr pädagogische Freiheit für die Kindertagesstätten und Schulen in Rheinland-Pfalz. Der konsequente Ausbau von Ganztagsschulen, die diesen Namen auch verdienen, gehört für uns ebenso dazu wie mehr Selbstständigkeit für die einzelne Schule. Wir GRÜNE sind der Überzeugung, dass durch längeres gemeinsames Lernen alle Schülerinnen und Schüler besser gefördert werden können als durch das gegliederte Schulwesen. Die von der Landesregierung geförderte Realschule plus erfüllt diesen Anspruch nicht. Wir brauchen mehr Schulen, an denen nach der Grundschule wirklich alle Bildungsabschlüsse offen gehalten werden. Wir wollen deshalb eine 'Schulreform von unten' ermöglichen: Integrierte Gesamtschulen wollen wir dort ausbauen, wo vor Ort der Bedarf dafür gesehen wird. Durch eine Stärkung der Schulen wollen wir die individuelle Förderung und die Qualität des Unterrichts verbessern. Wir wollen, dass die Inklusion und das gemeinsame Lernen von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Behinderungen in den Kindertagesstätten und Schulen zum Standard wird.

9. GRÜNE Innovationen für die Hochschulen

In der Hochschulpolitik fehlt es der Landesregierung an innovativen Ideen. Attraktive Universitätsstädte und motivierte Studierende sind ein regelrechter Innovationsmotor für Rheinland-Pfalz. Unser Land braucht mehr und nicht weniger Studierende und die Zahl der Studienplätze muss entsprechend erhöht werden. Wir wollen die Bachelor/Master-Studienreform vom Kopf auf die Füße stellen, die Verschulung des Studiums zurücknehmen und die Studierbarkeit der Studiengänge verbessern. Auch der Zugang zum Master muss allen Studierenden offen stehen und nicht durch willkürliche Zugangshürden beschränkt werden. Studiengebühren lehnen wir auch in Form der Studienkonten der Landesregierung ab. Wir wollen den Anteil an Professorinnen erhöhen.

10. Ein GRÜNES Rheinland-Pfalz ist ein offenes, buntes und vielfältiges Rheinland-Pfalz

Wir GRÜNE setzen uns für ein tolerantes und weltoffenes Rheinland-Pfalz ein. Die gemeinsam gelebte gesellschaftliche Vielfalt ist eine Bereicherung für unser Bundesland. Ausgrenzung und Diskriminierung von Menschen, aus welchem Grund auch immer, werden wir bekämpfen. Gerechtigkeit bedeutet für uns auch, die gleichberechtigte Teilhabe von rund 750.000 Menschen mit Migrationshintergrund am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben zu gewährleisten. Vorhandene Benachteiligungen wollen wir durch ein umfassendes Maßnahmenpaket überwinden. Dazu gehören Maßnahmen zur Förderung der Sprachkompetenz, insbesondere bei Kindern, mehr pädagogisches Fachpersonal mit Migrationshintergrund in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, die interkulturelle Öffnung des öffentlichen Dienstes und die Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle, die dauerhaft bei uns leben.

11. Das GRÜNE Demokratiepaket für Rheinland-Pfalz

Wir wollen für Rheinland-Pfalz mehr Demokratie wagen. Wir wollen weitere Beteiligungsrechte auf allen Ebenen verankern und ein lebendiges Einmischen der Menschen unterstützen. Daher wollen wir moderne, transparente Beteiligungsformen wie

kommunale Bürgerhaushalte, Mediationsverfahren, Dialogforen oder Schlichtungs- und Fachgespräche stärken. Gute Politik darf nicht über die Köpfe der Menschen hinweg, sondern mit ihnen gemeinsam gestaltet werden. Mit unserem GRÜNEN Demokratiepaket wollen wir den Bürgerinnen und Bürger mehr Möglichkeiten für die direkte Teilhabe an Entscheidungen geben. Konkret wollen wir die Absenkung der formalen Hürden für kommunale und landesweite Bürgerbehren und –entscheide, die freie Unterschriftensammlung für landesweite Volksbegehren, die Senkung der Unterschriftenhürde für Volksbegehren auf 3 Prozent der Stimmberechtigten und die Verlängerung der Eintragungsfrist für Volksbegehren auf sechs Monate. Es wird auch Zeit, das Wahlalter bei Landtags- und Kommunalwahlen auf 16 Jahre zu senken. Zu einem demokratischen Bundesland gehört auch, dass Bürgerinnen und Bürger umfassend informiert und politische Entscheidungen transparent gefällt werden. Deshalb wollen wir ein Informationsfreiheitsgesetz, das diesen Namen auch tatsächlich verdient, und einen Informationsbeauftragten. Wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern in Rheinland-Pfalz künftig den Zugang zu Informationen ohne Nachweis eines besonderen Interesses ermöglichen.
Zu einem modernen Verständnis der Bürgerrechte gehören für uns auch ein umfassender Schutz der persönlichen Daten und eine umfassende Information der Bürgerinnen und Bürger über Belange, die sie unmittelbar betreffen.
Wir stehen für Datenschutz statt Datenklau. Deshalb wollen wir die Befugnisse des Datenschutzbeauftragten deutlich stärken. Zu einem sorgfältigen Umgang mit Daten gehört für uns auch eine Beschränkung der Kameraüberwachung im öffentlichen Raum.

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

konnten wir Sie überzeugen? Haben wir Sie neugierig gemacht? Haben Sie Lust, sich gemeinsam mit uns auf den Weg zu machen nach GRÜNland-Pfalz?

Auf den folgenden Seiten finden Sie unsere Ideen für unser Land. Wir wünschen viel Spaß beim Lesen und hoffen, dass Sie Antworten auf die Fragen finden, die Sie besonders bewegen. Wenn Sie weitere Fragen haben, sprechen Sie mit uns und unseren Kandidatinnen und Kandidaten für den rheinland-pfälzischen Landtag. Aber auch die GRÜNEN vor Ort stehen Ihnen zur Verfügung, wenn Sie etwas genauer wissen wollen.

Rheinland-Pfalz braucht eine starke GRÜNE Landtagsfraktion. Wir sollten das Land nicht weitere fünf Jahre allein Kurt Beck und seiner grau gewordenen SPD überlassen oder Julia Klöckner, die die Einfallslosigkeit der Union nicht wettmachen kann. Wir GRÜNE sind die frische Kraft in Rheinland-Pfalz. Wir wollen Rheinland-Pfalz innovativer und ein bisschen frecher gestalten – wenn es sein muss, aus der Opposition heraus, aber am besten und wirkungsvollsten in der Regierung. Dabei ist klar: Wer zurück will zu mehr Atom und Kohle, wer auf die Spaltung der Gesellschaft setzt, statt auf mehr Zusammenhalt, der kann für uns dabei kein Partner sein.

Kämpfen Sie mit uns für mehr Modernität, mehr Selbstbestimmung, mehr Nachhaltigkeit in der Wirtschaft, für mehr Gerechtigkeit und mehr Demokratie. Wählen Sie GRÜN.

Wir laden Sie herzlich ein: Kommen Sie mit nach GRÜNland-Pfalz!

Wählen Sie am 27. März 2011 Bündnis 90/DIE GRÜNEN.

1.
GRÜNland-Pfalz für gutes Klima.
Aufbruch mit dem Klimaschutzprogramm. Politik für die Energiewende und neue Jobs.

Leistungsfähige, klimaschonende Energiegewinnung und Energieinfrastruktur sind zu Schlüsselfragen moderner Gesellschaften geworden – ökologisch und ökonomisch. Unser Umgang mit Energie entscheidet über unsere Zukunft – auch in Rheinland-Pfalz.

Deswegen wollen wir die Energiewende hier bei uns vorantreiben und haben das „GRÜNE Klimaschutzprogramm für Rheinland-Pfalz“ entwickelt. Wir wollen mit ihm unseren Beitrag leisten, um die Folgen des Klimawandels abzumildern und die Erderwärmung auf maximal zwei Grad zu begrenzen. Nur wenn wir jetzt unseren CO_2-Ausstoß verringern, können wir die Lebensgrundlagen und die heute noch bestehende Artenvielfalt in der Natur für zukünftige Generationen erhalten. Und wir wollen mit unserem Klimaschutzprogramm neue Jobs in Handwerk und Mittelstand schaffen.

Unser Ziel ist ehrgeizig, aber machbar: Bis zum Jahr 2050 wollen wir den Kohlendioxidsausstoß in Rheinland-Pfalz um mindestens 90 Prozent verringern. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir bereits bis 2030 100 Prozent unseres Strombedarfs aus Erneuerbaren Energien hier in Rheinland-Pfalz erzeugen. Das schützt das Klima, bringt Energiesicherheit und schafft neue Arbeitsplätze.

Die Erneuerbaren Energien und die Umwelttechnik haben sich in Deutschland längst zum Wirtschaftsmotor und Jobwunder entwickelt. Mehr als 340.000 Menschen arbeiten bundesweit bereits in der Erneuerbaren-Branche. Deutsche Unternehmen gehören zur Weltspitze. Auch in Rheinland-Pfalz gibt es zahlreiche Betriebe, die mit innovativen Produkten Arbeitsplätze geschaffen haben und sich im Weltmarkt behaupten. Daran wollen wir anknüpfen und diese Entwicklung weiter verstetigen und befördern. Die Chancen sind gut, denn wir haben in unserem Land gute Bedingungen für die Nutzung der Windkraft, der Solarenergie, der Geothermie, der Biomasse und auch der Wasserkraft. Mit unserm Klimaschutzprogramm machen wir Rheinland-Pfalz unabhängig von Atom- und Kohlestrom und damit unabhängiger von unsicheren Importen.

Ein GRÜNES Klimaschutzprogramm für Rheinland-Pfalz

Kern unseres Klimaschutzprogramms sind die drei großen „E“s: Einsparung, Effizienzsteigerung und Erneuerbare. Mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Netzinfrastruktur, mit Energieeinsparungen auch im Verkehrs- und Gebäudebereich und mit mehr Effizienz im Verbrauch von Energie schaffen wir es, unsere Ziele zu erreichen: Bis 2050 mindern wir den CO2-Ausstoß um 90 Prozent. Damit leisten wir Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer unseren Beitrag zur globalen Herausforderung Klimaschutz! Bis 2030 wollen wir all unseren Strom erneuerbar erzeugen und unseren Energieverbrauch bis 2050 um die Hälfte senken. Wir wollen unser „GRÜNES Klimaschutzprogramm für Rheinland-Pfalz“ Schritt für Schritt umsetzen und auswerten, so dass im Prozess eine Optimierung aller Maßnahmen erfolgen kann.

Mit einem Anreizprogramm und dem hohen Fachwissen der rheinland-pfälzischen Handwerkerinnen und Handwerker, Planerinnen und Planer wollen wir unseren Wohnungsbestand auf den neuesten Stand der Wärmedämmung bringen. Auch müssen

wir in Rheinland-Pfalz eine Verkehrswende einleiten. Dies geschieht insbesondere durch einen Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs. Daneben bauen wir auf die Zukunftschancen der Elektromobilität und anderer alternativer Antriebsformen. Es ist wichtig, dass nicht nur notwendige Forschung unterstützt wird, sondern gute Ideen umgesetzt werden und daraus neues klimagerechtes Handeln resultiert. Durch Beratung und finanzielle Unterstützung wollen wir Entwicklungen fördern, Energieverschwendung eindämmen und die Effizienz erhöhen.

Auf dem Weg aus der Klimafalle müssen die Landesregierung und die Kommunen ihre Vorbildfunktion bei Neubauten oder bei der energetischen Sanierung ihrer Liegenschaften, Verwaltungen, Fuhrparks und der öffentlichen Beschaffung wahrnehmen. Außerdem muss es gute Beratung und Vernetzung in der strategischen Begleitung von Energieeinsparprojekten geben. Energieagenturen sollen kommunal die Strategien auf dem Weg zu 100-prozentiger Nutzung Erneuerbarer Energien und die 90-prozentige Reduzierung des CO2-Ausstoßes begleiten. Zur praktischen Umsetzung von Klimaschutz werden wir uns dafür einsetzen, Konzepte für die Sektoren „Energieerzeugung“ (Strom und Wärme), „Energieeffizienz und Energiesparen“ sowie „Mobilität“ zu entwickeln, die sich konsequent am Ziel einer Reduktion des CO_2- Ausstoßes um 90 Prozent ausrichten. Dabei wollen wir Hand in Hand mit den rheinland-pfälzischen Naturschutzverbänden, den Verbraucherinnen und Verbrauchern, den Gewerkschaften und der Wirtschaft zusammenarbeiten.

Gefährliche Atomkraft, klimaschädliche Kohle – Schluss mit dem Wahnsinn!
Die schwarz-gelbe Regierung hat beschlossen, die Laufzeiten für Atomkraftwerke um 8 bis 14 Jahre zu verlängern. Denn wie bisher werden keine Jahreszahlen festgeschrieben, sondern Reststrommengen. Die Atomkraftwerke werden somit noch bis 2040 am Netz bleiben, und damit länger, als es die Regierung behauptet. Der von Merkel gepriesene Beschluss ist keineswegs die "Revolution in der Energieversorgung“, er ist vielmehr der Ausverkauf der Politik und ein Geschenk für RWE, E.ON und Co. Die Laufzeitverlängerung wird in ein energiepolitisches Fiasko führen! Mit Cattenom, Biblis, Phillipsburg liegen gleich drei Atomkraftwerke direkt an den Grenzen zu Rheinland-Pfalz. Diese Alt-AKWs haben ein Dauer-Störfallpotential, das wie in Biblis schon sprichwörtlich ist. Im Fall einer Katastrophe wären weite Teile des Landes betroffen, Menschen würden getötet und Landstriche unbewohnbar sein. Diese Schadenskosten werden von niemandem übernommen! Wir wissen alle: Strahlen kennen keine Grenzen! Leukämie bei Kleinkindern tritt in der Umgebung von AKWs nachweislich gehäuft auf. Rheinland-Pfalz ist Atomstromimportland. Cattenom belastet auch im Normalbetrieb die Mosel mit Tritium. Wir werden im Bundesrat eine Initiative ergreifen, um den vereinbarten Ausstieg schneller umzusetzen.
Um die künftige Stromversorgung zu sichern, sind weder Laufzeitverlängerungen noch ein Neubau von Kohlekraftwerken erforderlich. Erneuerbare Energien machen Atomstrom bereits im Jahr 2021 völlig überflüssig. Wir GRÜNE werden jede rechtliche und politische Möglichkeit ausschöpfen - auch den Bundesrat -, um die Laufzeitverlängerungen durch CDU und FDP rückgängig zu machen!

Mit dem Widerstand gegen die Kohlekraftwerkspläne in Mainz und Germersheim haben wir bewiesen, dass wir uns ohne jedes „Wenn und Aber“ gegen den Bau weiterer Kohlekraftwerke einsetzen. Denn: Entgegen den Behauptungen der Bundesregierung stellt allenfalls Erdgas – durch die Möglichkeit schneller Laständerungen – eine tatsächliche Brückentechnologie dar, deren Effizienz durch Kraft-Wärme-Kopplung gewährleistet werden sollte.

Die Energiewende vorantreiben durch den Ausbau der Windkraft …

Eine erhebliche Ertragssteigerung der Windenergie ist durch das Repowering möglich. Dabei werden an windreichen Standorten bestehende Windkraftanlagen durch neue, leistungsstärkere ersetzt. Durch eine größere Nabenhöhe und Windkraftanlagen der neuen 5- und 6-Megawatt-Generation lässt sich gut die Hälfte des benötigten Stromes aus Windenergie gewinnen. An Standorten, wo es ökonomisch und ökologisch sinnvoll ist, wollen wir zusätzliche Windkraftanlagen errichten. Wir möchten hierzu klare mengenmäßige Zielvorgaben erarbeiten und Sorge tragen, dass entsprechende Festsetzungen von Vorranggebieten beim Ausbau in den Regionalen Raumordnungsplänen vorgenommen werden. Darüber hinaus soll es auch den Kommunen möglich sein, in den Flächennutzungsplänen eigene Standortplanungen nach ökonomischen und ökologischen Kriterien vorzunehmen. Durch einen solchen Ausweisungsprozess wollen wir eine gerechte Abwägung zwischen den energiewirtschaftlichen Erfordernissen, technischer Eignung der Flächen sowie Aspekten des Natur-, Landschafts- und Immissionsschutzes gewährleisten. Hierdurch wird der Ausbau der Windenergie gezielter gelenkt, Verhinderungsplanung gestoppt und die Akzeptanz von Windkraftanlagen in der Bevölkerung gesteigert. Grundsätzlich halten wir es für richtig, Windenergieanlagen auch in Wäldern zu positionieren, wobei wir optimale Windausbeute und Gewährleistung des Artenschutzes voraussetzen.

… die bessere Nutzung der Sonne,

Geeignete Dach- und Konversionsflächen sind reichlich vorhanden. Sie reichen heute schon aus, um 20 Prozent des benötigten Stromes aus Photovoltaik zu erzeugen. Solarkataster zeigen, wo geeignete Dächer vorhanden sind. Neubauten sollen mit Photovoltaik und solarthermischen Anlagen ausgestattet werden. Öffentliche Gebäude sollen wo immer möglich und sinnvoll schnellstmöglich mit Solaranlagen ausgerüstet werden. Private und öffentliche Investitionen helfen bei der schnellen Umsetzung der solaren Energieversorgung. Um Kommunen den Beschluss von Solarsatzungen zu ermöglichen, streben wir eine entsprechende Änderung der Landesbauordnung an.

… mit mehr Biomasse und Biogas,

Aus Biomasse und Biogas lassen sich in Rheinland-Pfalz umweltverträglich und CO2-neutral mindestens zehn Prozent des Stromes und, mit Kraft-Wärme-Kopplung, auch der benötigten Wärme gewinnen. Die Landwirtschaft profitiert von neuen Einkommensmöglichkeiten und Arbeitsplätzen. Die Umwelt- und Klimaverträglichkeit des Energiepflanzenanbaus muss allerdings sichergestellt werden. Uns GRÜNEN ist es wichtig, dass die Bedürfnisse der Nahrungsmittelerzeugung sowie die des Landschafts- und Naturschutzes einen nachhaltigen Kompromiss mit dem neuen Zukunftssektor finden. Wir wollen weder die Grundlage der Nahrungsmittelproduktion für die Produktion von Brennstoffen opfern, noch zusehen, wie Landschaften, die für den Artenschutz Bedeutung haben, zu Biomasse-Äckern verwüstet werden. Deshalb ist im Rahmen von Umweltverträglichkeitsprüfungen sicherzustellen, dass im Hinblick auf eine Gesamtbilanz die Erzeugung von Biogas durch Energiepflanzen ökologisch wie energetisch verträglich ist. Wir geben auch deshalb der Verwertung von Abfällen und Reststoffen den Vorrang. Die Nutzung von Rest- und Schwachholz, Reststoffverwertung aus der Landwirtschaft und ein begrenzter Anbau von Energiepflanzen - bei Vermeidung von Monokulturen - sowie eine Verwertung organischer Abfälle lassen die energetische Nutzung der Biomasse auch zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor in Land und Forstwirtschaft werden. Biogas kann in das vorhandene Netz und in Speicher eingespeist werden und ist deshalb der von uns bevorzugte Weg der Nutzung pflanzlicher Energien. Wo immer bei der Verstromung von Biomasse Abwärme anfällt, muss diese auch sinnvoll genutzt werden (Kraft-Wärme-Kopplung), um den eingesetzten Energieträger optimal zu nutzen. Den Einsatz von Palmöl lehnen wir als äußerst klimaschädlich ab!

… mit Geothermie …

In weiten Teilen von Rheinland-Pfalz sind die Voraussetzungen für die Nutzung der Tiefengeothermie besonders günstig. Wir wollen die Erkundung und Erforschung der geothermischen Potenziale, aber auch die Risikoforschung und Technologiefolgenabschätzung gezielt fördern. Sofern Risiken für Menschen, Natur- und Siedlungsräume überzeugend ausgeschlossen werden können, wollen wir die Nutzung der Tiefengeothermie ausbauen.

… und moderner Wasserkraft.

Die bestehenden Wasserkraftwerke in Rheinland-Pfalz müssen so modernisiert werden, dass sie mehr Strom als bisher erzeugen können. Dabei ist auf die Durchgängigkeit der Flüsse zu achten. Über bestehende Anlagen hinaus sehen wir, von wenigen Ausnahmen abgesehen, keine Möglichkeit der Errichtung neuer Fließwasserkraftwerke. Neue Techniken, wie die Errichtung von Wasserkraftwerken am Flussgrund, sind zu prüfen.

Klimaschutzgesetz

Die GRÜNEN setzten sich für ein rheinland-pfälzisches Klimaschutzgesetz ein, das die Zielvorgaben zum Klimaschutz festschreibt und die Instrumente zur Erlangung der Ziele in der gesamten Politik über alle Ministerien hinweg entwickelt. Alle Projekte des Landes und die Vergabe von Fördergeldern und Zuschüssen müssen an den Klimaschutzzielen orientiert sein.

Energetische Sanierung und Dämmprogramme – Arbeit für das Handwerk

Rund 57,2 Prozent der Menschen in Rheinland-Pfalz lebten 2008 in privatem Wohneigentum – mehr als in den meisten anderen Bundesländern. Bei der Sanierung ihrer Immobilien sind die Bürgerinnen und Bürger jedoch zögerlich, sie verbrauchen daher mehr Energie für das Heizen ihrer Wohnungen als eigentlich nötig wäre. Mehr als 80 Prozent der 1,95 Millionen Wohnungen in Rheinland-Pfalz haben inzwischen einen energetischen Sanierungsbedarf und entsprechen nicht den aktuellen Energie- und Wärmeschutzstandards. Sanierung kostet zwar Geld, sie birgt aber auch erhebliche Vorteile: Sie schützt das Klima, führt zu Einsparungen bei den Heizkosten bis zu 80 Prozent, vermindert Kaufkraftabfluss für teure Öl- und Gasimporte - derzeit über 4 Milliarden Euro jährlich im Gebäudebereich in Rheinland-Pfalz -, und schafft neue Arbeitsplätze vor allem im örtlichen Bauhandwerk. Gerade vor dem Hintergrund rückläufiger Neubautätigkeit ist die Gebäudesanierung für das Bauhandwerk von größter Bedeutung. Wir GRÜNE sehen in der Gebäudedämmung und im Neubau von Passivhäusern oder sogar Plusenergiehäusern die Chance, tausende neue Arbeitsplätze durch aktiven Klimaschutz in Rheinland-Pfalz zu schaffen. Um dieses Ziel zu erreichen, setzen wir uns für ein neues Anreizprogramm zur energetischen Gebäudesanierung ein. So wird unser „GRÜNES Klimaschutzprogramm für Rheinland-Pfalz“ zum Jobmotor für das rheinland-pfälzische Handwerk!

Smart Grids – Stabile Netze für die neue Energieerzeugung

Um aus Erneuerbaren Energien dauerhaft und zuverlässig Strom bereitstellen zu können, müssen Stromerzeugung und Stromverbrauch aneinander angeglichen werden können. Hierzu müssen die Stromnetze zu intelligenten Netzen entwickelt, und bekannte Speichersysteme ausgebaut und neue entwickelt werden. Hier sind Milliardeninvestitionen erforderlich, die von den Netzbetreibern getragen werden müssen. Wir wollen, dass das Land Rheinland-Pfalz alle Anstrengungen unternimmt, um bei dem Ausbau der intelligenten Netze eine Führungsrolle einzunehmen. Grundlage hierfür ist die Erstellung eines Masterplans "Landesweite Netzverträglichkeitsprüfung". Darin sind die Verknüpfung

der Stromüberschussgebiete mit den nachfragestarken Ballungszentren, das Lastmanagement und -verlagerung auf der Nachfrageseite sowie der Bedarf an Regelkraftwerken zu planen. Bei einer erforderlichen Erweiterung des Stromnetzes sind unterirdische Kabel zu bevorzugen.
Stadtwerke gehören in den Besitz der Kommunen. Wir setzen uns für die Beibehaltung von Stadtwerken in kommunaler Hand und die Rekommunalisierung ein. Wir wollen durch eine ökologische Ausrichtung von Stadtwerken auch die Stromerzeugung dezentralisieren und die regionale Wertschöpfung erhöhen. Stadtwerke sollen Öko-Strom selbst produzieren und direkt vermarkten können. Auch die Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) ist ein Engagement, das den Stadtwerken auf den Leib geschneidert ist. Wir wollen die Kraft-Wärme-Kopplung zum Standard bei der Wärme-Produktion machen.

Bessere Beratung durch gute Energieagenturen
Wir wollen die Erstberatung für Firmen und Haushalte im Bereich der Energieeinsparung und des Klimaschutzes schnellstmöglich ausbauen. In den kommunalen Gebietskörperschaften werden wir den Aufbau von Energieagenturen unterstützen. Sie sollen Energieberatungen und Investitionen in den Klimaschutz voranbringen. Die bisherigen Angebote reichen bei weitem nicht aus und entwickeln sich nur zögerlich und nicht flächendeckend. Echte strategische Energieberatung geht über die Beratung von Verbraucherinnen und Verbrauchern oder das Ausschütten von Fördermitteln für Marketingmaßnahmen hinaus. Wir wollen die bisher wenig wirksame rheinland-pfälzische Energieagentur EOR zum Koordinator von Beratungswilligen und einem Pool aus Energieberatern und Handwerksbetrieben, bzw. Dienstleistern machen. Ihre Aufgabe muss sein, die regionalen Energieagenturen dabei zu unterstützen. An der Konzipierung und Qualitätssicherung der Landes-Energieagentur müssen Verbraucher- und Umweltschutzorganisationen mit starkem Gewicht beteiligt werden. Sie sollen Energieberatungen und Planungen beim Klimaschutz voranbringen.

Energiegenossenschaften – Vom Stromverbraucher zum Stromerzeuger
Zur Erleichterung von Investitionen und zur Stärkung der dezentralen Energieerzeugung begrüßen wir die Gründung von Energiegenossenschaften. Wenn die Bürgerinnen und Bürger von Energieverbraucherinnen und –verbrauchern zu Energieerzeugerinnen und –erzeugern werden, hilft das, eine nachhaltige klimaverträgliche Energiewirtschaft in Rheinland-Pfalz aufzubauen. Wir wollen deshalb das Programm zur Beratung der Gründung von Energiegenossenschaften in allen Kreisen und Städten ausbauen.

2.
GRÜNland-Pfalz wirtschaftet besser.
Wirtschaft gestalten statt Arbeitslosigkeit verwalten.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat uns eindringlich vor Augen geführt: Die Art und Weise, wie wir wirtschaften, steht nicht auf einem so stabilen Fundament, wie viele lange Zeit glaubten. Und zur zynischen Bilanz zählt auch: Am Ende haben von der Krise jene profitiert, die sie mit verschuldet haben. Die Kosten zahlen andere: Wir alle.
Wirtschaft ist für uns GRÜNE kein Selbstzweck, dem sich alles andere unterzuordnen hat, sondern eine wichtige Dimension unseres Lebens, die unser tägliches Tun bestimmt, den Zwecken des Zusammenlebens dient und langfristig Wohlstand, Gesundheit und ein lebenswertes und kulturell reiches Leben sichern muss. Aber dafür müssen wir unsere Wirtschaft auf ein neues Fundament stellen. Wir GRÜNE nennen das den „GRÜNEN New Deal“. Einen solchen „GRÜNEN New Deal“ brauchen wir auch für Rheinland-Pfalz. Die Leitbilder GRÜNER Wirtschaftspolitik sind Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit und der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen. Wir wollen, dass der wirtschaftliche und technologische Fortschritt allen zu Gute kommt. Natürliche Ressourcen müssen effizient genutzt und dürfen nicht verschwendet werden. Eine wesentliche Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und die Verhinderung von Armut ist der Zugang zu Arbeit. Auch wenn das gesellschaftliche Zusammenleben auf Freiwillige und bürgerschaftliches Engagement sowie Familienarbeit angewiesen ist, bleibt die Erwerbsarbeit ein zentrales Anliegen der Einzelnen. Der erwartete demographische Wandel in der Gesellschaft stellt neue Anforderungen an Unternehmen und Beschäftigte. Eine vorausschauende Arbeitsmarktpolitik muss Anreize schaffen, die Lebens- und Berufserfahrung der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wertzuschätzen und in den Unternehmen eine Kultur der Weiterbildung und Gesundheitsförderung zu etablieren. Politik und Unternehmen müssen für bessere flexible Übergangsformen in den Ruhestand sorgen, die die unterschiedlichen gesundheitlichen Belastungen in den Berufen berücksichtigen. Wir wollen Schluss machen mit maßlosem Raubbau, mit der Verschwendung von Ressourcen und kurzfristiger Profitgier zulasten von Menschen und Umwelt. Wir wollen in zukunftsfähige Infrastruktur, in eine ökologische Wirtschaft, in mehr Bildung und in einen neuen sozialen Ausgleich investieren. Das nützt dem Klima, schafft neue Arbeitsplätze und bringt wirtschaftlichen Erfolg.

Zeit für eine Wachstumsdebatte

Unser Leitbild des nachhaltigen Wirtschaftens verfolgt nicht das Ziel eines ungebremsten quantitativen Wachstums, das sich durch mehr Ressourcenverbrauch und durch mehr Belastungen für die Umwelt auszeichnet. Grünes Wachstum setzt auf eine qualitative Entwicklung, die natürliche Ressourcen schont und Auswege vom Verbrauch endlicher Rohstoffe erprobt, beschreitet und verfolgt sowie die Emission von Schadstoffen verringert. Wir orientieren uns an den Zielen, möglichst geschlossene Stoffkreisläufe zu initiieren und nachwachsende Rohstoffe in der Produktion einzusetzen. Wir setzen bei Produkt- und Prozessinnovationen auf ressourcenschonende und ressourcenleichte Verfahren und Produkte und wollen diese gezielt unterstützen. Wir sehen in zielgerichteten technologischen Entwicklungen und Innovationen die Möglichkeit, ökologische Effizienz und ökonomisch erfolgreiche Produkte zu verknüpfen.
Die Europäer leben heute auf einem Niveau, das 2,2 Erden benötigen würde! In der EU leben 7 % der Weltbevölkerung, aber ihr Anteil am globalen Rohstoffverbrauch beträgt rund 17 %. Der Markt an Erneuerbaren Energien ist ein Wachstumsmarkt, hier wird das

gesamte Wachstum gebraucht werden, um die Strom- und Wärmeerzeugung aus fossilen Quellen zu ersetzen. Auch hierbei wollen wir möglichst material- und flächenneutral neue Versorgungen aufbauen, wobei wir kleine Strukturen bevorzugen.

Förderung des Mittelstands und des Handwerks auf ökologischen Strukturwandel und Nachhaltigkeit ausrichten

Das Handwerk, kleine und mittlere Unternehmen im gewerblichen Bereich, bei den Dienstleistungen und im Handel, sind tragende Säulen der Wirtschaft in Rheinland-Pfalz. Der Mittelstand bietet die meisten Arbeitsplätze und 80 Prozent der Ausbildungsplätze. Unser Ziel ist es, mittelstandsfreundliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Auch für die kleinen und mittleren Unternehmen bietet der „GRÜNE New Deal“ neue Entwicklungschancen –sei es über die Sanierung und energetische Optimierung in Bestandsbauten, die Erzeugung und der Vertrieb neuer Energien oder die Entwicklung und Produktion innovativer und nachhaltiger Produkte und Anlagen. Die Förderprogramme und das Mittelstandsförderungsgesetz wollen wir überarbeiten und den spezifischen Bedürfnissen derjenigen Unternehmen und Betriebe anpassen, die sich dem nachhaltigen Fortschritt in Land und Unternehmen verpflichten.

Die gezielte Förderung des Mittelstandes bietet Chancen auf einen Ausbau der Arbeitsplätze. Tragfähige Förderkonzepte müssen ökologische und ökonomische Gesichtspunkte verknüpfen. Der notwendige ökologische Wandel der Wirtschaft kann so unter Nutzung der Stärken und Entwicklungspotenziale von kleinen und mittleren Unternehmen beschleunigt werden.

Die Wirtschaftsförderung in Rheinland-Pfalz muss außerdem transparenter und effizienter als bisher gestaltet werden. Die Vielzahl an unterschiedlichsten Förderprogrammen soll gebündelt, die Verwendung der Mittel zeitnah kontrolliert und evaluiert werden.

Wir GRÜNE wollen die Mittelstandsförderung in Rheinland-Pfalz an den Bedürfnissen kleiner und mittlerer Unternehmen sowie am ökologischen Strukturwandel ausrichten. Dabei sollen Entwicklung und Einsatz von integrierten und vorsorgenden Umweltlösungen in Unternehmen, die gezielte Förderung von Qualifizierungsmaßnahmen, Beratung, Wissensvermittlung sowie Aus- und Weiterbildung im Bereich des nachhaltigen Wirtschaftens eine größere Rolle als bisher spielen. Auch Entwicklungen im Bereich Erneuerbarer Energien und der Weißen Biotechnologie zur Herstellung von Rohstoffen für chemische Produkte wollen wir besonders fördern. Einen Schwerpunkt legen wir auf eine bessere regionale Anbindung und Kooperation sowie auf Beratung bei der Unternehmensnachfolge.

Um die kleinen und mittleren Unternehmen zu unterstützen, wollen wir GRÜNE auch in den ländlichen Regionen eine leistungsfähige Breitbandversorgung umsetzen und dies, falls erforderlich, mit Landesmittel unterstützen.

Für Existenzgründerinnen und Existenzgründer wollen wir die Rahmenbedingungen wie ortsnahe Beratungsangebote und gründungsbegleitende Coachingangebote verbessern. Die Unternehmen brauchen verlässliche Partnerinnen und Partner bei der Kreditwirtschaft oder bei anderen Finanzierungsformen wie Beteiligungsfinanzierung oder Risikokapital. Der Zugang zu Mikrokrediten soll erleichtert werden. Die besonderen Gründungspotentiale von Frauen wollen wir durch spezifische Beratungs- und Finanzierungsangebote entdecken und unterstützen. Migrantinnen und Migranten wollen wir auf dem Weg in die Selbstständigkeit fördern. Unternehmen in Rheinland-Pfalz sollen den Gewinn und das Innovationspotential von gesellschaftlicher Vielfalt (Diversity) in den Belegschaften erfahren. Wir wollen dies durch geeignete Kampagnen und Modelle begünstigen. Projekte der solidarischen Ökonomie wollen wir fördern und unterstützen. Sie stehen beispielhaft für das, wohin unser Wirtschaften sich entwickeln soll.

Industriepolitik für Rheinland-Pfalz: Der Blaumann muss GRÜN werden

Die industrielle und gewerbliche Produktion ist ein bedeutendes Standbein der rheinland-pfälzischen Wirtschaft. In vielen Bereichen ist unsere Industrie Weltspitze. Dass dies so bleibt, ist unser Ziel. Deswegen verfolgen wir unseren „GRÜNEN New Deal“ hin zu einer humanen und ökologischen Wirtschaft. Wir wollen in die Infrastrukturen von morgen investieren und unsere Wirtschaft ökologisch und sozial prägen. Wichtig ist uns, die Schadstoffe und die Lärmbelästigung zu verringern. Die Zukunft der Unternehmen und der Arbeitsplätze in Industrie und Gewerbe hängt davon ab, ob sie sich an den weltweit wachsenden Märkten für ressourcen- und energieeffiziente Techniken und Produkte ausrichten. Wissenschaft und Unternehmen müssen zur Entwicklung dieser Produkte besser zusammenarbeiten und ihre Anstrengungen für ein qualitatives Wirtschaftswachstum verstärken.

Damit der drohende Fachkräftemangel nicht zu einer Bremse für die Entwicklung der Unternehmen wird, muss das Land die Anstrengungen in der Fort- und Weiterbildung verstärken, um Fachkräften mit Erfahrung in traditionellen und innovativen Zweigen neue Chancen zu bieten.

Die chemische Industrie ist in unserem Bundesland ein bedeutender Wirtschaftszweig. Die industriellen und gewerblichen Arbeitsplätze, gerade die der Exportwirtschaft, hängen entscheidend davon ab, ob die Industriebereiche sich verstärkt auf Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Ressourceneffizienz einstellen. Nur mit einer konsequenten Ausrichtung auf nachhaltiges Wirtschaften werden die Unternehmen gut für den permanenten Standortwettbewerb gerüstet sein. Daher muss die Produktion in Richtung Ökoeffizienz bei der Herstellung und bei der Produktanwendung umgestaltet werden. Eine umweltverträgliche Chemieindustrie muss noch einen langen Weg des Umbaus zurücklegen. Nur umwelt- und gesundheitsverträgliche Produkte werden auf Dauer zukunftsfähig sein und erhalten so Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz. Dabei hat die chemische Industrie wichtige Aufgaben im Bereich der Energieeffizienz und auch bei der Herstellung und Speicherung der Erneuerbaren Energien vor sich. Auch die Beseitigung von Altlasten muss Teil einer zukunftsfähigen Chemieproduktion sein. Ein neues Cluster zur Erforschung und Entwicklung von Alternativen zu Erdöl als Rohstoff für die chemische Industrie soll die Grundlagen für eine verträglichere und von fossilen unabhängige Chemie verbessern.

Die Nanotechnologie ist noch ein relativ neues Forschungs- und Technologiefeld, das zunächst mit innovativen Produkten in der Chemie, Elektronik und Medizin Aufsehen erregte. Für eine verantwortliche Chancen-Risikoabwägung in diesem Technologiefeld ist eine umfassende Forschung notwendig, die die Wirkung von synthetischen Nanopartikeln auf Mensch und Umwelt untersucht.

Wirtschaftsförderung in regionalen Wirtschaftskreisläufen neu denken

Für eine nachhaltige Entwicklung durch Vernetzung von Unternehmen, Wissenschaft und Forschung

Wir wollen regionale Wirtschaftskreisläufe und Cluster als Netzwerke von Produzierenden, Zulieferbetrieben, Dienstleistern und Forschungseinrichtungen fördern. Sie sollen sich gegenseitig unterstützen, Innovationen hervorbringen und unnötige Transporte vermeiden. In diesen Netzwerken und in vorhandenen Gewerbegebieten wollen wir die Nachhaltigkeitspotentiale verbessern und das Ziel von Null-Emissions-Gewerbegebieten verfolgen und fördern. Das umfasst Energie- und Ressourceneffizienz, nachhaltig ausgerichtetes Management ebenso wie familienfreundliche Arbeitsbedingungen. EU-Fördermittel sollen konsequent für den Ausbau einer sozial-ökologischen Wirtschaft eingesetzt werden.

Gerade in Kommunen können vielfältige Formen zukunftsfähiger Wirtschaftszweige durch eine auf Kreislaufwirtschaft ausgerichtete Abfallpolitik, durch Fair-Trade-Beschaffung und dezentrale Stromversorgung sowie Neue Medien und eine gesicherte Breitbandversorgung gefördert werden. Wir wollen hierfür die nötigen Rahmenbedingungen setzen.

Rheinland-Pfalz soll zu einem Markenzeichen für Energie-, Ressourcen-, und Materialeffizienz werden. Das bedeutet, dass neue und nachhaltige technologische Innovationen und Forschungsergebnisse in diesen Feldern kontinuierlich entwickelt werden. Das Land muss diese Entwicklung auf allen Ebenen unterstützen und, wo nötig, auch initiieren. Die gezielte Vernetzung von Wissenschafts- und Wirtschaftsstrukturen muss verbessert werden. So soll die Lücke zwischen Unternehmen, Forschung und Ressourcen geschlossen werden.
Wir wollen den Aufbau solcher Netzwerke unterstützen, vor allem in den Bereichen der dezentralen Energiegewinnung / Erneuerbare Energien und neuer Fahrzeugtechnologien wie z.B. der Elektromobilität. Ein neues Cluster zur Erforschung und Entwicklung von Alternativen zu Erdöl als Rohstoff für die chemische Industrie soll die Grundlagen für eine verträglichere und von fossilen Rohstoffen unabhängige Chemie verbessern.

Damit der drohende Fachkräftemangel die ökologische Wirtschaft in den nächsten Jahren nicht abbremst, brauchen wir mehr Anstrengungen bei der Ausbildung und erleichterten Zugang zu den Studiengängen – besonders bei den Ingenieurstudiengängen. Die Erfahrungen der Generation Fünfzig plus dürfen wir nicht ungenutzt lassen: Gemeinsam müssen Unternehmen und Beschäftigte das Ziel von generationenübergreifenden Belegschaften verfolgen. Altersgerechte Arbeitszeiten und –prozesse sowie flexible Übergänge in den Ruhestand müssen zur Regel werden. Hier sollte das Land besonders kleine und mittlere Unternehmen bei der Umsetzung unterstützen. Das Land muss die Weiterbildung zu einer starken vierten Säule im Bildungssystem ausbauen.

Wir GRÜNE sehen in der digitalen Revolution eine große Chance für den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz. Die Netzwirtschaft kann zu einer GRÜNEN Spitzentechnologie werden. Um diese Chance zu nutzen, müssen allerdings die politischen Rahmenbedingungen verändert werden. Wir machen uns für das Feld der GRÜNEN Informationstechnologie (Green-IT) stark, um Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern und die regionale Wirtschaft voranzubringen. Die mit dem Ausbau der zunehmenden Nutzung der Informations- und Kommunikations-Infrastruktur verbundene Umweltbelastung bei Rohstoffgewinnung und Produktion darf nicht übergangen werden. Prognosen gehen von einem stark wachsenden Energieverbrauch in diesem Bereich aus. Ohne eine konsequente Green-IT-Strategie wird es keinen erfolgreichen Klimaschutz geben. Wir fordern deshalb, in den nächsten Jahren auf allen Ebenen darauf hinzuwirken, den Energieverbrauch pro Gerät deutlich zu reduzieren und den Restverbrauch insgesamt aus regenerativen Energieträgern zu decken. Die Landesregierung soll sich verpflichten, in ihrem Zuständigkeitsbereich bei der Beschaffung Green-IT-Ausstattung zu verlangen und bei Kommunen und Unternehmen für diese Beschaffungspraxis zu werben bzw. Anreize dafür zu setzen.
Um die Senkung des Stromverbrauchs bei elektronischen Geräten zu beschleunigen, setzen wir uns für die Schaffung eines Top-Runner-Programms ein, das neue Standards bei Computern und Unterhaltungselektronik setzen soll.

Tourismus – sanft, vernetzt und nachhaltig
GRÜNE Tourismuspolitik ist nachhaltig. Sie muss ökologische, kulturelle, wirtschaftliche und soziale Verträglichkeitskriterien erfüllen. Daher setzen wir uns für eine Stärkung des sanften Tourismus in Rheinland-Pfalz ein. Wir wollen die Tourismusstrategie des Landes

überprüfen und weiterentwickeln. Die kulturtouristischen Angebote im Land wollen wir ausbauen. In den touristisch interessanten Regionen wollen wir die Förderung auf eine bessere Vernetzung der Angebote und auf die gemeinsame touristische Profilbildung konzentrieren. Zukunftsfähige touristische Ziele und Angebote müssen barrierefrei ausgestaltet werden.

Bei nationalen und internationalen Marketing-Initiativen setzen wir auf einen vernetzten Marketing-Ansatz, damit die Regionen dauerhaft erfolgreich sein werden.

Finanzdienstleistungen und Kreditversorgung für kleine und mittelständische Unternehmen in der Fläche erhalten

Wir setzen uns für den Erhalt von starken Sparkassen und Volksbanken in Rheinland-Pfalz ein. Regional eingebettete Kreditinstitute können die regionalen Kreditbedarfe abdecken und Anlagemöglichkeiten bieten. Sparkassen und Volksbanken sind für eine wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung und der mittelständischen Wirtschaft von Bedeutung. Gerade in der Wirtschafts- und Finanzkrise haben sich die Sparkassen und Volksbanken als ein besonderer Stabilitätsfaktor erwiesen.

Eine zukunftsfähige Sparkassenstruktur erfordert einen Gremienzuschnitt, der substanzielle Kontrolltätigkeiten ermöglicht. Die Kontrollrechte des Verwaltungsrates und die Transparenz wollen wir stärken. Wir erwarten von den Sparkassen ein größeres Engagement beim Verbraucherschutz, bei der Vergabe von Mikrokrediten und beim Vertrieb nachhaltiger Produkte. Der enorme Kundenzuwachs bei sozial-ökologisch orientierten Banken in und nach der Krise zeigt, dass die ethisch anspruchsvollen Angebote verstärkt angenommen werden. Da Sparkassen und Volksbanken eine Schlüsselrolle bei der Finanzierung von Maßnahmen zur energetischen Sanierung des Gebäudebestands zufällt, wollen wir darauf hinwirken, dass sie verstärkt die entsprechenden KfW-Förderkredite anbieten.

Verschwenderische Prestigeprojekte stoppen – Umsteuern am Nürburgring

Prestigeprojekte und nicht durchdachte staatliche Investitionen wie das Engagement am Nürburgring, bei der vierspurigen B10 in der Südpfalz und am Hochmoselübergang sind reine Verschwendung von Steuergeldern, die dringend für den Umbau der Wirtschaft benötigt werden. Bisher gibt es für den Nürburgring kein tragfähiges Konzept, das einen Betrieb ohne Zuschuss von Steuergeldern gewährleistet. Nachdem die Privatfinanzierung gescheitert ist, darf der Nürburgring nicht auch noch zum Grab für rheinland-pfälzisches Steuergeld werden.

Wir wollen Alternativen erarbeiten und den Ring zukünftig sinnvoll und ohne horrende Risiken für den Landeshaushalt betreiben. Dabei hat der Nürburgring durchaus Potential: beispielsweise als Teststrecke für klimafreundliche Mobilitätssysteme der Zukunft.

Für eine aktive Arbeitsmarktpolitik

Flexibilisierung und Deregulierung am Arbeitsmarkt haben zu sozialen Verwerfungen geführt. Wir bekennen uns zu einer aktiven Arbeitsmarktpolitik. Wir treten ein für gute Arbeitsbedingungen in den Unternehmen, dem Öffentlichen Dienst und bei Dienstleistern. Alle Beschäftigten sollen eine angemessene Bezahlung sowie Anerkennung und Wertschätzung erfahren und auf eine familienverträgliche und altersgerechte Arbeitszeit- und Arbeitsplatzgestaltung vertrauen können. Erwerbsarbeit ist für uns mehr als Existenzsicherung; Mitwirkung und Mitbestimmung gehören unabdingbar dazu.

Wir GRÜNE haben erkannt: Die „Agenda 2010“ und die „Hartz-Gesetze“ haben entscheidende sozialpolitische Ziele nicht erfüllt. Viele Menschen können heute trotz Vollzeittätigkeit von ihrem Lohn nicht mehr leben. Das Gefälle zwischen armen und

reichen Bevölkerungsgruppen nimmt weiter zu. Wir sagen: Wer Vollzeit arbeitet, muss von seinem Einkommen sein Leben gestalten können. Wer ohne Erwerbsarbeit ist oder sich in einer Notlage befindet, muss ein Leben in Würde und Selbstbestimmung führen und sich auf eine armutsfeste Existenzsicherung verlassen können. Dies erfordert die Einführung eines existenzsichernden Mindestlohns, der überall dort greift, wo die Tarifparteien nicht die Kraft aufbringen, einen fairen Mindestlohn zu vereinbaren. In weiteren Reformen wollen wir eine individuelle armutsfeste Grundsicherung für alle Menschen aufbauen.

Wir fordern eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Wirkungsvolle Maßnahmen zur Weiterentwicklung des zweiten und dritten Arbeitsmarktes in Rheinland-Pfalz sollen fortgeführt, gebündelt und neu entwickelt werden. Wir wollen Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren. Viele gesellschaftlich wünschenswerte Tätigkeiten sind derzeit weder öffentlich noch über einen freien Angebotsmarkt finanzierbar. Öffentlich geförderte Arbeitsplätze können etwa in den Bereichen Umweltschutz und Gemeinwesenarbeit, bei haushaltsnahen und pflegeergänzenden Dienstleistungen entstehen. Gesellschaftlich sinnvolle Tätigkeiten, die derzeit noch von Zivildienstleistenden abgedeckt werden, könnten als Integrationsmaßnahme oder längerfristige Beschäftigungsangebote abgesichert werden. Jeder junge Mensch soll eine qualifizierte Ausbildung durchlaufen können.

Die rheinland-pfälzischen Jobcenter weisen die zweithöchste Sanktionsquote und die schlechteste Frauenquote bei Qualifizierungsmaßnahmen aller Bundesländer auf. Diese Zustände wollen wir nicht hinnehmen. In einem umfassenden Bericht über die Umsetzung der Hartz-Gesetze in Rheinland-Pfalz sollen insbesondere die Fallmanager-Transferleistungsbezieher-Relationen, die Sanktionsquoten, die Personalfluktuation der ARGEn und die Förderung erwerbsloser Frauen im Land verglichen und bewertet werden. Dabei soll auch die Anwendung von so genannten 1-Euro-Jobs als arbeitsmarktpolitische Maßnahme kritisch überprüft werden.
Bei der Unterstützung von Arbeitslosen halten wir an dem Prinzip der „Hilfe aus einer Hand“ fest. Die Jobcenter der ARGEn müssen sich mehr als Dienstleister für die Arbeitssuchenden und Arbeitgeber verstehen. Der Service in den Jobcentern muss durch ausreichendes und qualifiziertes Personal, gute Arbeitsbedingungen, personelle Kontinuität und eine bessere Abstimmung der Träger verbessert werden. Dabei muss der Fokus auf Arbeitsvermittlung und Qualifizierung der Arbeitssuchenden liegen und ihrer individuellen Situation Rechnung tragen. Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen müssen ausgebaut werden und individuell auf die erwerbslosen Menschen zugeschnitten sein. Unverhältnismäßige Sanktionen lehnen wir ab, da sie die Betroffenen gängeln und Personal in den ARGEn binden, die für Beratung und Qualifizierung dringend gebraucht werden.
Zwangsumzüge lehnen wir ab. Wir wollen unabhängige Beratungsstellen einrichten, die sich mit Beschwerden und unklaren Rechtsauslegungen befassen, um so die Sozialgerichte zu entlasten und die sozialen Bürgerrechte der Betroffenen niedrigschwellig zu gewährleisten.
Die individuellen Folgen von und Problemlagen bei Erwerbslosigkeit sind vielfältig. Wir brauchen daher eine von den Sozialleistungsträgern unabhängige qualifizierte Beratung für Betroffenen und die Bereitstellung individueller psycho-sozialer Hilfen. Die Arbeit von bestehenden Arbeitslosenzentren und –initiativen unterstützen wir.

Gute Arbeit für Rheinland-Pfalz
Für uns GRÜNE ist die Sozialpartnerschaft eine der wichtigsten Errungenschaften unserer Demokratie. Eine kollegiale und produktive Arbeitswelt braucht starke Betriebs- und Personalräte. Wir begrüßen betriebliche Initiativen, die die Verbesserung der

Arbeitsbedingungen zum Ziel haben. Wir unterstützen daher die Initiative der Gewerkschaften für einen Prozess hin zu „Guter Arbeit“ für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Rheinland-Pfalz.

Wir GRÜNE stehen ein für die Gleichstellung von Frauen und Männern. Daher wollen wir die Benachteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt konsequent abbauen. Im Durchschnitt verdienen Frauen immer noch 23 Prozent weniger als Männer in Deutschland. Wir werden uns nachdrücklich für die Entgeltgleichheit einsetzen. Die Arbeitsbedingungen für Frauen und Männer, die Erwerbs- und Familienarbeit verbinden, wollen wir verbessern: z.B. durch Wiedereingliederungshilfen während und nach Erziehungszeiten oder die Teilzeitausbildung junger Mütter, Umschulungen zur Weiterqualifizierung, insbesondere aus dem Niedriglohnsektor heraus, oder Maßnahmen zur Arbeitszeitgestaltung in pflegenden Berufen zur Verbesserung der Familientauglichkeit. Familiengerechte Arbeitszeitmodelle auch für Beschäftigte in Leitungsfunktionen sollen besonders Frauen zu Gute kommen.
Wir fordern die bundesweite Einführung eines Mindestlohns, um Dumpinglöhnen, wie sie gerade in Berufen die Regel sind, die überdurchschnittlich von Frauen ausgeübt werden, eine Grenze zu setzen und die Gehaltsschere zwischen Männern und Frauen zu schließen. Frauen sollen auch mehr von der aktiven Arbeitsmarktpolitik profitieren können. Daher wollen wir die geschlechtersensible Beratung und Unterstützung verbessern.

Der öffentliche Dienst muss als Arbeitgeber eine Vorbildfunktion für die Privatwirtschaft übernehmen. Beispielhaft sollen dort Arbeitszeitmodelle für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, verstärkte Besetzung von Führungspositionen mit Frauen und die Einstellung von Langzeitarbeitslosen oder Menschen mit Behinderungen praktiziert und beworben werden. Wir GRÜNE wollen eine interkulturelle Öffnung von Ämtern und Verwaltungen. Die Ausgründung von Personalservicegesellschaften zur Umgehung des Tarifvertrags lehnen wir ab. Wir wollen ein Tariftreuegesetz für Rheinland-Pfalz, das öffentliche Aufträge an die Bezahlung von Tariflöhnen bindet. Wir werden die öffentliche Vergabe in Rheinland-Pfalz so ausgestalten, dass soziale und ökologische Vergabekriterien aufgenommen werden können.

Unter einem modernen Arbeitsschutz verstehen wir die Anwendung des aktuellen Stands der Technik und der modernsten arbeitswissenschaftlichen Erkenntnisse. Gesundheitsgefährdende Zustände an rheinland-pfälzischen Arbeitsplätzen durch systematische Umgehung von gesetzlichen Regelungen, verschleppte Investitionen und Ausbeutung der Belegschaft dürfen nicht geduldet werden. Um einen vorbeugenden Arbeitsschutz in den Unternehmen in Rheinland-Pfalz sicherzustellen, müssen die Gewerbeaufsichtsämter personell so ausgestattet werden, dass Verstöße gegen die Vorschriften des Arbeitsschutzes konsequent verfolgt werden können. Erhebliche Defizite bestehen bei der Vermeidung gesundheitsgefährdender psychischer Belastungen am Arbeitsplatz. In diesem Bereich sollen die Gewerbeaufsichtsämter verstärkt aktiv werden. Initiativen für ein betriebliches Gesundheitsmanagement bei kleinen und mittleren Unternehmen wollen wir zukünftig besser unterstützen.

GRÜNE Haushaltspolitik zukunftsfähig und transparent gestalten
Wir treten für eine Haushalts- und Finanzpolitik ein, die auch künftigen Generationen eine lebenswerte Gesellschaft hinterlässt und ihnen Möglichkeiten zur politischen Gestaltung bietet. Zum einen gilt es, die Rekordschulden im Land, die hohe Zinsbelastung im Landeshaushalt, die mittlerweile rund 10 Prozent der Gesamteinnahmen verschlingt, und die extreme Verschuldung in Städten und Gemeinden zu überwinden. Zum anderen wollen wir jedoch auch Gestaltungsspielräume erhalten. GRÜNE Finanzpolitik bedeutet daher vor

allem Umschichtung und Schwerpunktsetzung. Kurzfristige Einsparungen wollen wir bei Großprojekten verwirklichen. Den Landeshaushalt werden wir auf Verschwendung durchforsten. Unter anderem wollen wir prüfen, ob Einsparungen und Umstrukturierungen im Verwaltungsbereich möglich und sinnvoll sind. Anschließend müssen alle Subventionen und Beihilfen auf den Prüfstand, und umweltschädliche und unsinnige Subventionen abgebaut werden. Auf der anderen Seite halten wir Investitionen in Bildung, Ausbildung und Forschung in ökologisch verträgliche Mobilität und Klimaschutzmaßnahmen für richtig. Das sind Investitionen in die Zukunft, dann jedenfalls, wenn sie die ökologische und soziale Substanz des Landes ausbauen und die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten. Wir streben eine Reform des kommunalen Finanzausgleichs an, bei der die Aufgabenlasten stärker berücksichtigt werden. Wir wollen die Anreize für interkommunale Zusammenarbeit verstärken. Auf Bundesebene setzen wir uns für eine Fortentwicklung der Gewerbesteuer zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer ein, die den Gemeinden breitere und verlässlichere Einnahmemöglichkeiten bietet. Das kommunale Hebesatzrecht wollen wir dabei erhalten.

Wir wollen die öffentlichen Vergaben transparenter gestalten und beim Landtag einen Vergabeausschuss einrichten, der bei Großprojekten und bedeutsamen Beschaffungen das Verfahren überwacht und so Ordnungsmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit sicherstellt. Wir wollen die öffentliche Finanzkontrolle in ihren Kompetenzen stärken. Wir setzen uns für mehr Transparenz bei der Hauhaltsaufstellung und für eine effektive Überwachung des Haushaltsvollzugs ein. Mit einer zügigen Einführung der doppelten Buchführung (Doppik) für das Land wird die tatsächliche Vermögenslage, dabei insbesondere die Verschuldung des Landes, offenbar. Daher treten wir für eine zielgerichtete Modernisierung des Haushaltsrechnungswesens und für eine Haushaltsrechtsreform auf Landesebene ein. Schattenhaushalte, beispielsweise bei Leasinggeschäften und verschleiernden Finanztransaktionen, müssen ein Ende haben. Es muss klar verständlich sein, wie viel und wofür in den öffentlichen Haushalten Geld ausgegeben wird und welche Folgekosten entstehen. Die Auswirkungen des demographischen Wandels auf die zukünftige Haushaltsentwicklung wollen wir stärker berücksichtigen. In einem regelmäßigen öffentlichen Bericht soll daher informiert werden über die finanzielle Gesamtsituation und die mittel- bis langfristige Haushaltsentwicklung des Landes, inklusive der Kommunen, der Landesbetriebe und der Gesellschaften mit Landesbeteiligung, sowie die Schuldenentwicklung, unter Einschluss impliziter Verbindlichkeiten. Die Schuldenbremse in der Landesverfassung wollen wir in ihrer Wirksamkeit durch geeignete Steuerungsinstrumente verbessern. Dabei soll die Einnahmeseite gezielt verstärkt und sichergestellt werden, dass keine Belastungen auf die Städte und Gemeinden verlagert werden. Die Aufnahme neuer Schulden darf nur im Rahmen des Grundgesetzes geschehen und muss mit einem verbindlichen Konzept zur Rückführung dieser Schulden einhergehen. Für bestehende Altschulden ist ein Tilgungsplan zu erstellen. Die Möglichkeiten des Schuldenmanagements sind wirtschaftlich sinnvoll auszuschöpfen."

Wir sehen Gender Budgeting als Instrument zur Umsetzung von Gender Mainstreaming und zur Transparenz der staatlichen Finanzen. Grundgedanke dabei ist: Es gibt keine geschlechtsneutrale Haushaltspolitik.

Steuereinnahmen verbessern, Steuern gerecht gestalten

Die Verbesserung der Steuereinnahmen ist eine zentrale Herausforderung, damit die staatlichen Aufgaben im notwendigen Maß erfüllt werden können. Hier sind Landes- und Bundespolitik auf das Engste miteinander verzahnt. Wir unterstützen das Vorhaben, die länderübergreifende Zusammenarbeit in der Steuerverwaltung zu verbessern, um das

ineffektive Nebeneinander der Steuerverwaltungen zu überwinden. Die Bildungsaufgaben in Deutschland müssen in den nächsten Jahren gemeistert werden, um den zentralen Herausforderungen unseres Landes gerecht werden zu können. Doch statt die Länder, denen dieser Politikbereich als zentrale Aufgabe zugewiesen wurde, mit mehr Geld auszustatten, werden diese durch die Einnahmeausfälle der schwarz-gelben Steuereinschnitte in ihren Handlungsmöglichkeiten weiter massiv eingeschränkt. Die Bundesregierung verteilt Steuergeschenke und lässt die Zukunftsaufgaben von den Schwächsten schultern. Zukunftsausgaben müssen aber insbesondere von jenen getragen werden, die über stärkere finanzielle Schultern verfügen - und nicht anders herum. Nach den Plänen der Bundesregierung tragen Geringverdienende, Länder und Kommunen die Last, damit Vermögende, große Unternehmen, Hoteliers und Erbinnen und Erben weniger Steuern zahlen müssen. Dagegen setzen wir GRÜNE uns für die Entlastung der Menschen mit geringen Einkommen ein.

Die Einnahmen wollen wir durch eine wirksame Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuerbetrug, eine Erhöhung von vermögensbezogenen Steuern sowie der Steuersätze für Spitzeneinkommen spürbar vergrößern. Wir setzen uns für eine Ausweitung der Betriebs- und Außenprüfung ein, da sie zu mehr Steuereinnahmen und mehr Steuergerechtigkeit führt. Wir wollen, dass Rheinland-Pfalz vorbildlich wird bei der Bekämpfung der Geldwäsche, um insbesondere Wirtschaftskriminalität aufzudecken und zu verhindern. Dazu ist eine bessere Koordination der Behörden im Land und dem Bund und verstärkte Kontrollen auch von Nicht-Finanzinstitutionen notwendig. Für die Einführung einer Finanzmarkttransaktionssteuer werden wir uns weiterhin einsetzen. Wir werden einen weiteren Schritt einer ökologischen Steuerreform unterstützen, der die Kosten der Arbeit entlastet und den Ressourcenverbrauch und schädliche Emissionen stärker belastet. Wir wollen die Grundsteuer so reformieren, dass ökologisch verträgliche Nutzung belohnt und Versiegelung stärker belastet wird. Wir setzen uns dabei für eine Orientierung an den Verkehrswerten ein, damit starke Schultern größere Lasten tragen als schwache Schultern und die kommunalen Aufgaben sozial gerecht finanziert werden können.

3.
GRÜNland-Pfalz steigt um.
Eine Verkehrswende für Stadt und Land.

Unser Land braucht dringend neue Wege in der Verkehrspolitik. Flächenfraß, Klimawandel, Haushaltslöcher, Verkehrsinfarkt – die Folgen einer verfehlten Verkehrspolitik haben viele Namen. Gerade angesichts knapper Kassen und angesichts des demografischen Wandels in Rheinland-Pfalz sind die Herausforderungen für unser Flächenland immens. Die GRÜNE Zukunftsformel lautet: Verkehr vermeiden, verlagern, verträglich gestalten. Für uns GRÜNE sind der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und der Erhalt des vorhandenen Straßennetzes wichtiger als weiterer Straßenbau und teure Prestigeprojekte. Die Landesregierung hat in den letzten Jahren viele Fehler gemacht. Sie hat über Jahrzehnte immer neue Landesstraßen gebaut und sich an der Finanzierung von Bundesstraßen beteiligt, die unterhalten werden müssen und uns jetzt viel Geld kosten. Gleichzeitig wurden in den letzten Jahren große Teile von Rheinland-Pfalz nicht besser, sondern schlechter an den Schienenfernverkehr angebunden. Das wollen wir ändern. Dazu setzen wir in der Landes-, Regional- und Stadtplanung auf ein abgestimmtes, über die Grenzen der städtischen Gebiete hinausgehendes Konzept für den öffentlichen Personennahverkehr. Der Bahnverkehr bildet für uns dabei das Herzstück des öffentlichen Nahverkehrs. Unser langfristiges Ziel ist es, durch die Förderung von Bussen und Bahnen und ein intelligentes Mobilitätsmanagement alle Ortschaften an allen Tagen der Woche mit einem verlässlichen Takt anzubinden, um Menschen eine unabhängige Mobilität anbieten zu können.

Ergänzend zum ÖPNV unterstützen wir die Weiterentwicklung von Carsharing-Angeboten und die Stärkung des Fahrrad- und Fußverkehrs. Ökonomisch unsinnige und ökologisch äußerst schädliche Großprojekte lehnen wir ab. Mehr Güter auf die Schiene, besserer Schutz vor Smog und Lärm von Straßen, Schienstrecken und Flugverkehr sowie ein Subventions- und Ausbaustopp für Regionalflughäfen sind uns wichtige Anliegen und weitere Elemente der GRÜNEN Verkehrswende.

Rheinland-Pfalz steigt um: Landesweit mobil mit Bussen und Bahnen
Wir wollen den öffentlichen Verkehr zu einem verlässlichen Gesamtsystem im Flächenland Rheinland-Pfalz als echte Alternative zum Autoverkehr ausbauen. Das Angebot soll sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren. Unser langfristiges Ziel ist es, alle Ortschaften an allen Tagen der Woche mit einem verlässlichen Takt anzubinden, wie dies beispielhaft im Landkreis Kusel umgesetzt wurde. Dazu muss im ländlichen Raum der vorhandene Busverkehr ergänzt werden, z.B. durch Stadt- und Ortsbussysteme sowie durch flexible Anruf-Sammeltaxi-Systeme. Das Modell der Bürgerbusvereine – wie in Nordrhein-Westfalen seit 25 Jahren erfolgreich – kann eine sinnvolle und niedrigschwellige Ergänzung des öffentlichen Verkehrs sein. Hier hat Rheinland-Pfalz Nachholbedarf. Zentrale Einrichtungen, wie etwa Krankenhäuser, Verwaltungen und andere Dienstleistungen, müssen aus dem jeweiligen gesamten Einzugsgebiet per ÖPNV gut erreichbar sein. Nachtbussysteme in den Städten und Jugendtaxen im ländlichen Raum machen junge Menschen mobil und bringen mehr Verkehrssicherheit. Das Land muss die zuständigen Städte und Landkreise durch eine verlässliche ÖPNV-Finanzierung unterstützen und die Rücknahme der vom Bund gekürzten Regionalisierungsmittel einfordern.

Der Bahnverkehr bildet für uns das Herzstück des öffentlichen Nahverkehrs. In den letzten Jahren sind große Teile von Rheinland-Pfalz nicht besser, sondern schlechter an den Fernverkehr angebunden worden. Wir wollen diese Entwicklung umkehren. Ein Flächenland braucht Züge: Wir wollen die Reaktivierung von Strecken dort, wo es für den Güterverkehr, den Berufsverkehr und Schülerverkehr, den Tourismus oder die wirtschaftliche Entwicklung sinnvoll ist. Sichergestellt werden muss auch ein ausreichendes Platzangebot im Nahverkehr.
Busse und Bahnen müssen pünktlich und in guter Qualität verkehren. Die Barrierefreiheit von Bussen, Bahnen, Haltestellen und Bahnhöfen ist dort, wo sie noch nicht realisiert ist, für uns selbstverständliches Ziel. Um die Qualität des ÖPNV zu steigern, braucht Rheinland-Pfalz eine neutrale Schlichtungsstelle, wie es sie in vielen anderen Ländern schon gibt.
Derzeit sind noch viele Pendlerinnen und Pendler auf das Auto angewiesen. Unser Ziel ist es, mit attraktiven Park&Ride-Angeboten, Job-Tickets und zuverlässigen, gut getakteten, aufeinander abgestimmten und verbundübergreifenden öffentlichen Verkehrsmitteln eine echte Alternative anzubieten. Für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende muss ein vergünstigter und regelmäßig verkehrender ÖPNV realisiert werden, der es jungen Menschen ermöglicht, auch ohne Auto in Rheinland-Pfalz mobil zu sein.
Wir unterstützen den Ausbau der Car-Sharing-Angebote in unserem Bundesland. Insbesondere in kleineren Städten wollen wir Pilotprojekte starten. Den Ausverkauf der Bahngelände lehnen wir ab, um zukünftige Ausbauten oder Reaktivierungen weiterhin zu ermöglichen.

Straßensanierung statt teurer Prestigeprojekte

Wir wollen die Konzentration der Landesmittel auf den Erhalt und die Sanierung des Straßennetzes, damit die Schlaglöcher in zehn Jahren nicht so tief sind wie die Haushaltslöcher. Rheinland-Pfalz als Transitland für den straßengebundenen Güterverkehr ist keine Zukunftsperspektive für uns. Straßenerhalt hat für uns eine klare Priorität vor Straßenneubau, entsprechend werden wir uns bei der Neuaufstellung des Bundesverkehrswegeplanes auf den Ausbau der Schieneninfrastruktur konzentrieren. Die Weiterentwicklung eines zukunftsfähigen rheinland-pfälzischen Verkehrssystems wird weiterhin von Großprojekten im Straßenbau blockiert. Der Hochmoselübergang, der Weiterbau der A 1, die Planungen um Meulenwaldautobahn und Moselaufstieg („Nord- und Westumfahrung Trier“) oder der vierspurige Ausbau der B 10, der A 643 und die so genannte Bienwaldautobahn binden Geld, das an anderer Stelle dringender benötigt wird. Verkehrspolitisch unsinnig und ökologisch verheerend ist das Projekt Hochmoselübergang/B50neu, das wir GRÜNE entschieden ablehnen. Diese bedeutende, vom Tourismus und dem Weinbau geprägte Region ist in ihrer einzigartigen Attraktivität gefährdet und damit existentiell bedroht. Wir wollen alle politischen Möglichkeiten ausschöpfen, um den Bau des Hochmoselübergangs zu verhindern. Einen sechsspurigen Ausbau der A 643 durch das Naherholungsgebiet Lennebergwald und das in Europa wegen seiner Artenvielfalt einzigartige Naturschutzgebiet Lennebergwald lehnen wir ab. Stattdessen setzen wir auf einen Ausbau auf vier Spuren und zwei Standspuren, die bei Bedarf zu Fahrspuren werden können. Zudem werden wir uns, um die Menschen vor Straßenlärm zu schützen, für transparente Schallschutzwände, Flüsterbelag sowie eine durchgehende Tempobegrenzung auf 80 Km/h vom Anschluss an der A 60 bis zur Autobahnbrücke einsetzen. Durch diesen Ausbau wird die Natur vor weiteren Schäden bewahrt, die Menschen besser vor Verkehrslärm geschützt, die Verkehrssicherheit erhöht und zudem enorme Kosten gespart.

Statt Millionen in die teure Rheinbrücke am Mittelrhein zu stecken, wollen wir den Ausbau des Fährverkehrs und seine vollständige Integration in die regionalen ÖPNV-Angebote.

Die Pläne der Landesregierung für eine Brücke im Mittelrheintal gefährden die Existenz jahrhundertealter Fährverbindungen, die ein lebendiger Bestandteil des bedrohten UNESCO-Welterbes sind. Wir möchten das Geld in den Ausbau und Erhalt dieser Verbindungen stecken und den Fährverkehr auf einen 24-Stunden-Betrieb ausweiten. Fähren sind modern, flexibel, schnell, umweltverträglich und kostengünstig. Fähren sichern Arbeitsplätze. Die geplante neue Straßenachse bedeutet für das Mittelrheintal noch mehr Lärm, der dort schon heute eine extreme Belastung bedeutet. Die Probleme für die Region werden mit dem Bau einer Brücke nicht gelöst.

Neue Verkehrskonzepte bei Stadtteil- und Ortskernsanierungen nutzen

Die Schaffung sogenannter ‚Shared Spaces', also gemeinsam genutzter Räume des öffentlichen Verkehrsbereichs, kann Verkehrsprobleme lösen. Dabei werden Straßenräume konzeptionell umgestaltet und von allen Verkehrsteilnehmern gemeinsam genutzt, anstatt sie mit umfangreicher Beschilderung und Markierung aufzuteilen. Durch die dabei notwendige Rücksichtnahme und Umsicht verbessert sich nachweislich der Verkehrsfluss, Lärm- und Schadstoffemission und die Unfallzahlen sinken. Wir wollen dieses inzwischen in niederländischen und deutschen Gemeinden erfolgreich eingesetzte Konzept bei notwendigen Stadt- & Dorfsanierungen anwenden, um Verkehrsprobleme zu lösen und die Aufenthalts- und somit Lebensqualität in unseren Gemeinden zu verbessern.

Unfälle mit Kraftfahrzeugen zählen zu den Haupttodesursachen bei jungen Menschen. Wir setzen uns dafür ein, dass das Land die „Vision 0", die Zukunftsperspektive von 223 Toten in 2009 auf null Verkehrstote, als Ziel festschreibt. Eine Ausweitung von Geschwindigkeitsbegrenzungen senkt das Temponiveau und sorgt so für mehr Sicherheit auf unseren Straßen.
Die Grundlagen für das spätere Mobilitätsverhalten werden schon in Kindheit und Jugend gelegt. Deshalb wollen wir die Verkehrserziehung in den Kindertagesstätten und Schulen zu einer kindgerechten umfassenden Mobilitätserziehung erweitern.

Mit Rad und zu Fuß mobil

Wir setzen uns für eine konsequente Förderung durch ein Landesradverkehrsprogramm ein, das den Kommunen hilft, den Radverkehr attraktiv zu machen und ein alltagstauglich benutzbares, gut verknüpftes und schlüssig beschildertes Radwegenetz im Land bereit zu stellen. Wir wollen die notwendigen Voraussetzungen schaffen, um den Radfahreranteil am Verkehr im Land in den nächsten 10 Jahren deutlich zu steigern. Radfahren ist umweltfreundlich, wirtschaftlich, gesund und in der Stadt und dem Umland bei entsprechender Infrastruktur schneller als jedes Auto. Fahrradverleihsysteme und Abstellanlagen an Haltepunkten wie Bahnhöfen oder zentralen Omnibus-Haltestellen sollen bedarfsgerecht ausgebaut werden. Kommunale attraktive Fußwege in Städten und Dörfern haben für uns hohen Stellenwert. Der öffentliche Raum darf nicht länger vor allem auf Autos ausgerichtet sein: Es muss eine Balance zwischen Verkehr und Verweilen geschaffen werden.

Schutz vor Verkehrslärm und Immissionen - Güter nachhaltig transportieren!

Zusammen mit den GRÜNEN im Bund setzen wir uns für ein übergreifendes, einheitliches Verkehrslärmschutzgesetz ein, das alle Lärmquellen bei Neubau und im Bestand einschließt. In Städten, in denen die Einrichtung von Umweltzonen durch die Überschreitung von Feinstaub- oder Stickoxidgrenzwerten notwendig ist, wollen wir die gesetzlichen Möglichkeiten nutzen, auf stark befahrenen Straßen zum Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner den LKW-Ausweichverkehr durch Streckensperrungen oder Nachtfahrverbote zu reduzieren. Wir wollen über den Bundesrat auch die Mautpflicht für LKW ab 7,5 Tonnen einführen und die Mautpflicht auf alle Bundesstraßen ausweiten.

Wir treten für aktive und passive Lärmschutzmaßnahmen an Flughäfen sowie entlang stark genutzter Straßen und Schienenstrecken ein. Exemplarisch sei hier die Situation entlang der B9/B39/A61 in Speyer und der unerträgliche Zustand entlang der Güterzugtrasse im Mittelrheintal genannt. Beim Güterzugverkehr kann ein lärmabhängiges Trassenpreissystem kurzfristig für Entlastung sorgen, daher werden wir uns für die Realisierung einer solchen Maßnahme einsetzen. Die Umrüstung auf lärmreduzierte Güterwaggons muss zu Gunsten des Gesundheitsschutzes der Anlieger, wie im massiv betroffenen Mittelrheintal, vorangetrieben werden.
Die EU-Verordnung zum Schienengüterverkehrsvorrang ist innerhalb von 3 Jahren umzusetzen. Dabei wollen wir darauf achten, dass der Personenverkehr nicht von den Strecken verdrängt wird. Eine Abstimmung mit privaten Schienenverkehrsanbietern muss sein. Wir setzen uns dafür ein, dass Planung und Bau von neuen Güterverkehrsstrecken geprüft wird. Güterverkehr gehört auf die Schiene. Nur das letzte Stück des Transportweges sollte, wenn ein Schienenanschluss nicht wirtschaftlich ist, mit LKWs erfolgen. Rußfilter und möglichst geringer Verbrauch der LKW müssen dabei selbstverständlich sein. Die Einführung so genannten „Gigaliner“ lehnen wir ab. Rheinland-Pfalz verfügt über Wasserstraßen, die auch für den Gütertransport vermehrt genutzt werden sollen. Dabei ist zu beachten, dass Häfen mit modernem Lärm- und Emissionsschutz ausgestattet werden.

Elektromobilität – Die Motoren der Zukunft

Einen langfristig stark wachsenden Anteil beim Stromverbrauch wird die zusätzliche Elektromobilität vor allem bei den PKW haben. Auch dafür steht nach unseren Plänen Strom aus Erneuerbaren Energien bereit. Eine Elektromobilität, die durch mit fossilen Brennstoffen erzeugtem Strom betrieben wird, bringt keinen Vorteil gegenüber heute. Die batteriebetriebenen Fahrzeuge können außerdem als Stromspeicher für Erneuerbare Energien verwendet werden. Wir wollen mehr lärmarme Elektromobilität im ÖPNV und stellen dafür Landesfördermittel bereit.

Flugplatzausbau und –Subventionierung stoppen

Das Flugzeug ist das umweltschädlichste Verkehrsmittel und wird von der bisherigen Landesregierung auf besondere Weise subventioniert. Rheinland-Pfalz steckt auf unterschiedlichsten Wegen Geld in den Flughafen Hahn, den Flugplatz Speyer und weitere Regionalflugplätze. Wir wollen diese unsinnigen Subventionen stoppen. Den Aus- und Neubau von weiteren Regionalflughäfen in Rheinland-Pfalz lehnen wir GRÜNE entschieden ab. Das gilt auch für den Ausbau des Flughafens Frankfurt-Main, denn unter einem erhöhten Flugaufkommen leiden auch viele Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer. Ein Ausbau des Frankfurter Flughafens verändert mittel- und langfristig die Charakteristik der Region Rheinhessen, belastet die Bevölkerung und schadet dem Gewerbe. Der Ausbau wird zu mehr Lärm, weniger Lebensqualität, mehr Gesundheitsproblemen und wirtschaftlichen Schäden, z.B. durch enorme Wertverluste von Immobilien, führen. Die Flugrouten müssen so optimiert werden, dass sie der Gesundheit und dem Ruhebedürfnis der Menschen in Rheinhessen Rechnung tragen. Auch deswegen fordern wir ein striktes Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr nicht nur für den Regionalflughafen Hahn, sondern auch für den Frankfurter Flughafen.

Rheinland-Pfalz muss sich darüber hinaus auf nationaler und europäischer Ebene endlich für eine Besteuerung von Kerosin und für eine Aufhebung der Mehrwertsteuerbefreiung bei Flugreisen ins Ausland sowie für bundesweit einheitliche Start- und Landegebühren einsetzen. Die ablehnende Haltung der SPD-Landesregierung zur Luftverkehrsabgabe zeigt in die falsche Richtung.

4.
GRÜNland-Pfalz ist ganz natürlich.
Saubere Umwelt, erfolgreiche Landwirtschaft.

Rheinland-Pfalz ist schön. Über vierzig Prozent unserer Landesfläche sind Wälder. Unsere Landschaft und ein funktionierendes Ökosystem bilden nicht nur die Grundlage allen Lebens, sie dienen auch dem Tourismus in Rheinland-Pfalz und unser aller Erholung. Aber unsere Landschaft verändert sich – durch den Klimawandel und durch eine verfehlte Politik. Jeden Tag stirbt ein Stück Natur. Täglich wird die Fläche von fünf Fußballfeldern neu versiegelt, obwohl die Bevölkerungszahl kleiner wird und immer mehr Wohnungen und Gewerbehöfe leer stehen. Mit einer Biodiversitätsstrategie wollen wir die Natur und die Vielfalt der Arten besser schützen, den Flächenfraß wollen wir drastisch senken und auch einen Nationalpark ausweisen.

Wir GRÜNE stehen für den ökologischen Aufbruch. Dieser ist dringend nötig – nicht nur mit Blick auf den Naturschutz, auch mit Blick auf die landwirtschaftliche Erzeugung. Die Politik der SPD-Landesregierung fördert vor allem die industrielle Entwicklung der Landwirtschaft und die Massenproduktion. Die bäuerliche, mittelständische und ökologische Erzeugung wird ins „Aus“ gedrängt. Milchbäuerinnen und –bauern kämpfen um ihre Existenz, Höfesterben ist längst Realität. Wir wollen mit unserer Politik der Wertschöpfung auf dem Land eine neue Perspektive entwickeln. Unser Ziel ist eine neue moderne, nachhaltige und zukunftsfähige Lebensmittelwirtschaft. Die Bio-Landwirtschaft wollen wir stärker fördern und ausbauen, aber auch einer hochwertigen und verantwortungsvollen konventionellen Landwirtschaft neue Chancen erschließen. Und wir wollen, dass auch in Zukunft Spitzenweine bei uns angebaut werden können und der edle Tropfen aus Rheinland-Pfalz für Qualität und Weinkultur steht.
Wir GRÜNE kämpfen für eine gentechnikfreie Landwirtschaft und gegen Patente auf Leben. Rheinland-Pfalz wollen wir zur gentechnikfreien Region machen.

Der ökologische Aufbruch in der Stadt und auf dem Land gelingt nur gemeinsam. Wir wollen ihn zusammen mit den Umweltverbänden, mit der Landwirtschaft und dem Weinbau, mit der Industrie und dem Handwerk, mit Kommunen und ihren Bürgerinnen und Bürgern aktiv ausgestalten.

Die Zukunft gehört der ökologischen und bäuerlichen Landwirtschaft
Eine Landwirtschaft, die Böden und Klima zerstört und die auf Massentierhaltung oder Agro-Gentechnik beruht, ist nicht zeitgemäß und nicht zukunftsfähig. Landwirtschaft und Ernährungspolitik nehmen an Bedeutung zu. Mit rund 25.000 Betrieben in der Landwirtschaft und mehr als 100.000 Beschäftigten, darunter vielen in familiären Strukturen, ist Rheinland-Pfalz ein guter Standort für die Qualitätserzeugung. Wein-, Obst- und Gartenbau sind dabei die zentralen landwirtschaftlichen Bereiche, daneben gibt es zusätzlich eine Vielzahl an verarbeitenden Betrieben und Handelsunternehmen, deren Geschäftsgrundlage ebenfalls auf den Erzeugnissen der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft basiert. Wir setzen auf Verarbeitung und Wertschöpfung auf dem Land und auf eine Agrarpolitik, die bäuerliche Strukturen mit flächendeckender umweltgerechter Erzeugung stärkt und die ökologischen Innovationen fördert. Unser Ziel ist eine neue moderne, nachhaltige und zukunftsfähige Ausrichtung der Lebensmittelwirtschaft. Die ökologische Landwirtschaft gilt es stärker zu fördern und auszubauen. Durch den Umstieg auf ökologische Landwirtschaft entstehen zunehmend Beschäftigungsmöglichkeiten in den

ländlichen Räumen.

Die Politik der rheinland-pfälzischen SPD-Landesregierung fördert die industrielle Entwicklung der Landwirtschaft mit Massenproduktion und teuren Überschussmengen auf Basis von Importfuttermitteln. Dadurch wird die bäuerliche, mittelständische und ökologische Erzeugung ins „Aus“ gedrängt. Wir GRÜNE wollen bei der anstehenden Reform der EU-Agrarpolitik die von der EU-Kommission vorgelegten Reformansätze zum „Greening“, zur Kappung, zum Arbeitsplatzfaktor, zur entbürokratisierten Förderung von Kleinbauern und zu den „Neuen Herausforderungen“ wie Ernährungssicherheit, Klima-, Wasser- und Biodiversitätsschutz unterstützen. Wir wollen Bäuerinnen und Bauern im Allgemeinen und im Besonderen die Milchbäuerinnen und Milchbauern wieder stärken. Agrarfördermittel dürfen nicht länger an Agrarfabriken und Multikonzerne wie RWE fließen. Nur die landwirtschaftlichen Betriebe, die gesellschaftlich notwendige Leistungen und Güter in Bereichen wie Klima- und Umweltschutz, Qualitätslebensmittel, Erhalt der biologischen Vielfalt, Pflege der Kulturlandschaft, nachhaltiger Energieerzeugung, Arbeitsplätze, Verbraucher- und Tierschutz erbringen, sollen künftig öffentliche Gelder erhalten. Subventionen für Agrarexporte lehnen wir, auch aus entwicklungspolitischen Gründen, ebenso ab, wie Importe aus weltweitem Raubbau für Futtermittel, Energie- und Industrierohstoffe. Die Landwirte, die in besonderer Weise zur Erhaltung von Kulturlandschaft, Biotopen, Arten und Gewässern beitragen, sollen stärker gefördert werden. Die in Rheinland-Pfalz im Naturschutz erfolgreichen Instrumente – Biotopbetreuung und PAULa – sollen im Hinblick auf das europäische Schutzgebietskonzept Natura 2000, den ökologischen Hochwasserschutz und die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie weiterentwickelt und aufgestockt werden.

Wertschöpfung und faire Preise – Für den ländlichen Raum und die gesamte Agrarwirtschaft

Förderung brauchen vor allem die Bereiche, die am Markt Wertschöpfung bringen und nachgefragt werden – wie regional, fair, gentechnikfrei und ökologisch erzeugte Produkte, wirklich „preiswerte“, gesunde Lebensmittel ohne Dumping-Wettbewerb.
Die SPD-Landesregierung tut nichts gegen die existenzbedrohende Situation der Milchbäuerinnen und Milchbauern und das beschleunigte Höfesterben. Für einen kostendeckenden Milchpreis ist es unverzichtbar, flexible Mengenregulierungsinstrumente auf nationaler und europäischer Ebene zu schaffen. Das geht nur mit Unterstützung auf Landesebene.
Wir wollen innovative Entwicklungen wie die gentechnikfreie „faire Milch“ fördern, die den Erzeugerinnen und Erzeugern einen kostendeckenden Ertrag bietet. Außerdem wollen wir flächendeckende Strukturen für eine gute Kindergarten- und Schulverpflegung schaffen, die einen neuen verlässlichen Absatzmarkt für heimische Qualitätserzeugnisse darstellt. Die Ausschreibungen für die Anbieter von Gemeinschaftsverpflegung sollen so gestaltet werden, dass die regionale Produktion vorrangig berücksichtigt und mindestens die bundesweiten Qualitätsstandards eingehalten werden, die Lebensmittel „gentechnikfrei“ sind und der Bio-Anteil schrittweise ausgeweitet wird – so wie schon zahlreiche Kommunen dies handhaben. Auf Bundesebene setzen wir uns für ein Bund-Länder-Aktionsprogramm und die Stärkung der Schulverpflegungs-Vernetzungsstellen ein, um die Kommunen finanziell zu unterstützen.
Wir stärken die zweite Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und die Programme zur ländlichen Entwicklung auf Bundes- und Landesebene, wie besonders auch die partizipativen Ansätze des Förderprogramms Leader. So können wir ländliche Räume und den Mittelstand mit attraktiver Infrastruktur für Verarbeitung, Vermarktung, Logistik, Tourismus, Mobilität, Breitband-Nutzung, Energieversorgung, Ausbildung, Qualifizierung,

Kultur und Gesundheitsdienstleistungen unterstützen. Regionale Dachmarken und Qualitätssiegel wollen wir weiterentwickeln.

Weinbau - Qualität statt Masse

Viele Winzerinnen und Winzer in Rheinland-Pfalz bauen Spitzenweine an. Wir wollen mit unserer Weinbaupolitik in Rheinland-Pfalz die Rahmenbedingungen für die Erzeugung und Vermarktung von ökologischen und qualitativ hochwertigen konventionellen Weinen verbessern. Qualitätsweinbau und viele Ökowinzerinnen und Ökowinzer machen vor, wie man mit hoher Qualität und reduzierten Erntemengen auch wirtschaftlich erfolgreich sein kann. Die Öko-Weinbaufläche in Rheinland-Pfalz beträgt aber derzeit nur knapp 7 Prozent an der Gesamtfläche. Bei einer der größten Weinbaugesamtflächen in Deutschland ist diese Quote ein Armutszeugnis. Die neu entwickelten resistenten Sorten und den derzeit vernachlässigten Öko-Fassweinmarkt wollen wir mit einer Image-Kampagne stärken.
Um der hohen Bedeutung der Steillagen für Kulturlandschaft und Tourismus gerecht zu werden, wollen wir hier einen Schwerpunkt der Förderpolitik setzen und den Steillagenanbau mit einer wirkungsvollen Image-Kampagne unterstützen.
Bei der Ausbildung im Bereich Weinbau und Kellerwirtschaft nimmt der Bereich Ökoweinbau einen zu geringen Stellenwert ein, ein deutliches Hemmnis für die Umstellung von Betrieben. Vor diesem Hintergrund wollen wir dem ökologischen Weinbau in der Ausbildung und durch gezielte Erforschung mehr Bedeutung zumessen. Die bewährte Kooperation mit der Hochschule RheinMain in Geisenheim gilt es wieder zu verstärken und den Standort der Fachhochschule Ludwigshafen in Neustadt an der Weinstraße auszubauen, um unseren Jungwinzerinnen und -winzern den bestmöglichen Start in den Betrieb zu ermöglichen.

Ökolandbau in Rheinland-Pfalz stärken und ausbauen

Während die Nachfrage nach Bioprodukten explodiert, gehört Rheinland-Pfalz mit ca. 5 Prozent Flächenanteil beim Ökolandbau seit Jahren zu den Schlusslichtern im Bundesvergleich. Spitzenreiter wie Hessen und Brandenburg haben über 10 Prozent. Ein Grund dafür ist, dass Betriebe in anderen Bundesländern im Vergleich zu Rheinland-Pfalz bis zu 50 Prozent mehr finanzielle Förderung für die schwierige Öko-Umstellungsphase erhalten.
Ziel GRÜNER Agrarpolitik ist es, den Anteil der Öko-Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz als besonders nachhaltige Form der Landwirtschaft deutlich zu steigern. Wir wollen das Programm Agrar-Umwelt-Landschaft (PAULa) entbürokratisieren, konzentrieren und straffen. In der Agrarforschung müssen die enormen Forschungs-Defizite beim ökologischen Land- und Weinbau ausgeglichen und die Förderung der Agro-Gentechnik beendet werden. Die Dienstleistungszentren Ländlicher Raum (DLR) wollen wir in ihrer Aufgabenwahrnehmung und -erfüllung kritisch überprüfen und an modernen Erfordernissen und zukünftigen Aufgabenstellungen ausrichten. Dabei soll insbesondere dem ökologischen Landbau und Weinbau ein Schwerpunkt eingeräumt werden.

Erhaltung und Schutz der Vielfalt des Lebens

Trotz enormer Nutzungs- und Strukturveränderungen in unserer heimischen Landschaft ist eine große Vielfalt natürlicher Lebensräume und darin siedelnder Tier- und Pflanzenarten erhalten geblieben. Diese Naturausstattung gilt es zu sichern und weiterzuentwickeln. Als wichtiges Instrument hierfür sehen wir die Verabschiedung einer Biodiversitätsstrategie durch die rheinland-pfälzische Landesregierung. Auf der Basis der internationalen und nationalen Biodiversitätsziele soll darin eine kritische Analyse bisheriger Aktivitäten vorgenommen werden sowie die Entwicklung neuer Lösungsansätze und zusätzlicher Maßnahmen erfolgen. Eine ständige Überprüfung der Zielerreichung ist wichtig, um Artenvielfalt und Lebensräume auch tatsächlich dauerhaft zu sichern.

Wir wollen bei unseren Naturschutzanstrengungen dem unterschiedlichen Charakter von Lebensgemeinschaften Rechnung tragen. Tier- und Pflanzengesellschaften in naturnahen Lebensräumen benötigen nutzungsfreie Räume, in denen sich Natur ohne menschlichen Einfluss entfalten kann. Solche müssen vermehrt zur Verfügung gestellt werden. Die Reste der historischen Kulturlandschaft sind oft besonders artenreich und bedürfen auch weiterhin Biotoppflegemaßnahmen in ausgewählten Schutzgebieten. Erfolgreiche Maßnahmenprogramme möchten wir weiterhin mit ausreichenden Finanzmitteln ausstatten und fortsetzen. Auf allen übrigen Flächen setzen wir uns für eine naturschutzgerechte Bewirtschaftung ein. Standards der ordnungsgemäßen Nutzung und landwirtschaftliche Förderprogramme sollen dahingehend verändert werden.
Bewirtschaftungspläne für Natura 2000-Schutzgebiete sind dringend notwendig. In ihnen wird dargelegt, welche die geeigneten Maßnahmen zur Verwirklichung der Erhaltungsziele sind, und gibt den Bewirtschafterinnen und Bewirtschaftern Rechtssicherheit bei der Bodennutzung. Die Erhebung von Grunddaten über die Verbreitung von wildlebenden Arten ist dabei Grundvoraussetzung. Wir werden uns für die zügige Erstellung qualifizierter Pläne einsetzen. Die Effizienz der Bewirtschaftungspläne im Hinblick auf die Erreichung der Schutzziele muss stets überprüft werden.
Vorrangflächen für den Naturschutz und vernetzte Biotopsysteme müssen konsequent erhalten und ausgebaut werden. Sie müssen auf Grund fachlicher Kenntnisse in die Raumordnungspläne und auch in den kommunalen Flächennutzungsplänen Berücksichtigung finden und dürfen nicht wirtschaftlichen Interessen geopfert werden.
Pfälzer Wald, Soonwald oder Eifel: Hier bestehen gute Voraussetzungen für die Ausweisung als Nationalpark. Von der Einrichtung und dem Betrieb eines Naturschutzzentrums können wichtige Impulse für die Region ausgehen. Somit dient ein Nationalpark nicht nur dem Naturschutz, sondern hat durch die Förderung eines sanften Tourismus mit Absatzmöglichkeiten für regionale Produkte auch eine bedeutende soziale und ökonomische Komponente. Wir wollen prüfen, wo in Rheinland-Pfalz Nationalparke geschaffen werden können. Bei der Landschaftsplanung müssen alle Schutzgüter mit einbezogen werden. Dazu gehören auch Klima, Boden, Wasser- und Luftqualität. Wir sehen die zeitnahe Fortschreibung der kommunalen Landschaftspläne als ein wichtiges Instrument an, um Natur- und Umweltbelange frühzeitig bei allen flächenbezogenen Planungen berücksichtigen zu können.

Die Auswirkungen des Klimawandels treffen auch Rheinland-Pfalz schon jetzt. Trockene Sommer und regenreichere Winter werden die Lebensgrundlagen verändern. Die Enquetekommission des Landtags hat entsprechende Konsequenzen zum Schutz der Lebensräume gefordert. Besonders empfindliche Lebensräume und Arten müssen identifiziert und ein darauf bezogenes Schutzkonzept entwickelt werden.
Im Zuge der Novellierung des Landesnaturschutzgesetzes werden wir die vom Bundesnaturschutzgesetz eingeräumten Möglichkeiten für Effizienzsteigerungen im Naturschutz und zur Minderung von Vollzugsdefiziten nutzen.

Naturgemäße Waldwirtschaft

Wir wollen unsere Wälder durch naturgemäße Waldbewirtschaftung schützen und sichern und dazu auch das Landeswaldgesetz weiterentwickeln. Die Forstwirtschaft hat eine besondere Bedeutung und Verantwortung für die Erhaltung der biologischen Vielfalt in unserem Land. Die jagdliche Praxis schafft es trotz gesetzlicher Vorgabe nicht, die Wilddichte so stark zu verringern, dass eine natürliche Verjüngung ohne Schutzmaßnahmen und damit eine nachhaltige Holzbewirtschaftung in weiten Teilen der Wälder möglich ist. Dazu brauchen wir gut ausgebildete und engagierte Waldfachbeschäftigte und Försterinnen und Förster in Forstämtern, die in ihrer Größe gleichmäßig im Land verteilt sind.

Das Jagdrecht wollen wir an ökologischen Prinzipien und dem Tierschutz ausrichten. Bleischrot, Totschlagfallen und der Abschuss von Haustieren gehören nicht in ein modernes Jagdrecht. In Anbetracht steigender Energiepreise nimmt der Druck zur energetischen Nutzung von Holz zu. Die stoffliche Verwertung von Holz muss jedoch konsequent Vorrang vor der energetischen Nutzung haben.
Wir wollen eine Zertifizierung der rheinland-pfälzischen Waldfläche nach den hochwertigen ökologischen Standards des Forest Stewartship Council (FSC) durchführen.
Den Verkauf staatlichen Waldes lehnen wir ab. Im Staatsforst kann vorbildhaft nachhaltig gewirtschaftet und anderen Umweltaufgaben nachgekommen werden. Im Rahmen dieser Vorbildfunktion gilt es auch, wichtige Arbeitsplätze zu erhalten. Das Einheitsforstamt hat sich nach der letzten Reform bewährt. Es gilt, dieses zu stabilisieren.
Zur Erhaltung der Biodiversität muss der Anteil alten, ungenutzten Waldes im Bereich des Staatswaldes deutlich erhöht werden. Der Schutz von Horst- und Höhlenbäumen soll durch einheitliche Kennzeichnung und klar definierte Bewirtschaftungsvorschriften garantiert werden.

Ökologischer Gewässer- und Hochwasserschutz

Fließgewässer mit ihren Auen und Stillgewässer mit ihren Ufern sind bedeutsame Ökosysteme, die eine zentrale Rolle bei der Biotopvernetzung und damit für die Biodiversität einnehmen. Sie sind darüber hinaus in Verbindung mit dem Grundwasser wichtig für die Versorgung mit Trinkwasser, für den Hochwasserschutz sowie als Erholungsräume für den Menschen. Dieser Bedeutung trägt die EU-Wasserrahmenrichtlinie Rechnung. Deren konsequente Umsetzung sehen wir als die wichtigste wasserwirtschaftliche Aufgabe an. Die Bewirtschaftungspläne sollen konsequent umgesetzt werden.
Die „Aktion Blau“ war bislang erfolgreich und sollte weitergeführt werden. Zu ihren Erfolgen zählen deutliche Verbesserungen hinsichtlich Gewässerstruktur und Gewässerqualität. Ebenso hat sich der Gedanke, Hochwasserschutz in die Gewässerrenaturierung zu integrieren, bewährt. Wir setzen uns für die Vergrößerung, Wiederherstellung und Redynamisierung von Fluss- und Bachauen ein.
Zumindest in allen intensiver landwirtschaftlich genutzten Bereichen muss je nach Gewässergröße ein ausreichend breiter Gewässerrandstreifen ausgewiesen werden, um eine positive Gewässerentwicklung zu ermöglichen, und um Nährstoff- und Pestizideinträge zu verringern.
Leider hat es die Landesregierung versäumt, im Zuge von Hochwasserschutzmaßnahmen die Rheinauen natürlicher zu gestalten. Stattdessen setzte sie auf den Bau von landwirtschaftlich intensiv genutzten Poldern und die Erhöhung und Verstärkung der bestehenden Rheinhauptdeiche. Dies führte zur Ausweisung großflächiger Siedlungen, wie beispielsweise in Bodenheim oder Oppenheim, und zu einer anhaltenden und intensiven ackerbaulichen Nutzung der Altaue. Auen gehören eigentlich zu den artenreichsten Ökosystem. Daher sind wir überzeugt davon, dass die stark beeinträchtigten Lebensräume dringend unseren Schutz benötigen. Wir werden uns bei den anstehenden Projekten für großräumige Deichrückverlegungen, eine Redynamisierung und strukturelle Aufwertung der Auen sowie für eine Verringerung und ökologische Ausrichtung der Kiesgewinnung in den Auengebieten einsetzen. Nach unserer Überzeugung müssen weitere Siedlungs- oder Gewerbegebietsausweisungen in der ausgedeichten Altaue sofort gestoppt werden. Den Polder Altrip/Waldsee, der schützenswerte Natur gefährdet und die Sicherheit der Bevölkerung nicht ausreichend gewährleistet, lehnen wir ab, nicht zuletzt auch aus finanziellen Gründen.

Bäche und Flüsse sind bedeutsame Wanderwege für Fische und Kleinlebewesen. Bei der Wiederherstellung der ökologischen Durchgängigkeit der Fließgewässer müssen auch die

Lebewesen am Ufer mit einbezogen werden. Da die hohen Wassertemperaturen sich zunehmend zu einem Wanderhindernis entwickeln, halten wir die Erstellung eines Wärmelastplanes für den Rhein sowie die Festlegung wirksamer Maßnahmen zur Reduktion der Wärmeeinleitungen im Rheineinzugsgebiet für dringend erforderlich.

Nachhaltige Rohstoffnutzung

Rohstoffe und Energieträger sind sparsam, naturschonend und ohne Gefährdung und nennenswerte Beeinträchtigung der im Umfeld angesiedelten Menschen zu gewinnen und zu nutzen. Der Rohstoffbedarf ist durch Erhöhung der Recyclingrate und der Optimierung des Abbaus deutlich zu reduzieren. Hier muss Gebäude- und Flächenrecycling eine zentrale Rolle spielen. Aspekte der Vielfalt müssen bei Rekultivierungs- und Renaturierungsmaßnahmen beachtet werden. In diesem Sinne werden wir uns für eine Änderung der regionalen Raumordnungspläne einsetzen.

Auch in Rheinland-Pfalz gibt es beim Gesteinsabbau, wie z.B. beim Lava-Abbau, Probleme mit Beschädigungen an Häusern durch Sprengungen, mit Eingriffen in Naherholungsgebiete, mit Grundwasser-Veränderungen und mit übermäßigen Belastungen durch Transporte, Lärm und Staub. Daher wollen wir nach dem Vorbild von NRW und dem Saarland eine Schlichtungsstelle für Bergschäden einrichten. Wir wollen die landespolitischen Spielräume zur Verbesserung der Situation der Anwohner, des Landschaftsschutzes und der Umweltwirkungen ausschöpfen und eine Bundesratsinitiative zur Neugestaltung des Bergrechts starten, um den Vorrang für den Bergbau gegenüber dem Schutz von Natur und Anliegerinnen und Anliegern zu beenden und den Kommunen mehr Mitsprachemöglichkeiten zu geben. Wir benötigen einheitliche klare Vorgaben für die Regionalen Raumordnungspläne zur Berücksichtigung von Umwelt- und Gemeinwohlinteressen.

Altlasten liegen in etlichen unserer Böden, sowohl durch längst aufgelassenen Fabriken und Deponien als auch durch Tricksereien in der Auslegung des Planungsrechtes bei Neuerrichtungen. Erstere müssen beseitigt werden, auch wenn es teuer wird. Grundwasserschädigungen und gesundheitliche Belastungen für die Anwohner werden teurer! Und Trickserei werden wir zu verhindern wissen. Wir fordern die Erstellung eines flächendeckenden Altlastenkatasters für Rheinland-Pfalz. Hier schlummern noch einige „Bomben“ im Boden und wir wollen nicht warten, bis sie explodieren und Leben oder Eigentum gefährden. Die Altlastenerkundung und -sanierung, insbesondere der Giftmüllkippen, muss daher forciert werden, auch vor dem Hintergrund des Grundwasserschutzes.

Nachhaltige Kreislauf- und Abfallwirtschaft

Wir werden eine Umstrukturierung der Abfallwirtschaft bürgerfreundlich und im Sinne des Kreislaufwirtschaftsgesetzes angehen. Das Abfallgesetz verknüpft die ökologisch sinnvolle Vermeidung und Verwertung von Abfall mit der Möglichkeit für Bürgerinnen und Bürger, durch entsprechendes Verhalten Gebühren zu sparen. Die Kommunen sollen auf regionaler Ebene zusammenarbeiten und bürgerfreundliche Lösungen finden. Zur Abfallverringerung und -vermeidung setzen wir auf eine ökologisch verantwortliche, ökonomische und verbraucherfreundliche Entsorgung und beziehen dazu auch innovative und privatwirtschaftliche Konzepte mit ein.

Wir wollen eine stetige Verringerung des Abfallaufkommens in allen Bereichen. Neben der Abfallverwertung muss entsprechend auch die Abfallvermeidung Ziel bleiben. Aber auch bei der Verwertung und getrennten Sammlung gilt es, neue Anstrengungen zu unternehmen. Auch bei Gewerbeabfällen wollen wir die Getrennterfassung der verwertbaren Fraktionen. Bewährte Getrennthaltungssysteme im Siedlungsabfallbereich wie Schadstoffsammlung, Papier, Glas oder Biomüll müssen weiter ausgebaut werden. Eine Steigerung der wirklichen stofflichen Verwertung unter Berücksichtigung von

Ökogesamtbilanzen ist notwendig, um Kreisläufe zu schließen. Wir wenden uns gegen unnötigen Mülltourismus. Wir setzen uns für eine Reduzierung der Grenzwerte (vor allem PCB) auf den niedrigsten Wert der Bundesländer – oder noch darunter - ein. Der Grenzwert ist in Rheinland-Pfalz höher als in anderen Bundesländern.

Altlasten sanieren

Der Sanierung von Industriedeponien kommt auch in Zukunft eine große Bedeutung zu. Großflächige Ausbreitungen von gefährlichen Abwässern aus Altdeponien müssen durch die Sanierung und Absicherung auf Dauer verhindert werden. Dabei entstehen hohe Kosten. Wir setzten bei der Sanierung von Altlasten auf das Verursacherprinzip. Ein Altlastenfond, in den verursachende Betriebe auch tatsächlich einzahlen, ist dringend erforderlich.

Flächenfraß stoppen

Trotz abnehmender Bevölkerung wird in unserem Land jeden Tag die unversiegelte Fläche von fünf Fußballfeldern für Siedlungs-, Gewerbe- und Verkehrszwecke verbraucht. Überdimensionierte Gewerbegebiete greifen mit Bodenversiegelungen in noch unbebaute Freiflächen ein. Dabei gibt es schon heute einen Wohnungsüberschuss und Leerstände. Tendenz stark steigend. Jede Erschließung von Neubaugebieten bringt weitere Leerstände in bestehenden älteren Stadt- und Gemeindegebieten und in benachbarten Kommunen. Wertverluste von Immobilien sind die Folge.
Unser Ziel ist es, den Nettoflächenverbrauch für Siedlungs- und Gewerbegebiete in der kommenden Legislaturperiode auf Null zu senken. Daher wollen wir prinzipiell Neuversiegelung nur noch zuzulassen, wenn an anderer Stelle entsiegelt wird. Wir wollen die Grundsteuer so reformieren, dass ökologisch verträgliche Nutzung belohnt und Versiegelung stärker belastet wird. Ein strukturiertes Flächenmonitoring mit Siedlungs- und Gewerbeflächen, der Führung von Leerstandskatastern (mit aktuellen sowie drohenden Leerständen) sowie die Dokumentation von Baulücken sind zentrale Mittel, um dieses Ziel zu erreichen.
Innenstädte und Ortskerne können so wieder zu attraktiven Orten für Wohnen, Einkauf und Kultur werden.

Nachhaltige Siedlungsentwicklung für einen ökologischen Stadt- und Ortsumbau

Wir möchten die Kommunen im Zusammenspiel von Regional- und Flächennutzungsplanung zur Erstellung einer ökologischen und klimaschonenden Bauleitplanung anhalten. Die Landesbauordnung sowie die entsprechenden Förderrichtlinien wollen wir deshalb überarbeiten. Dabei soll die Nutzung von Solarenergie bei allen Neu- und Umbauten von Gebäuden zur Regel werden.
Bei der Sanierung von landeseigenen Gebäuden sowie mit öffentlichen Mitteln geförderten Bauten soll der Passivhausstandard zur Regel werden. Für Vermieterinnen und Vermieter wollen wir ein umfassendes Anreizprogramm für die energetische Gebäudesanierung, die eine zentrale Rolle beim Klimaschutz und bei der Reduzierung von Energiekosten spielt. Diese Sanierung soll im Einklang mit den Mieterinnen und Mietern erfolgen.
Wir wollen Programme zur energetischen Sanierung von Wohngebäuden in Stadtteilen mit einem hohen Anteil einkommensschwacher Haushalte. Die Effizienz von Heizungsanlagen soll optimiert und der Einsatz Erneuerbarer Energie bei Bestandbauten gefördert werden, wie es z.B. Baden-Württemberg vormacht. Wir wollen verhindern, dass finanziell überforderte Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer und Mieterinnen und Mieter mit unsanierten Wohnungen zurückbleiben.

Um den enormen Herausforderungen des demographischen Wandels begegnen zu können, setzen wir uns für ein umfangreiches Landesprogramm „Dorf- und Stadtumbau

Rheinland-Pfalz“ mit ausreichend finanziellen Mittel ein. Ein Schwerpunkt in einem solchen Programm soll das „Ortstypische Bauen mit ökologischen Baustoffen“ sein. Die Schaffung einer ganzheitlichen, gesunden Wohn-Umwelt bei Neubau und Sanierung muss stärker in den Vordergrund rücken. Wir setzen uns für die Verwendung von Baustoffen ein, deren Rohstoffgewinnung, Nutzung und gegebenenfalls Abbau umweltverträglich ist und die ohne großen Energie- und Transportaufwand hergestellt wurden. Dabei sollen vorrangig Naturdämmstoffe aus Holz, Hanf, Zellulose etc. zur energetischen Dämmung eingesetzt werden. Denn aufgrund ihrer bauphysikalischen und feuchtigkeitsbindenden Eigenschaften eignen sich diese Dämmstoffe vor allem in der energetischen Sanierung von älteren Gebäuden. Naturfaserdämmstoffe binden CO-2, verbrauchen im Herstellungsprozess wenig Energie und können über den Biomüll entsorgt werden.
Um die zu erwartende Rohstoffnachfrage zu bedienen, setzen wir GRÜNE uns dafür ein, dass industrieller Hanf in Rheinland-Pfalz angebaut werden kann. Da der Anbau unproblematisch zwischen den Fruchtfolgen integriert werden kann, eröffnet sich hier für die rheinland-pfälzische Landwirtschaft ein zusätzlicher Einkommensgewinn. Zurzeit wird Hanf für den deutschen Markt vorrangig in Frankreich bezogen. Es gibt in Deutschland nur wenige Firmen, die Hanf zum Naturdämmstoff verarbeiten. Sie sind fast ausschließlich mittelständisch. Wir GRÜNE möchten damit einen Impuls an den Markt geben, so dass sich solche Firmen auch in Rheinland-Pfalz gründen. Ökologische, regionale und faire Beschaffung sowie ökologisches Bauen muss zum Maßstab für Land und Kommunen werden. Eine Vor-Ort-Beratung zur ökologischen und energetischen Sanierung ist in die Fördermaßnahmen zur Dorferneuerung sowie Stadtsanierung zwingend zu integrieren.

Wir wollen Orte und Städte, in denen innerstädtisches Wohnen, phantasievolle Umnutzungen im Gebäudebestand, Denkmalschutz, die Rückeroberung von Industriebrachen, die Gestaltung öffentlicher Räume und baukulturelle Qualitäten in den Vordergrund rücken. Dazu gehören auch die Förderung kreativer Kleinst- und Kleinbetriebe sowie die Durchführung von Architekturwettbewerben. Ziel muss es sein, die innerörtliche Lebensqualität für die Menschen zu erhalten und zu steigern. Innenentwicklung in Städten bedeutet auch, dass gezielt Grünzüge und Erholungsräume für den Menschen erhalten und neu entwickelt werden.

Gentechnikfreie Region Rheinland-Pfalz

Wir GRÜNE kämpfen für eine gentechnikfreie Landwirtschaft und gegen Patente auf Leben. Es ist ein Verdienst der Umweltverbände und der GRÜNEN, dass unser Land noch frei von kommerziellem Gentech-Anbau ist. Die große Mehrheit unserer Bevölkerung lehnt gentechnisch veränderte Nahrungsmittel ab. Aber die Lobby der Agro-Gentechnik fährt in einer großen Koalition von SPD, CDU und FDP einen Generalangriff auf die gentechnikfreie Land- und Lebensmittelwirtschaft.
Die SPD forciert den Anbau der BASF-Kartoffel „Amflora“ auch in Rheinland-Pfalz. Bereits 2009 hat die Landesregierung den Aufwuchs von gentechnisch kontaminiertem verbotenem Mais in der Pfalz - anders als Hessen oder Baden-Württemberg - geduldet und damit die Kontamination von Umwelt, Landwirtschaft und Imkerei fahrlässig in Kauf genommen. Zudem ist die Landesregierung ihrer Pflicht zur Veröffentlichung der betroffenen Felder im Standortregister nicht nachgekommen. Die Industrie hat diese Technologie nicht im Griff, gentechnische Veränderungen drohen sich unkontrolliert in der Umwelt auszubreiten. Agro-Gentechnik gefährdet Bienen und andere Insekten genauso wie die in Jahrzehnten hart erarbeiteten Leistungen der Pflanzenzüchtung. Millionen an wirtschaftlichen Schäden und Vermeidungskosten werden Landwirtschaft, Lebensmittelwirtschaft und den Verbraucherinnen und Verbrauchern aufgebürdet. Dabei verlangen die Verbraucherinnen und Verbraucher ausschließlich nach gentechnikfreien Produkten.

Wir GRÜNE wollen Rheinland-Pfalz daher zur „Gentechnikfreien Region“ machen. Das neu eingeführte Siegel "ohne Gentechnik" muss durch eine Aufklärungskampagne zu einem dauerhaften Erfolg werden. In der Forschung muss sichergestellt sein, dass Umwelt, Gesundheit und gentechnikfreie Produktion nicht beeinträchtigt werden. Die gentechnikfreien Dachmarken und der Ersatz von gentechnisch veränderten Futtermitteln sollen unterstützt werden. Wir werden uns mit allem Nachdruck gegen die Versuche wenden, die Nulltoleranz bei ungenehmigten gentechnisch veränderten Organismen aufzuweichen und eine schleichende Verunreinigung bei Saatgut zu riskieren.

Tierschutz

Das Staatsziel des Tierschutzes muss konsequent umgesetzt werden. Da Tiere ihre Rechte selbst nicht einklagen können, wollen wir ein Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzverbände in Rheinland-Pfalz einführen. Tierhaltung muss artgerecht und qualfrei sein und eine gute Ausbildung der Tierhalterinnen und Tierhalter einschließen. Tierquälerische Massentierhaltung lehnen wir ab. Durch die Kennzeichnung der Haltungsform bei tierischen Lebensmitteln und die Einführung eines Tierschutzsiegels für Produkte aus artgerechter Tierhaltung wollen wir mehr Transparenz in den Supermarkt bringen.
Ein tiergerechter Umgang mit unseren Nutztieren umfasst eine darauf abgestimmte Zucht sowie hohe Tierschutz-Standards bei Transport und Schlachtung. Auf die betäubungslose Kastration muss verzichtet und tiergerechte Methoden entwickelt werden. Tiere sollen nicht den Ställen, sondern die Haltungsbedingungen den Tieren angepasst werden. Statt Billig-Fleisch oder Billig-Milch wollen wir Klasse statt Masse.

Vegetarische und vegane Ernährung können bei bewusster Auswahl der Nahrungsmittel eine gleichwertige Alternative darstellen. Die Reduzierung tierischer Produkte ist im Sinne des Tier- und Klimaschutz sowie der globalen Ernährungsgerechtigkeit. Dazu können öffentlichen Kantinen einen Beitrag leisten, indem sie vegetarische und vegane Alternativen anbieten. Wir unterstützen die weltweiten Aktionen zum „fleischfreien Wochentag“. Ebenso setzen wir uns - wo immer möglich - für die Abschaffung von Tierversuchen und für den Ersatz durch tierversuchsfreie Forschung ein. So muss es für Studierende der Medizin und der Biologie auch möglich sein, ihr Studium ohne die Teilnahme an Tierversuchen durchzuführen.

Um Menschen und Tiere zu schützen, wollen wir den Import und die private Haltung von exotischen und gefährlichen Tieren durch die Einführung einer Positiv-Liste restriktiv regeln. Pelztierzucht soll nicht mehr stattfinden, da Pelztiere nicht artgerecht gehalten werden können. Auch in mobilen Zirkusbetrieben haben Wildtiere unserer Ansicht nach nichts verloren. Eine Positiv-Liste und die zentrale Registrierung wären auch hier ein erster Schritt. Die Richtlinien für die Zootierhaltung sollen überarbeitet und ein Heimtierzuchtgesetz erarbeitet werden.
Die Tierheime benötigen eine ausreichende Finanzierung.

5.
GRÜNland-Pfalz stärkt die Verbraucherinnen und Verbraucher.
Transparenz und Kontrolle .

Für uns stehen die Rechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern und deren Information an erster Stelle. Wir wollen entschiedener gegen Gammelfleisch, Imitate, Antibiotika, Pestizid- und Schadstoff-Rückstände vorgehen. Dazu muss die Lebensmittel- und Veterinärkontrolle gestärkt und auf Landesebene zusammengefasst werden.

Lebensmittelkennzeichnung

Für Verbraucherinnen und Verbraucher muss auf den ersten Blick klar sein, wie viel Zucker, Fett und Salz in einem Lebensmittel stecken oder, ob sie gentechnisch belastet sind. Verbraucherinnen und Verbraucher dürfen nicht darauf angewiesen sein, mit Lehrbuch, Lupe und Taschenrechner einkaufen gehen zu müssen, wenn sie sich gesund ernähren wollen. Die Lebensmittelampel ist ein sinnvolles Instrument zur einfachen Orientierung bei Fett, Zucker und Salz. Gesunde Ernährung darf kein Privileg derjenigen sein, die mit viel Zeit, Geld und Taschenrechner einkaufen gehen. Fragen nach fairem Handel, Tierschutz, regionaler Herkunft und Nachhaltigkeit werden von immer mehr Verbraucherinnen und Verbrauchern gestellt und erfordern neue Informationssysteme. Schwarze Schafe sollen bei Verstößen gegen Hygiene und Etikettierung nicht nur mit hohen Bußgeldern bestraft; sondern auch öffentlich benannt werden. Wir setzen uns für die Einführung des dänischen „Smiley“-Systems in Rheinland-Pfalz ein, bei dem Kunden am Eingang und im Internet bei Geschäften, Restaurants, Imbissbuden, Verarbeitern oder Schlachthöfen über das Ergebnis von Lebensmittelkontrollen informiert werden.

Kontrolle schafft Vertrauen

Die jüngsten Skandale um Gen-Mais, Dioxine und Pestizidrückstände haben gezeigt, dass wir leistungsfähigere Kontrollsysteme für die Lebens- und Futtermittelsicherheit brauchen. Deshalb müssen die zersplitterten Zuständigkeiten endlich in einem Ministerium zusammengeführt und die Kommunen von diesen Zuständigkeiten entlastet werden. Die Kontrollaufgaben sollen beim Land liegen und den Anforderungen von EU- und Bundesgesetzgebung angepasst werden, was eine Aufstockung der Kapazitäten erfordert. Gift im Spielzeug – das ist leider oft Realität. Wir wollen effektivere Produktkontrolle, Verbote der Giftstoffe in der Produktion und gute Zertifikate für sicheres Spielzeug und Produkte.

Verbraucherzentralen stärken

Die gute Arbeit der Verbraucherzentralen muss weiter ausgebaut werden, um der gestiegenen Beratungsnachfrage der Verbraucherinnen und Verbraucher gerecht zu werden. Nur mit zusätzlichen Beratungsstellen und einer personellen und finanziellen Aufstockung kann die hohe Qualität der Beratung gesichert werden. Wir wollen daher den Vorschlag des Bundesverbandes der Verbraucherzentralen umsetzen und an mehreren Standorten in Rheinland-Pfalz weitere Beratungsstellen einrichten. Insbesondere das Beratungsangebot zu Finanzprodukten und –dienstleistungen, Telekommunikationsdienstleistungen, Rundfunkzugängen und die Verbraucheraufklärung im Internet sowie die Schuldnerberatung muss ausgeweitet werden. Die Energieberatung soll in Verbindung mit Energieagenturen deutlich verstärkt werden. Besonders die Abzocke bei den Strom- und Gaspreisen durch die Monopole muss beendet werden.

Nano - Es gilt das Vorsorgeprinzip

Nanotechnologie bietet Chancen, aber auch viele noch unbekannte Risiken. Wir fordern ein Moratorium für alle ungebundenen Nanoprodukte, insbesondere keinen Einsatz in Lebensmitteln, Bedarfsgegenständen, Reinigungs- und Konservierungsmitteln und Kosmetika, sowie ein Zulassungs- und Meldeverfahren für die Produkte mit gebundenen Nanopartikeln. Nanoprodukte, die direkt mit dem menschlichen Körper in Verbindung kommen, müssen gestoppt und vom Markt genommen werden, solange die damit verbundenen Risiken nicht geklärt sind. Verbraucherinnen und Verbraucher müssen auf einen Blick erkennen, ob, welche und wie viel Nanopartikel in dem Produkt enthalten sind und dann selbst entscheiden. Wir wollen verstärkte Forschung und wissenschaftliche Begleitung der Nanoentwicklung.

Keine Abzocke am Telefon und im Internet – Digitale Verbraucherrechte

Hunderttausende Menschen werden belästigt und haben bereits den Schaden mit Handyverträgen, Zeitungsabonnements oder Lottospielen, weil SPD/CDU/FDP den Drücker-Methoden der Wirtschaft nicht Einhalt gebieten wollen. Seit Jahren fordern wir, dass Verträge erst mit eindeutiger Bestätigung (im Internet) bzw. durch eine schriftliche Bestätigung Geltung erlangen dürfen und wollen dies endlich über den Bundesrat durchsetzen. Die Unternehmen müssen effektiv kontrolliert und bestraft werden.
Wir fordern mehr Datenschutzrechte, Haftung, Transparenz, Einspruchsrechte und ein Datenschutzgütesiegel.

Verbraucherschutz im Finanzbereich

Die Finanzkrise hat die Defizite im Verbraucherschutz in diesem Bereich deutlich gezeigt. Viele Menschen auch in Rheinland-Pfalz haben erhebliche Verluste durch Falschberatung zu beklagen. Die unabhängige Beratung muss gestärkt werden. Dazu sollen die Banken und Versicherung auch einen finanziellen Beitrag leisten. Wir setzen uns über die Bundesebene dafür ein, dass die Provisionen-Honorierung durch eine Gebühren-Honorierung ersetzt wird, um die Anreize zur Fehlberatung zu stoppen.
Wir wollen darauf hinwirken, dass die Banken die Kundinnen und Kunden nicht mit überhöhten Dispo-Kreditforderungen überfordern und durch die Unterstützung von Bankenvergleichen durch die Verbraucherberatung und öffentliche Berichte mehr Transparenz schaffen. Ebenso wollen wir das „Konto für jedermann“ flächendeckend durchsetzen, da Menschen ohne Girokonto kaum noch am Wirtschaftsleben teilnehmen können.

6.
GRÜNland-Pfalz lässt keinen fallen.
Armut bekämpfen, Teilhabe für alle.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat den Druck auf die Schwächsten der Gesellschaft und damit auch die soziale Ungerechtigkeit verschärft. Die Politik der schwarz-gelben Bundesregierung verstärkt diesen Trend, anstatt ihm entgegenzuwirken. Nach dem Armutsbericht der Landesregierung sind über eine halbe Million Menschen in Rheinland-Pfalz, etwa 15 Prozent unserer Bevölkerung, von Armut bedroht. Die Landesregierung hat keine umfassende Strategie zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Im Gegenteil: Viele sinnvolle soziale und arbeitsmarktpolitische Projekte bangen um ihre Existenz, weil das Land die Förderung zeitlich begrenzt und die Kommunen finanziell ausbluten lässt. Damit finden wir GRÜNE uns nicht ab und wollen stattdessen einen landesweiten Aktionsplan gegen Armut auflegen. Es gibt uns zu viele Menschen, die gesellschaftlich ausgegrenzt werden, sei es durch Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Armut. Ihnen ist eine angemessene Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben aufgrund ihrer wirtschaftlichen Lage nur eingeschränkt möglich, z.B. beim Zugang zu Bildung, Kultur, Sport und Freizeitangeboten. Schlimm ist vor allem, dass das zulasten der Kinder geht: Die Zahl armer Kindern in Rheinland-Pfalz wächst. Das nehmen wir nicht hin.

Gesellschaftlicher Wandel erfordert neue Lösungen

Wir wollen einen Sozialstaat, der das Grundrecht auf gesellschaftliche Teilhabe für alle Menschen gewährleistet. Wir wollen soziale Gerechtigkeit GRÜN buchstabieren und sagen Armut und sozialer Ausgrenzung den Kampf an. Wir wollen die Sozialpolitik in Rheinland-Pfalz nachhaltig ausrichten! Im Zentrum GRÜNER Sozial- und Gesellschaftspolitik steht das Recht jedes Menschen auf gesellschaftliche Teilhabe. Jedem Menschen müssen die Zugänge zur Gesellschaft offen stehen, die ein selbst bestimmtes Leben ermöglichen. Grundsätze einer GRÜNEN Sozialpolitik sind daher: Armutsbekämpfung, Prävention, individuelle Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe. Aus diesen Grundsätzen entwickeln wir eine ganzheitliche und zukunftsorientierte GRÜNE Sozialpolitik für Rheinland-Pfalz.

Schwerpunkte sind für uns eine landesweite Bekämpfung von Armut durch Stärkung der Kommunen, bessere Beratung und Unterstützung vor Ort, eine Weiterentwicklung der sozialen Wohnraumförderung, Barrierefreiheit und umfassende Inklusion für Menschen mit Behinderungen und eine entschlossene Bekämpfung der Kinderarmut.

Armut landesweit bekämpfen - Kommunen stärken

Wir GRÜNE wollen die Sozialpolitik vor Ort stärken und fordern daher einen landesweiten Aktionsplan gegen Armut in Rheinland-Pfalz. Wir brauchen sowohl unterstützende Programme als auch klare Handlungsrichtlinien für die Kommunen, um die Menschen besser und dauerhaft vor Armut zu schützen. So sollen die Landkreise und kreisfreien Städte dabei unterstützt werden, kommunale Armutsberichte zu erstellen und ein Armutsmonitoring durchzuführen, um vor Ort zielgenau gegensteuern zu können.

Ein großer Teil erfolgreicher Sozialpolitik geschieht vor Ort. Auf kommunaler Ebene werden die Weichen für die gesellschaftliche Teilhabe der Menschen gestellt. Die Kommunen können durch ihre Nähe zu den Menschen Hilfen zielgenau planen und einsetzen. Sie müssen finanziell so ausgestattet sein, dass sie diese wichtige

gesellschaftliche Aufgabe erfüllen können. Die derzeitige unzureichende Finanzierung der Kommunen in Rheinland-Pfalz trägt zu Armut und Ungerechtigkeit bei. Die in Rheinland-Pfalz übliche Praxis der Anschubfinanzierung für Modellprojekte, die nach ca. zwei Jahren eingestellt wird, ist nicht zielführend: Die klammen Kommunen und örtlichen Träger werden so vor die Wahl gestellt, erfolgreiche Maßnahmen einzustellen oder alleine zu finanzieren – wofür zumeist die Mittel fehlen.
Tragfähige soziale Netze kommen nicht ohne die Beteiligung und Einbindung ehrenamtlich aktiver Menschen aus. Die Arbeit dieser Initiativen, Selbsthilfegruppen, sozialen Vereine und Gruppen wollen wir unterstützen.
Wir fordern eine dauerhafte Finanzierung erfolgreicher sozialer Projekte aus Landesmitteln anhand transparenter Kriterien und eine landesweite Koordinierungsstelle, die die Kommunen bei den geförderten Projekten berät. In einem Landesgesetz wollen wir erfolgreiche soziale Arbeit vor Ort, die präventiv wirkt und soziale Teilhabe sichert, rechtlich und finanziell absichern.

Kinderarmut wirksam bekämpfen

Das Ausmaß der Kinderarmut ist in unserem reichen Land ein sozialpolitisches Armutszeugnis. Kinderarmut ist mehr als das Leben in einer einkommensschwachen Familie: Geldmangel, geringe Bildungschancen, eingeschränkte soziale und kulturelle Teilhabe, geringe Gesundheitsvorsorge, Fehlernährung, gesundheitsschädliches Verhalten und schlechter Wohnraum führen zu Krankheiten und weiterer Schwächung und einer sozialen Abwärtsspirale.
Jedes Kind muss dem Staat gleich viel wert sein. Statt Ehegattensplitting, Kindergeld und Steuerfreibeträgen setzen wir uns auf Bundesebene für eine Kindergrundsicherung ein, die jedem Kind das sozio-ökonomische Existenzminimum garantiert. Das geplante Betreuungsgeld lehnen wir ab. Es verleitet dazu, Kindern außerfamiliäre Bildungsprozesse vorzuenthalten, und bedient ein überholtes Bild der Einverdienerfamilie.
Wir wollen nicht akzeptieren, dass Kinder aus finanziellen Gründen von Ferienmaßnahmen, Freizeitangeboten, Klassenfahrten, Essen in Schulen oder Kitas und anderen schulischen Veranstaltungen ausgeschlossen werden. Wir wollen sicherstellen, dass alle Kinder in Rheinland-Pfalz an diesen Angeboten teilnehmen und ein warmes und gesundes Mittagessen in der Schule und Kita bekommen können. Kinder aus armen Familien sind öfter übergewichtig, falsch ernährt, treiben seltener Sport und haben größere psychische Belastungen durch fehlende Lebenshoffnung. Einkommensschwache Familien müssen deshalb im Fokus der Gesundheitsprävention stehen. Bis zur Einführung eines Bundesgesetzes soll Prävention durch ein Landespräventionsgesetz gestärkt werden. Im Rahmen der Ganztagsbetreuung müssen vielfältige Sport- und Bewegungsprogramme angeboten werden, die einen Beitrag gegen Übergewicht, Bewegungsmangel und für mehr Gesundheit leisten.
Wir wollen ein kinderfreundliches Rheinland-Pfalz. Kinder sind keine Last, sondern unsere Zukunft.

Beratung und Unterstützung verbessern

In Not geratene Menschen sind darauf angewiesen, dass es ein faires Miteinander zwischen ihnen und den Behörden gibt. Daher müssen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltungen entsprechend geschult und Bescheide verständlich und eindeutig formuliert sein. Hilfen sollen aus einer Hand kommen. Die Ansprechpartnerinnen und -partner sollten möglichst wenig wechseln und für alle Bereiche zuständig sein. Das vorhandene Netz der Schuldnerberatungsstellen muss weiter ausgebaut und vor allem personell deutlich verstärkt werden. Teilweise monatelange Wartezeiten bis zu einer Erstberatung sind für uns inakzeptabel. Neben den Sparkassen müssen in Zukunft auch die anderen Bankengruppen einen Beitrag zur Finanzierung von unabhängigen

Schuldnerberatungsstellen leisten und somit gemeinnützige Träger von der Erbringung eines Eigenanteils befreit werden.

Teilhabe und Mobilität für alle schaffen

Wir setzen uns für die lokale Einführung von Sozialpässen für einkommensschwache Menschen ein. Diese sollen die vergünstigte Nutzung des Öffentlichen Personen-Nahverkehrs (ÖPNV) sowie öffentlicher und privater Einrichtungen im Bildungs-, Freizeit-, Sport- und Kulturbereich ermöglichen. Sozialtickets für den ÖPNV ermöglichen einkommensschwachen Menschen, mobil zu sein und dabei ein ökologisches Verkehrsmittel zu wählen.

Wohnen ist ein Menschenrecht

Die Wohnung und das Wohnumfeld prägen entscheidend die Lebensqualität und das soziale Miteinander der Menschen. Die Dorf- und Stadtentwicklung darf daher nicht nur rein baulichen Aspekten folgen, sondern muss den Menschen und seine sozialen Bedürfnisse im Blick haben. Dies erfordert nicht nur das Ineinandergreifen von Fördermaßnahmen der EU-, Bundes- und Landesebene, sondern auch die verstärkte Vernetzung aller Beteiligten vor Ort. Grundlegend für den Erfolg von Maßnahmen und Projekten ist eine umfassende Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger.

Ein qualitätsvolles Wohnraumangebot mit angemessen Preisen erfordert staatliche Regelungen und finanzielle Förderung. Daher lehnen wir die Kürzungen der Bundesregierung bei der Städtebauförderung als unsozial ab. Wir brauchen eine aktive Wohnungspolitik und mietrechtliche Rahmenbedingungen, die bezahlbares Wohnen sichern. Individuelle Hilfen, wie beispielsweise das Wohngeld müssen regelmäßig überprüft und bedarfsgerecht angepasst werden.

Die soziale Wohnraumförderung in Rheinland-Pfalz muss zielgerichtet weiterentwickelt werden. Wir wollen insbesondere Fördermittel in den Mietbereich und die Sanierung umlenken. Vorrangig sind Investitionen in die Modernisierung und energetische Sanierung des Wohnungsbestandes. Von der Senkung der Energiekosten profitieren vor allem Menschen mit niedrigem Einkommen.

Bei drohender Wohnungslosigkeit brauchen wir die Zusammenarbeit von örtlicher Sozial-, Wohnungs- und Familienpolitik. Wir setzen auf Prävention, den Ausbau von begleitenden Wohnprojekten und die Förderung und den Erhalt preiswerten Wohnraums. Eine präventive Wohnungslosenhilfe muss auch für den ländlichen Raum entwickelt werden. Wohnungslose Menschen brauchen landesweit Anlaufstellen und Unterkünfte, eine intensive Beratung, eine aufsuchende psychosoziale und medizinische Hilfe.

Geförderte Projekte in den Kommunen müssen landesweit koordiniert, beraten und verstetigt werden. Wir wollen eine klare Aufgabenzuordnung in der kommunalen Verwaltung: Eine Stelle soll zielgruppenorientierte Arbeit in den Wohnquartieren anbieten, frühzeitig von Wohnungsverlust Bedrohten mit ihrem sozialen Umfeld unterstützen und die erforderlichen unterschiedlichen Hilfen und Angebote koordinieren. Die Angemessenheit zu übernehmender Mietkosten muss sich an dem am Markt tatsächlich verfügbaren Wohnraum und nicht am Mietspiegel orientieren. Räumungen, Zwangsumzüge oder Leistungskürzungen durch die ARGEn müssen vermieden werden.

Soziale Teilhabe für Menschen mit Behinderung garantieren

Unser Ziel ist ein Gemeinwesen, zu dem alle Menschen mit ihren unterschiedlichen Stärken, Schwächen und Bedürfnissen gleichberechtigt dazugehören. Deshalb wollen wir

die Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen beschleunigen. Gemeinsames Lernen von Anfang an, Zugang zum allgemeinen Arbeitsmarkt und das Wohnen im Quartier müssen auch für Menschen mit umfassendem Unterstützungsbedarf der Normalfall sein. Durch aufsuchende und ambulante Unterstützung und Assistenz können die Kompetenzen der bisherigen spezialisierten Einrichtungen mit uneingeschränkter Qualität genutzt werden.

Die Umsetzung der UN-Konvention erfordert die Weiterentwicklung und nachprüfbare Einhaltung des Aktionsplans im Land sowie verpflichtend kommunale Aktionspläne. Dabei ist die aktive Beteiligung von Menschen mit Behinderung grundlegende Voraussetzung. Dies gilt sowohl für die individuelle Unterstützung, die kommunal gestaltet werden muss, als auch für die Entwicklung der Rahmenbedingungen und Richtlinien auf Landesebene. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass auf kommunaler Ebene Beiräte und Beauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderungen verbindlich eingeführt werden.
Um den inklusiven Sozialraum zu verwirklichen, wollen wir regionale Kompetenzzentren für Inklusion aufbauen. Hier sollen Land, Kommunen, Einrichtungsträger, Verbände, Selbsthilfe und Interessenvertretungen bei Maßnahmen in allen Lebensbereichen Beratung und Unterstützung zu Inklusion und Barrierefreiheit erhalten. Diese Kompetenzzentren erhalten auch Interventionsrechte, falls Regelungen zu Barrierefreiheit und Inklusion nicht eingehalten werden.
Das Landesbehindertengleichstellungsgesetz ist auf Grundlage der UN-Behindertenrechtskonvention weiter zu entwickeln und mit konkreten Fristen zur Umsetzung von Barrierefreiheit und anderer Maßnahmen zu ergänzen. Die Interventions- und Sanktionsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen und deren Interessenvertretungen wollen wir ausbauen. Die Kompetenzen des Landesbeauftragten für die Belange behinderter Menschen und des Landesbeirats für die Teilhabe behinderter Menschen sollen ausgebaut und stärker unabhängig gestaltet werden.

Der Abbau von Heimeinrichtungen ist eine Frage der Menschenwürde. Er setzt ein Angebot ambulanter und inklusiver Wohnformen, Unterstützung zum eigenständigen Wohnen und selbstbestimmten Leben und die Förderung von persönlicher Assistenz durch Assistenzgenossenschaften voraus, ergänzt durch Beratungs- und Unterstützungsangebote für Erwachsene, die wegen ihrer Behinderung noch bei ihren Eltern leben. Grundlage einer funktionierenden Wohn- und Lebensberatung ist das Peer Counseling (behinderte Menschen beraten behinderte Menschen), denn behinderte Menschen sind Expertinnen und Experten in eigenen Angelegenheiten.

Inklusion in allen Lebensbereichen erfordert funktionierende Alternativen zu den Werkstätten für behinderte Menschen. Deshalb werden wir uns für den Ausbau von Integrationsbetrieben, unterstützter Beschäftigung und Arbeitsassistenz im allgemeinen Arbeitsmarkt sowie die Weiterentwicklung persönlicher Budgets für die berufliche und gesellschaftliche Teilhabe einsetzen. Selbsthilfe-Initiativen und eine kraftvolle, auf Inklusion ausgerichtet Interessenvertretung von Menschen mit Behinderungen werden wir unterstützen. Wir wollen die Zulassung von Kompetenzzentren für die Gesundheitsversorgung von Menschen mit Behinderung aktiv unterstützen. Weiterbildung über die besonderen Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen und barrierefreier Zugang zu Arzt- und therapeutischen Praxen können durch Berücksichtigung bei Zulassung und Honorar gesichert werden.

Bisher macht ein unüberschaubar zergliedertes Reha-System Leistungen für viele Personen unerreichbar. Auf Bundesebene werden wir uns deshalb für ein

Teilhabesicherungsgesetz einsetzen, mit dem Leistungen aus einer Hand erbracht werden. Die Eingliederungshilfe muss zu einer an der Person und nicht an Institutionen orientierten bedarfsgerechten Leistung verändert werden. Alle Leistungen für Menschen mit Behinderungen sind konsequent auf die Förderung ambulanter und inklusiver Systeme auszurichten.

Alle Barrieren abschaffen!

Alle Lebensbereiche der Gesellschaft müssen schrittweise barrierefrei werden. Barrierefreiheit bedeutet Nutzbarkeit für alle Menschen mit und ohne Behinderung, unabhängig von der Art und Ausprägung ihrer Beeinträchtigung.
Inklusion und Barrierefreiheit sind Querschnittsaufgaben für alle Bereiche der Landespolitik.

Alle öffentlichen Anlagen und Einrichtungen sind barrierefrei zu gestalten (Universelles Design). Nur die barrierefreie Gebäudeanpassung von Verwaltungsorten und Sitzungsräumen garantiert die gleichberechtigte Partizipation an demokratischen Prozessen.
Wir werden uns dafür einsetzen, dass sämtliche Förderungen aus Landesmitteln konsequent an die Umsetzung von Barrierefreiheit geknüpft sind. Schwerpunkte sind die Bereiche Straßenverkehr und öffentliche Verkehrsmittel, öffentliche Gebäude und Einrichtungen, Bildungs- und Kultureinrichtungen, Arbeitsstätten, Sport- und Freizeitstätten sowie barrierefreie Infrastruktur und barrierefreie Angebote in der Dorfentwicklung und Tourismusförderung. Zum Abbau von Barrieren gehört, dass Verwaltungsformulare und wichtige Texte in leichter Sprache, in Blindenschrift und weiteren barrierefreien Formaten vorliegen. Barrierefreie Internetseiten und der Einsatz von Gebärdensprache und Kommunikationshilfen sind im Land, in den Kommunen und in öffentlichen Einrichtungen verbindlich zu regeln.
In der Landesbauordnung und dem Landesbehindertengleichstellungsgesetz muss die Barrierefreiheit von Wohnungen, öffentlich zugänglichen Gebäuden und Arbeitsstätten umfassender geregelt werden. Dabei geht es auch um die verbindliche Schaffung von Barrierefreiheit im Bestand.

7.
GRÜNland-Pfalz macht gesund. Selbstbestimmung bei Krankheit und Pflege stärken.

Wir stellen den Menschen und sein Umfeld in den Mittelpunkt unserer Gesundheitspolitik. Wir wollen eine gemeindenahe, leicht zugängliche, gute Versorgung aller Bevölkerungsgruppen in allen Regionen und unabhängig vom Geldbeutel. Eine Zwei-Klassen-Medizin, wie sie sich in unserem Land zunehmend entwickelt, lehnen wir ab. Wir setzen im Gesundheitssystem auf Solidarität und wollen die Finanzierung durch die Bürgerversicherung gerechter und zukunftsfest machen. Eine moderne Versorgung erfordert die Stärkung der hausärztlichen Versorgung und des Gesprächs mit den Patientinnen und Patienten. Um Transparenz und Qualitätsentwicklung zu verbessern, müssen sich Entscheidungen über die Gesundheitsversorgung auf Studien stützen, die unabhängig von wirtschaftlichen Interessen erstellt wurden. So lassen sich die Kosten im Gesundheitssystem besser steuern, die Menschen vor Überdiagnostik und Therapie schützen und die Teilhabe am medizinischen Fortschritt sichern. Gesundheitsförderung und Prävention können Lebensqualität und die körperliche und geistige Gesundheit verbessern. Dies hilft den Menschen und ist kostengünstiger als die Therapie der Folgeschäden einer gesundheitsschädlichen Lebensführung. Neben der Förderung individueller gesundheitsfördernder Lebensführung, mit Bewegung, gesunder Ernährung und Vermeidung von Risiken, bedarf es eines gesellschaftlichen Rahmens, in dem Bildungs- und Sozialeinrichtungen, Arbeitswelt, Sozialpartner, Wirtschaft sowie Umwelt- und Verbraucherschutz einen Beitrag zur Gesundheitsvorsorge leisten müssen. Wir setzen uns für die Prävention von Suchtkrankheiten wie Alkohol- und Spielsucht und einen konsequenten Schutz von Nichtraucherinnen und Nichtrauchern ein.

GRÜNE Gesundheitspolitik setzt nicht nur auf die Behandlung, sondern auch auf die Verhinderung von Krankheiten. Wir wollen die Rechte der Patientinnen und Patienten stärken und die ganzheitliche Gesundheitsbildung und –aufklärung in Rheinland-Pfalz ausweiten.

Vorrang für die Rechte der Patientinnen und Patienten

Wir treten für ein landesweites Netz unabhängiger individueller Beratungsangebote ein, das den Sachverstand von Ärztinnen und Ärzten, Gesundheitsberufen und Selbsthilfe zusammenführt, die Position von Patientinnen und Patienten stärkt und sie durch den Dschungel des Gesundheitssystems lotst. Wir fordern den Aufbau eines standardisierten Modells zur Dokumentation und Information im Gesundheitswesen, das die gespeicherten Gesundheitsdaten schützt und für die Beratung und Behandlung nutzbar macht. Patientinnen und Patienten müssen Zugang zu ihren Daten haben und ggf. mit Unterstützung durch die unabhängige Gesundheitsberatung auswählen können, welche Informationen für ihre Beratung und Behandlung wichtig sind.

Prävention – Aufklärung – Gesundheitsbildung

Die schwarz-gelbe Bundesregierung blockiert ein Präventionsgesetz, das eine strukturierte Zusammenarbeit von Krankenkassen, Kommunen und gesellschaftlichen Gruppen vorsieht. Deshalb ist ein rheinland-pfälzisches Präventionsgesetz notwendig. Die Aktivitäten von Bildungseinrichtungen, Kinder- und Jugendhilfe, Frühförderung, Gesundheitseinrichtungen und Kostenträgern müssen strukturiert und vernetzt werden. Zur Gesundheitsprävention gehört die gesundheitsfördernde Gestaltung der Arbeitswelt

ebenso wie die Stadt- und Umweltplanung, die Vermeidung von Lärm, Umweltgiften und gesundheitsschädlichen Wohnumständen, die Schulung von Eltern und Angehörigen, sowie vor allem die Bekämpfung von Armut und deren Folgen. In Rheinland-Pfalz haben im Vergleich aller westdeutschen Bundesländer die meisten Menschen Übergewicht. Dies zeigt, wie wichtig regionale Studien und Präventionsmodelle sind. Das Land muss flächendeckend für eine verbesserte Qualität in der Lebensmittel- und Hygieneüberwachung im Gesundheits- und Nahrungsmittelbereich Sorge tragen. Wir wollen uns für eine deutliche und einfache, verbraucherfreundliche Kennzeichnung von Nahrungsmitteln einsetzen. Krankenhausinfektionen gefährden Patientinnen, Patienten und Personal. Die Reduzierung von Zahl oder Qualifikation von Hygienefachkräften ist deshalb nicht hinnehmbar. Wir wollen uns für ein Krankenhaushygienegesetz einsetzen, das die Ausstattung und Qualitätsentwicklung in diesem Bereich verbindlich vorschreibt.

Gesundheitsprävention beginnt bereits vor der Geburt. Wir wollen deshalb die Rolle der Hebammen stärken. Auch im Bereich der frühkindlichen Prävention kommt ihnen eine wichtige Schlüsselfunktion zu, die mit einer finanziellen Aufwertung ihres Berufes einhergehen muss.

Wir dürfen in Rheinland-Pfalz nicht länger vor den steigenden HIV-Neudiagnosen insbesondere im ländlichen Raum die Augen verschließen und beim Abbau von AIDS-Fachkräften in den Gesundheitsämtern zusehen. Wir lehnen eine Mittelkürzung in der AIDS-Prävention entschieden ab, weil sich gezeigt hat, dass diese zu einem Anstieg der Neuinfektionen führt. Um diesem erschreckenden Trend wirksam entgegenzutreten und die Gesundheit gerade junger Menschen zu schützen, fordern wir eine deutliche Erhöhung der Mittel in der HIV-Prävention, deren überwiegenden Einsatz für die Hauptbetroffenengruppen mit zielgruppengerechten Kampagnen sowie eine aktive Beteiligung durch die Gesundheitsämter.

Gesundheitliche Versorgung im ländlichen Raum sichern

Wir wollen ein rheinland-pfälzisches Programm zur Sicherung der hausärztlichen Versorgung aufbauen, das der beginnenden Unterversorgung im ländlichen Bereich entgegen wirkt. Hausärztinnen und Hausärzte haben durch ihre Nähe zu den Menschen und ihrem Lebensraum eine hervorgehobene Stellung in der ganzheitlichen Vorsorge. Unser Konzept setzt auf Motivation und neue Attraktivität der hausärztlichen Tätigkeit besonders auch in ländlichen Regionen. Eine bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung setzt die Schaffung zusätzlicher Studienplätze und den Abbau bestehender Zugangshürden in Medizin und anderen Gesundheitsberufen voraus. Die Ausbildung muss auf eine umfassende personen- und familienorientierte Arbeit und hausärztliche Tätigkeit vorbereiten. Studierende sollen durch Ausbildung vor Ort gezielt für die Tätigkeit in unterversorgten Gebieten interessiert werden. Insgesamt muss die ambulante Gesundheitsversorgung ein zentraler Bestandteil in der Entwicklungsplanung des Landes werden. Die Kommunen brauchen Unterstützung bei ihren Maßnahmen zur Sicherung der ärztlichen Grundversorgung. Die ärztliche Selbstverwaltung muss für diese Aufgabe auch bei der Verteilung der Vergütung in die Pflicht genommen werden. Neben der Stärkung der Hausärztinnen und Hausärzte sollen regionale Versorgungszentren den medizinischen Bedarf insgesamt sicherstellen. In diesen Versorgungszentren arbeiten Ärztinnen und Ärzte und andere Gesundheitsberufe im Team zusammen und nutzen Gebäude sowie Ausstattungen gemeinsam. Für die ambulante gesundheitliche Versorgung wollen wir in Rheinland-Pfalz zusätzlich das Modell Gemeindepflege umsetzen, in dem Krankenpflegekräften mit Zusatzausbildung mehr Kompetenzen übertragen werden. Die Einführung neuer berufgruppenübergreifender Versorgungsangebote wird häufig von Interessenvertretungen blockiert. So fehlen in Rheinland-Pfalz immer noch Verträge

zwischen Krankenkassen und Anbietern von spezialisierter ambulanter Palliativversorgung, obwohl der Rechtsanspruch seit 2007 im Bundesrecht verankert ist. Wir werden uns gerade bei diesen Versorgungskonzepten für eine zeitnahe finanzielle Absicherung einsetzen. Die ambulante Versorgung erfordert regionale Bedarfskonferenzen unter Beteiligung von Gesundheitsämtern, Krankenhäusern, Vertretern der Gesundheitsberufe, Patientinnen und Patienten und der Kommunalpolitik.

In der Bundespolitik muss sich Rheinland-Pfalz für den Abbau von Fehlanreizen bei den Niederlassungen und für Transparenz in der Honorarverteilung einsetzen. Psychische Erkrankungen, Schlafstörungen, Angst und Depressionen nehmen zu. Verantwortlich ist auch die zunehmende Belastung in Ausbildung und Arbeitswelt. Unternehmen benötigen Anreize, sich für die psychische und somatische Gesundheit der Arbeitnehmer einzusetzen. Untragbare Wartezeiten auf Hilfe in belastenden Lebenssituationen offenbaren einen Mangel an qualifizierten psychiatrischen und psychotherapeutischen Angeboten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass besonders die generationenspezifische Versorgung in den Bereichen Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie sowie Gerontopsychiatrie bedarfsdeckend sichergestellt wird.
Verbesserung und Weiterentwicklung der ortsnahen psychosozialen Versorgung von Kindern und Jugendlichen setzen eine Vernetzung aller Hilfesysteme voraus.
Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass die ambulante und stationäre psychiatrische Versorgung für alle Altersgruppen wohnortnah erfolgen kann, so wie es das „Landesgesetz für psychisch kranke Personen (PsychKG)“ vorsieht, es aber bislang nicht in allen Teilen des Landes umgesetzt ist.

Öffnung der Krankenhäuser für ambulante Medizin – Keine Privatisierungen

Das deutsche Gesundheitswesen leidet unter einer zu starken Trennung zwischen stationärer und ambulanter Medizin. Zur Überwindung dieser Trennung sprechen wir uns für eine Öffnung der Krankenhäuser für ambulante Leistungen und für Leistungen niedergelassener Fachärztinnen und Fachärzte in Krankenhäusern aus.
Privatwirtschaftliche medizinische Versorgungszentren, die quasi als Außenstelle von Krankenhauskonzernen deren Interessen stärken, sehen wir kritisch. Wir wollen uns an Kliniken orientieren, die schon heute eine bessere Verzahnung ambulanter und stationärer Medizin und neue vernetzte Versorgungsformen erproben. Das Land muss faire Marktbedingungen für Gesundheitsnetze von Ärztinnen und Ärzten und anderen Gesundheitsberufen sichern, damit Versorgungszentren nicht einseitig Krankenhauskonzerne stärken.
Die Krankenhausplanung führt regelmäßig zu Verhandlungsritualen zwischen Kommunen und Gesundheitsministerium. Einerseits bestehen sinnvolle Forderungen nach wohnortnaher bedarfsgerechter Versorgung. Andererseits wird die Diskussion aber bestimmt durch wirtschaftliche Interessen der kommunalen Krankenhäuser, politischen Einsatz für den regionalen Arbeitsmarkt und nicht zuletzt durch Kirchturmmentalität in den Regionen. Ohne Regulierungen führen Geschäftsinteressen von Krankenhauskonzernen und Krankenkassen zu einer Konzentration lukrativer Behandlungen in Zentren und Unterversorgung in der Fläche. Unser Ziel bei der Krankenhausplanung ist die fachlich hochwertige Therapie und Pflege für alle Menschen, die eine Versorgung möglichst wohnortnah sicherstellt. Die Tendenz zur Privatisierung im Krankenhauswesen halten wir für bedenklich. Die Privatisierung der Universitätsklinik Mainz lehnen wir ab.

Menschenwürdige Pflege

Für uns GRÜNE sind Selbstbestimmung, Förderung und Aktivierung der individuellen Ressourcen sowie die Akzeptanz persönlicher, kultureller und religiöser Bedürfnisse zentrale Anliegen einer menschenwürdigen Pflege. Die Zahl der pflegebedürftigen

Menschen in Rheinland-Pfalz wird bis 2020 im ambulanten und stationären Bereich um 30 Prozent zunehmen, bis 2050 sogar um 120 Prozent im ambulanten und 130 Prozent im stationären Bereich. Mehr als zwei Drittel der pflegebedürftigen Menschen sind Frauen, auch die Pflegekräfte sind in der Mehrzahl weiblich. Bei der Pflege in der Familie sind es ebenfalls meist Frauen, die die Verantwortung für die Pflege ihrer Angehörigen übernehmen. Wir wollen auch in der Pflege das Prinzip Gender Mainstreaming verankern, um so geschlechterspezifische Pflegekonzepte zu entwickeln.

Bevormundung pflegebedürftiger Menschen, Zeitmangel, Pflegefehler und sogar Gewalt und Misshandlung in der Pflege dürfen keine Tabuthemen bleiben. Wir wollen die Transparenz der Qualitätskontrolle in der Pflege so weiterentwickeln, dass sie tatsächlich Minderpflege, Verwahrlosung oder Gewalt erkennen und Abhilfe schaffen kann.
Die Pflegeberatung sollte nicht allein den Anbietern und Leistungserbringern überlassen werden. Deshalb müssen die Pflegestützpunkte zu einem flächendeckenden Netz von Anlauf-, Informations- und Koordinationsstellen für ältere Menschen weiterentwickelt werden. Diese Stellen sollen im Stadtteil oder Wohnort über konkrete Möglichkeiten beraten, Hilfen zu erhalten und zu gestalten, mit denen ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht werden kann. Der Erfolg der Pflegeberatung hängt nicht nur von der Nähe zu den Menschen, sondern auch vom Bezug zu deren Situation ab. Wir wollen deshalb die Beratung durch ebenfalls Betroffene (pflegende und pflegebedürftige Menschen) integrieren. Damit kann ein Angebot entwickelt werden, das die pflegerischen, medizinischen und sozialen Bedürfnisse pflegebedürftiger Menschen und ihrer Helferinnen und Helfer berücksichtigt und Hilfen individuell vernetzt und koordiniert.
In vielen Fällen wären Heimaufnahmen durch neue Formen von Wohnen und Zusammenleben, persönliche Assistenz und familienentlastende Hilfen zu vermeiden. Die Förderung von aufsuchenden Diensten, Betreuungs- und Begleitdiensten und zusätzliche Betreuungsleistungen nach dem Pflegeversicherungsgesetz sowie das persönliche Budget in der Pflege müssen daher von Modellvorhaben zu dauerhaften und verlässlichen Regelleistungsangeboten weiterentwickelt werden. Diese Angebote sind Voraussetzung für die Vereinbarkeit der Pflege von Angehörigen mit beruflicher, kultureller und gesellschaftlicher Aktivität der Pflegeperson.
Die Initiative des Landes „Menschen pflegen“ und die Demenzkampagne Rheinland-Pfalz müssen nachhaltig verbessert, vernetzt und erweitert werden. In diesem Rahmen müssen die Pflegestützpunkte und die Kooperationspartner der Kampagne so vernetzt werden, dass ihre Kompetenz flächendeckend individuell zur Verfügung steht. Dieses Netzwerk soll auch eine Peer-to-Peer-Beratung ermöglichen, also die direkte Beratung Ratsuchender durch andere Betroffene. Wir wollen die Heimstruktur schrittweise durch Assistenz und ambulante Hilfen in der Gemeinde ersetzen, wo immer dies möglich ist. Nicht in jedem Fall wird jedoch ein Verbleib in der gewohnten Umgebung möglich sein. Für Menschen mit hohem Pflegebedarf müssen neue Wohn-, Pflege- und Unterstützungsformen aufgebaut und die bestehenden stationären Einrichtungen zu kleinen sozialräumlich integrierten Einheiten umgebaut werden. Die Vielfalt kultureller und religiöser Bedürfnisse erfordert die Beteiligung der pflegebedürftigen Menschen selbst sowie vieler gesellschaftlicher Gruppen unter Einschluss von Migrantenorganisationen an der Gestaltung von Pflegeeinrichtungen. Wir wollen darauf hinwirken, dass der Erhalt von bestehenden Wohngemeinschaften und neuen Wohnformen, die den weiterentwickelten gesetzlichen Anforderungen nicht mehr in allen Punkten entsprechen, in den Einzelfällen unterstützt werden kann, in denen nachprüfbar Versorgungsqualität und Selbstbestimmung sichergestellt sind.
Rheinland-Pfalz braucht ein Zukunftskonzept für die Aus- und Weiterbildung in der Pflege und Pflegewissenschaft. Der Aufbau von zusätzlichen Ausbildungsstätten sowie Fort- und Weiterbildungsangeboten erfordert eine entsprechende Bedarfsplanung des Landes. Wir fordern, dass die entsprechenden Qualifikationen ausländischer Fachkräfte anerkannt

werden.
Der Pflegeprozess ist eine Beziehung. Deshalb ist gute Pflege nur möglich, wenn die pflegenden Menschen ihre Tätigkeit guten Gewissens und mit ausreichenden zeitlichen und örtlichen Möglichkeiten für die menschliche Zuwendung ausführen können.
Pflegeberufe müssen attraktiv sein.
Hierzu gehören gesellschaftliche Anerkennung und eine Aufwertung der pflegerischen Tätigkeit. Insbesondere unterstützen wir Modelle zur Stärkung der Eigenverantwortung und Übernahme medizinischer Aufgaben durch Pflegekräfte. Diese Ausweitung der Aufgaben wird sich nur realisieren lassen, wenn die zusätzlichen Handlungskompetenzen auch angemessen entlohnt werden.
In der Pflege wird eine Vielzahl an Arbeitsplätzen entstehen. Kostendruck und zusätzlicher Personalbedarf dürfen nicht zur Entstehung ausbeutender Arbeitsverhältnisse und zum Einsatz nicht ausreichend qualifizierter Kräfte führen. Die Sicherung der Pflegequalität erfordert eine entsprechende Dokumentation. Dies darf jedoch nicht dazu führen, dass für die Pflegebedürftigen immer weniger Zeit und Zuwendung zur Verfügung steht. Um die notwendige Finanzierung der Pflege zu sichern, setzen wir uns im Bund für die Weiterentwicklung der Pflegeversicherung zu einer Bürgerversicherung ein.

Für eine neue, aufgeklärte Drogenpolitik

Wir GRÜNE setzen uns für ein grundlegendes Umdenken in der Drogenpolitik ein. Wir setzen hierbei auf den Dreiklang aus Prävention, Entkriminalisierung und Hilfe.

Ein verantwortungsvoller Umgang mit Genuss- und Rauschmitteln setzt eine ganzheitliche und objektive Aufklärung über deren Wirkung und Risiken voraus. Wie gefährlich eine Droge ist, muss anhand ihrer Schädlichkeit gemessen werden. Jährlich sterben durch den Konsum von Alkohol und Nikotin ein Vielfaches mehr an Menschen als am Konsum von illegalen Drogen. Gerade junge Menschen greifen oft ohne das nötige Wissen über die Risiken zu diesen legalen Drogen. Deshalb werden wir die Aufklärung im Schul- und Jugendbereich über alle Drogenrisiken, auch von Tabak und Alkohol, vorantreiben. Wir fordern eine weitere Einschränkung der Werbung für Suchtmittel.

Rheinland-Pfalz ist bei der Verfolgung von Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz in Bezug auf Drogen wie Cannabis eines der restriktivsten Länder. So hat Rheinland-Pfalz 2007 die Obergrenze für Haschisch oder Marihuana zum Eigenverbrauch gesenkt. Wir setzen uns jedoch ein für die Entkriminalisierung von Konsumentinnen und Konsumenten und deshalb für die geregelte Legalisierung von Cannabis unter Beachtung des Jugendschutzes. Als ersten Schritt wollen wir die Eigenkonsumgrenze im Rahmen der verfassungsrechtlichen Vorgaben ebenso korrigieren wie die Verfolgung von Cannabisbesitz im Straßenverkehr. Wer nicht berauscht am Straßenverkehr teilnimmt, behält den Führerschein. Wer Cannabis nur zum Eigenverbrauch besitzt, soll nicht strafrechtlich verfolgt werden.

Differenzierte Hilfen für Abhängige entwickeln

Wir brauchen zukünftig ein komplexes und differenziertes Konzept zum Umgang mit Abhängigkeit, das Aufklärung und Prävention sowie Hilfeangebote mit sozialer und therapeutischer Unterstützung an die erste Stelle setzt. Bei der Drogen- und Abhängigkeitshilfe sollen wirksame Unterstützungssysteme im Vordergrund stehen, wie niedrigschwellige Hilfen, Beratung, Therapie und psychosoziale Begleitung. Positive Erfahrungen aus Modellprojekten zeigen, dass die kontrollierte Abgabe von Heroin an Schwerstabhängige unter ärztlicher Aufsicht die Gefahr von Überdosierung und Krankheitsübertragung verringert und zu einem Rückgang der Heroin-Toten führt. Die ärztlich verordnete Abgabe von Originalstoffen unter psychosozialer Begleitung verhindert

zudem Beschaffungskriminalität und Beschaffungsprostitution und kann Perspektiven für gesellschaftliche Teilhabe eröffnen. Wir setzen uns daher weiterhin für die Schaffung entsprechender rechtlicher Grundlagen und den Aufbau von Spritzentauschprogrammen und von Konsumräumen ein. Zur sozialen und beruflichen Integration von Abhängigen bedarf es eines differenzierten Angebots an Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekten. Wir GRÜNE treten dafür an, dass diese Angebote in Rheinland-Pfalz ausgebaut und abgesichert werden.

8.
GRÜNland-Pfalz ist generationengerecht und familienfreundlich.
Politik fürs Großwerden und fürs Altern.

Die gerechte und nachhaltige Gestaltung des demographischen Wandels und das Miteinander der Generationen und Kulturen ist eine der wesentlichen Herausforderungen auch in Rheinland-Pfalz: Der Anteil älterer Menschen und von Menschen mit Migrationsgeschichte in unserem Bundesland steigt stetig. Gleichzeitig nimmt die Gesamtbevölkerung ab. Wir wollen diesen Prozess als Chance begreifen und sozial gestalten, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern. Da der demographische Wandel regional unterschiedlich verlaufen wird, brauchen wir starke Regionen mit angepassten und innovativen Entwicklungskonzepten, um vergleichbare Lebensbedingungen und gute Zukunftschancen in allen Landesteilen abzusichern.

Die aktive und selbstbestimmte Teilhabe aller Generationen – seien es Kinder, Jugendliche oder Seniorinnen und Senioren – ist Ziel unserer Politik. Dazu gehört der Kampf gegen Kinderarmut und für Kinderrechte genauso wie für mehr Mitspracherechte für Jugendliche und die Gestaltung eines aktivierenden Lebensumfeldes im Alter. Dabei spielen wir die Generationen nicht gegeneinander aus, sondern wollen den Dialog miteinander, das Voneinander-Lernen fördern und so den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

Menschen leben in immer vielfältigeren Formen zusammen und übernehmen ebenso vielfältig Verantwortung füreinander. Ältere Menschen möchten selbstbestimmt und unabhängig leben und sind deshalb auf barrierefreie Läden und Dienstleistungen sowie Hol- und Bringdienste angewiesen. Familien und Jugendliche brauchen vielfältige und umfassende Unterstützung, wenn es mal hakt. Rheinland-Pfalz liegt im Vergleich zu anderen Bundesländern im untersten Bereich der Finanzausgaben für die Kinder- und Jugendarbeit. Wir setzen auf eine eigenständige Kinder- und Jugendpolitik im Interesse der Jüngsten. Kinder- und Jugendarbeit wendet sich mit ihren selbstorganisierten Angeboten an alle Heranwachsende und leistet damit unverzichtbare Arbeit für gesellschaftliche Integration.

Für starke Kinder und starke Eltern!
Wir brauchen mehr frühkindliche Förderung, Angebote zur Stärkung der Elternkompetenz und lokale Netzwerke für soziale Frühwarnsysteme zum Kinderschutz. Frühe Hilfen sind notwendig, wenn Überforderung von Eltern droht oder die Erziehungskompetenz gestärkt werden muss, denn die Familie ist der erste Bildungsort, mit einer zentralen Bedeutung für die Zukunftschancen der Kinder. Landesweit werden bereits kommunale Netzwerke aufgebaut, die die Zusammenarbeit von Jugendämtern und Trägern der Jugendhilfe mit Vereinen, Schulen und Kitas, Hebammen und Kinderärztinnen und Kinderärzten verbessern sollen. Als soziale Frühwarnsysteme leisten sie einen wichtigen Beitrag zum Kindesschutz. Deshalb muss der Aufbau diese Netzwerke für alle Kommunen verbindlich sein. Riskante Lebenssituationen bei Kindern und Familien in ihrem Lebensumfeld können so frühzeitiger erkannt und zielgenauer gehandelt werden. Diese Netzwerke können nur dauerhaft erfolgreich sein, wenn die Teilnahme für die Berufsgruppen verbindlich ist und entsprechend honoriert wird. Dazu gehört auch eine Qualitätsentwicklung in den Netzwerken, die allen beteiligten Institutionen und Berufsgruppen zugute kommt. Die

Jugendämter müssen personell und fachlich in die Lage versetzt werden, einen wirksamen Kindesschutz vor Ort umzusetzen.
Die Vielzahl von Hilfen aus fünf Sozialgesetzbüchern und eines ganzen Kataloges weiterer Bundes- und Landesgesetze ist für die Betroffenen und Helferinnen und Helfer nicht zu überschauen. Das Land muss es sich zur Aufgabe machen, Schnittstellenprobleme zu lösen und entsprechende Arbeitshilfen mit Kommunen, Institutionen, Sozialverbänden und Elternorganisationen zu entwickeln. Aufsuchende Unterstützung nach dem Beispiel der Familienhebammen gilt es dabei besonders zu entwickeln. Die Erweiterung der Aufgabengebiete und Anforderungen an viele Berufe muss dabei in der Aus- und Weiterbildung, der Qualitätsentwicklung und in der Honorierung abgebildet werden.
Wir unterstützen die Initiative der Länder Rheinland-Pfalz und Bremen zur Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz.

Teilhabe von Kindern und Jugendlichen sichern

Kinder- und Jugendförderung ist eine Zukunftsinvestition und leistet wichtige präventive Arbeit für unsere Gesellschaft. Gerade armuts-, und gewaltpräventive Projekte müssen früh ansetzen, um Fehlentwicklungen entgegenwirken zu können. Mittel zur Förderung von sozial benachteiligten Jugendlichen dürfen deshalb nicht der kommunalen Finanznot zum Opfer fallen. Verteilungsschlüssel müssen so gestaltet werden, dass Projektzuschüsse in den Kommunen zielgenau ankommen, ohne dass langwierige Bewilligungsverfahren für jedes Einzelprojekt entstehen.
Wir wollen die präventive und aufsuchende Jugendhilfe und Sozialberatung ausbauen und stärken. Gerade Jugendliche brauchen eigene Treffpunkte, Plätze und Räume. Die Finanznot der Kommunen darf selbstverwaltete Jugendzentren in den Städten und Stadtteilen und Jugendräume im ländlichen Raum nicht gefährden. Der Bedarf an mobiler Jugendsozialarbeit wird zunehmen. Das Land muss gewährleisten, dass an jeder Schule Schulsozialarbeit in benötigtem Umfang eingerichtet wird. Die Zusammenarbeit von Jugendhilfe, Sozialarbeit und Schulen muss verbessert werden.
Um Jugendkriminalität einzudämmen, setzen wir auf die Bekämpfung von Gewaltursachen. Dazu müssen Schulen, Jugendhilfe, Justiz und Polizei gerade auf kommunaler Ebene eng zusammenarbeiten. Sanktionen müssen schnell und pädagogisch begleitet erfolgen.
Die freie Kinder- und Jugendarbeit soll als eigenständiges Angebot abgesichert und in ihren Strukturen gestärkt werden. Die kommunale Jugendarbeit, die Jugendarbeit der Jugendverbände und die Jugendbildungsarbeit tragen mit ihren vielfältigen Angeboten und Methoden entscheidend zur Teilhabe von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen bei. Ihre fachlichen Charakteristika sind Freiwilligkeit, Selbstorganisation, Partizipation, Bedürfnis- und Interessensorientierung an den Kindern und Jugendlichen. Die Angebote gehen von den Kindern und Jugendlichen aus und werden mit Unterstützung von haupt- und ehrenamtlichen Jugendarbeiterinnen und Jugendarbeitern umgesetzt. Im Gegensatz zu den „institutionell starken Institutionen“ des Bildungs- und Sozialsystems werden in der Jugendarbeit Selbstbildungsinteressen von Jugendlichen initiiert und der Freiraum für ihre Persönlichkeitsentwicklung und Soziales Lernen geschaffen. Dazu bedarf es der strukturellen, finanziellen und personellen Absicherung der Jugendverbände, Jugendbildungsträger und der kommunalen Jugendarbeit.
Kinder- und Jugendarbeit ist ein zentraler Ort der Demokratiebildung und damit zentraler Bestandteil politischer Sozialisation. Die Angebote der sozialen, politischen und der kulturellen Bildung sowie Ferienfreizeiten und -maßnahmen sind durch eine dauerhafte Finanzierung des Kinder- und Jugendplan des Landes abzusichern. Eine kontinuierliche Berichterstattung über die Lebensverhältnisse und Lebenschancen junger Menschen in Rheinland-Pfalz soll als Basis einer kinder- und jugendfreundlichen Politik ausgebaut werden.

Zusammenleben: Familie ist mehr

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine zentrale Herausforderung für Gesellschaft, Wirtschaft und Politik und ein ur-GRÜNES Anliegen. Familien brauchen ein ausreichendes Einkommen, aber sie haben auch das Bedürfnis, Zeit miteinander zu verbringen, und zwar unabhängig vom Alter der Kinder. Dazu bedarf es auf der einen Seite eines bedarfsgerechten ganztägigen Angebots in den Krippen, Kindergärten, Schulen und Horten unseres Landes, auf der anderen Seite aber auch einer Öffnung der Arbeitswelt hin zu mehr Familien- und Kinderfreundlichkeit.

Bei jüngeren Kindern ist es unabdingbar, dass sich Kinderbetreuung und Arbeitszeit miteinander verbinden lassen. Den Ausbau frühkindlicher Betreuung wollen wir daher weiter vorantreiben und die Betreuungszeiten ausweiten. Familien sind auf durchgehende Betreuungszeiten angewiesen. Deshalb wollen wir den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz am Vor- und Nachmittag auch auf das verlängerte Vormittagsangebot erweitern. Perspektivisch streben wir einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagesplatz für alle Kinder an. Der Ausbau von Ganztagsschulen ist richtig und wird von uns weiter vorangetrieben. Ganztagsschulen machen Horte aber nicht überflüssig, da sie nicht auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der Eltern reagieren können.

Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber dürfen aus ihrer Verantwortung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht entlassen werden. Zentral ist dabei die Entwicklung familienfreundlicher Arbeitsmodelle für Eltern und pflegende Menschen. Betriebe und öffentlicher Dienst profitieren dabei nicht nur von der Verfügbarkeit ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern auch von besserer Motivation sowie Abbau von Stress und Fehlzeiten. Damit ist es ein umfassendes gemeinsames Interesse der Gesellschaft, familienfreundlichere Arbeitszeitmodelle und gesicherte Betreuung parallel umzusetzen. Dabei sehen wir eine immer weitere Ausweitung der Ladenöffnungszeiten, insbesondere auch auf sonntags, kritisch.

Die starke Beteiligung an der Initiative „Plan W- Wiedereinstieg hat Zukunft“ zeigt den Unterstützungsbedarf für Berufsrückkehrerinnen und -rückkehrer. Verstärkt muss der Erhalt der beruflichen Anbindung während einer Familienphase ins Zentrum rücken. Wir wollen auch damit insbesondere Väter motivieren, ihre Arbeitszeit zugunsten der Familie zu reduzieren.

In der Familienunterstützung, in Kitas und Schulen müssen kulturelle und religiöse Vielfalt eine Selbstverständlichkeit sein. Gerade Eltern mit Migrationshintergrund müssen erreicht werden, um ihnen und damit ihren Kindern Zugangswege zu kultureller und sozialer Teilhabe zu eröffnen. Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer benötigen entsprechende Fort- und Weiterbildung und die Verankerung von interkultureller und interreligiöser Arbeit in Richtlinien und Lehrplänen. In der Landesjugendhilfe ist eine stärkere Akzeptanz und Sensibilität in Fragen religiöser Vielfalt gefordert.

Soziale Teilhabe und Selbstbestimmung im Alter

Ältere Menschen brauchen eine Weiterentwicklung ihres Wohnumfeldes für ihre Bedürfnisse. Die Infrastruktur, besonders im ländlichen Raum, muss so gestaltet werden, dass Menschen auch im Alter Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilhabe möglich ist. Ziel ist, jedem Menschen, der es möchte, die Möglichkeit zu geben, so lange wie möglich in seinen „eigenen vier Wänden“ wohnen zu bleiben. Notwendig sind eine Dorf- und Stadtteilentwicklung, die diese Bedarfe sozialräumlich berücksichtigt, ein flächendeckendes barrierefreies Mobilitätsangebot, barrierefreie Läden und Dienstleistungen, Hol- und Bringdienste und eine unabhängige stadtteil- und wohnortnahe Wohn- und Pflegeberatung.

Die Pflegestützpunkte müssen zu einem flächendeckenden Netz von Anlauf-, Informations- und Koordinationsstellen weiterentwickelt werden, die nicht nur individuelle Bedürfnisse bei Pflegebedürftigkeit, sondern auch Erhalt und Entwicklung der

notwendigen Infrastruktur begleiten.
Wir wollen ältere Menschen in ihrem Einsatz für die Gesellschaft und bürgerschaftlichen Engagement unterstützen. Wir wollen lebenslanges Lernen, sinnstiftende Tätigkeiten und gezielte Angebote zur Nutzung neuer Techniken und Medien sowie Bildungsangebote für Ältere fördern.
Die meisten Menschen wollen im Alter nicht im Heim leben. Wir wollen die Förderung generationenübergreifenden Wohnens ausbauen und ein breites, differenziertes und flexibles Angebot für unterschiedliche Zielgruppen entwickeln, das schrittweise die konventionellen Heime ersetzt.
Neue Wohn- und Pflegeformen können Großeinrichtungen ersetzen. Unsere Zukunftsperspektive für das Wohnen im Alter ist ein Leben in kleinen sozialen Netzen, mit Wohn- und Hilfsangeboten und Versorgungssicherheit im Ort oder Stadtteil. Mit dem Schaffen von Orten der Begegnung fördern wir auch das Zusammenleben der Generationen und die Attraktivität von Orten und Stadtteilen.

Viele Ältere sind bürgerschaftlich engagiert. Ihre Erfahrungen, ihre Potenziale und ihr Wissen wollen wir stärker in die Gestaltung der Zukunft unseres Landes einbeziehen und ihre kommunalen Mitwirkungsrechte durch Seniorenbeiräte sicherstellen. Insbesondere generationenübergreifende Initiativen wollen wir unterstützen.

9.
GRÜNland-Pfalz macht klug.
Gemeinsam besser **und gerechter** lernen

Bildung ist eine zentrale Gerechtigkeitsfrage. Der Zugang zu Bildung entscheidet maßgeblich über die Chancen eines Menschen zur Teilhabe an unserer Gesellschaft. Bildung muss daher allen Menschen – unabhängig von Herkunft, Einkommen oder sozialem Status – zugänglich sein. Ein leistungsfähiges und gerechtes Bildungssystem ist die beste Grundlage für positive soziale, kulturelle und auch wirtschaftliche Entwicklungen, für eine breite demokratische Mitwirkung und für umfassende gesellschaftliche Teilhabe.

Wir wissen: Auf den Anfang kommt es an. Doch die Kindertagesstätten in unserem Land stehen vor großen Herausforderungen. Gleichzeitig mit der Beitragsfreiheit für Kinder ab zwei Jahren muss der Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz für Kinder unter 3 Jahren erfüllt werden. Der Ausbau wurde von uns GRÜNEN lange gefordert. Die Ausführung von Bundes- und Landesregierung ist jedoch mangelhaft. Es ist absehbar, dass Tausende Kita-Plätze im Jahr 2013 in Rheinland-Pfalz fehlen werden, um den Rechtsanspruch zu erfüllen. Gleichzeitig fehlt es schon heute an gut ausgebildeten Erzieherinnen und vor allem Erziehern. Sonntagsreden über die Bedeutung von frühkindlicher Bildung und Kinderbetreuung helfen den Kindern und Eltern wenig. Sie brauchen ein ausreichendes wohnortnahes Angebot an qualitativ hochwertigen Kindertagesstätten.
Wir werden in Rheinland-Pfalz ein gutes Bildungs- und Betreuungsangebot für alle Kinder schaffen und Kindergärten zu Bildungsgärten weiterentwickeln, damit alle Kinder bestmöglich auf die Schule vorbereitet werden.

Mit einer Schulreform ‚von unten' wollen wir längeres gemeinsames Lernen in Rheinland-Pfalz schrittweise einzuführen und dafür sorgen, dass Schulstandorte im ländlichen Raum erhalten bleiben.

Jeder junge Mensch hat das Recht auf einen erfolgreichen Start ins Erwerbsleben. Doch die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze in Rheinland-Pfalz ist – regional unterschiedlich – in nahezu allen Berufsfeldern weiter zurückgegangen. Während vor allem kleine und mittelständische Unternehmen in vorbildlicher Weise ausbilden, entziehen sich viele große Unternehmen ihrer Ausbildungsverpflichtung. Junge Menschen, die unmittelbar im Anschluss an ihre Schulzeit keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, werden abgehängt. Mangelnde Zukunftsperspektive, Arbeitslosigkeit und dauerhafte Abhängigkeit von Sozialleistungen sind häufig die Folge.
Deshalb ist es unser Ziel, in Rheinland-Pfalz jedem jungen Menschen, der unsere Schulen verlässt, ein angemessenes Angebot für einen erfolgreichen Start zu bieten – sei es an den Hochschulen, in der beruflichen Ausbildung oder durch Weiterbildung und Qualifizierung.

Vorfahrt für Bildungsqualität: Gute Bildung ist uns was wert
Gute Bildung muss alle Menschen einbeziehen und optimal fördern, statt Menschen in Konkurrenz zueinander zu setzen, zu sortieren und auszugrenzen. Gerade in Zeiten ökonomischer und ökologische Krisen sind Investitionen in Bildung besonders wichtig, weil sie gesellschaftliche Blockaden aufbrechen und gute Voraussetzungen für die Bewältigung der Herausforderungen der Zukunft schaffen – für die Gesellschaft im Ganzen und für

jeden einzelnen Menschen. Bildungsbeteiligung ist ein Recht, das jedem einzelnen Menschen zukommt. Wir wollen das Recht auf Bildung in die Landesverfassung aufnehmen.
Damit die Bildungsteilhabe nicht von der finanziellen Situation der Eltern abhängt, sollen öffentliche Bildungsangebote grundsätzlich kostenlos sein. Dazu gehört, dass wir kostenlose Lernmittel, Beförderung und Essen in Kitas und Schulen anstreben. Wir GRÜNE wollen deshalb eine gerechte und unbürokratische Lernmittelfreiheit durchsetzen und kein Leihsystem, bei dem letztlich doch die Eltern die Kosten tragen müssen und das die Kommunen vor einen immensen Bürokratieaufwand stellt.
Nicht alle Probleme unseres Bildungssystems lassen sich mit Geld lösen, aber ohne zusätzliches Geld wird es nicht gehen. Die Bildung unserer Kinder muss uns etwas wert sein. Deshalb wollen wir der Bildung im Haushalt Priorität einräumen. Die im Zuge des demografischen Wandels in den kommenden Jahren sinkenden Kinderzahlen werden wir nicht zu Einsparungen im Bildungsbereich nutzen. Stattdessen werden wir in die Qualität unseres Bildungssystems investieren. Das bedeutet kleinere Lerngruppen, mehr individuelle Förderung und bessere Rahmenbedingungen in unseren Kitas und Schulen. Dazu werden wir den Personalschlüssel zugunsten kleinerer Lerngruppen verbessern.
Die Föderalismusreform der Großen Koalition aus CDU und SPD hat dazu geführt, dass eine finanzielle Beteiligung des Bundes an der Finanzierung von Bildungsangeboten eingeschränkt wurde. Für ein leistungsstarkes und gerechtes Bildungssystem brauchen wir aber eine gesamtgesellschaftliche Anstrengung – auch finanziell. Wir GRÜNE streben daher an, dass der Bund sich künftig stärker an den Kosten für bessere Bildungsangebote beteiligen muss. Wir wollen die Mittel aus dem auslaufenden Solidaritätszuschlag (Aufbau Ost) in einen Bildungssoli verwandeln und so rund 23 Milliarden Euro bundesweit der Bildung zugute kommen lassen. Das Geld soll von Bund und Ländern in einem Bildungspakt ausgegeben werden.

Wir GRÜNE vertreten einen ganzheitlichen bildungspolitischen Ansatz. Wir betrachten Menschen mit ihren Lebensläufen, mit ihren Möglichkeiten und den Risiken, mit denen sie konfrontiert sind. Wir verstehen Bildung als Förderung der körperlichen, geistigen, seelischen und sozialen Fähigkeiten eines Menschen. Dem Bedeutungsverlust der musischen, künstlerischen und sportlichen Bildung treten wir entgegen. Bildung ist mehr als Faktenwissen. Jedes Jahr wächst die Menge verfügbaren Wissens. Deshalb wird der Erwerb von Methoden zur sinnvoll gefilterten Wissensaneignung immer wichtiger. Neben der Vermittlung von Wissen und Methoden haben Eltern, Kindertagesstätten und Schulen die Aufgabe, Kinder in ihrer Entwicklung zu sozial kompetenten und selbstständigen Persönlichkeiten zu unterstützen. Das Bildungssystem muss weiterentwickelt werden: ausgehend von den Bedürfnissen der Menschen, die unterschiedliche Bildungseinrichtungen durchlaufen. Dafür müssen Bildungseinrichtungen und ihre Träger besser kooperieren.

Frühkindliche Bildung – Kinderlärm ist Zukunftsmusik

Wir GRÜNE wollen allen Kindern den besten Start ins Leben ermöglichen. Dafür ist der Zugang zu und die Qualität von frühkindlicher Bildung entscheidend. Deshalb setzen wir uns für einen bedarfsorientierten Ausbau von Kindertagesstätten und für eine Planung ein, die den Rechtsanspruch der Eltern auf einen Betreuungsplatz für ihr Kind ernst nimmt und zu jeder Zeit vollständig erfüllt. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wollen wir für alle Menschen, die Kinder erziehen, verlässlich ermöglichen. Kitas sollen flexible und bedarfsgerechte Betreuungszeiten anbieten, um den unterschiedlichen Lebenslagen von Menschen gerecht zu werden, die für Kinder Verantwortung übernehmen.
Für uns GRÜNE gilt der Grundsatz: Bildung und gute Betreuung für unsere Kinder dürfen nicht am Geldbeutel scheitern. Eine Beitragsfreiheit, die wie in Rheinland-Pfalz nur für

bestimmte Betreuungsformen gilt, grenzt aus und schränkt die Wahlfreiheit der Eltern ein. Wir wollen schrittweise eine echte Beitragsfreiheit für alle Kinder in öffentlichen Betreuungseinrichtungen einführen.

Individuelle Förderung für alle Kinder von Anfang an - Gute Arbeit für gute Betreuung

Wir wollen pädagogische Konzepte unterstützen und durchsetzen, die alle Kinder in die Lage versetzen, ihre Fähigkeiten zu entwickeln. Sie sollen den Aspekt der Altersmischung, der Inklusion und die besondere Situation des Übergangs in die Schule berücksichtigen. Der Übergang in die Grundschule soll fließender gestaltet und intensiver betreut werden als bisher. Es sollen personelle Freiräume geschaffen werden, die zu einem besseren Austausch und einer engeren Kooperation zwischen den Institutionen führen. Um alle Kinder individuell optimal zu fördern, brauchen wir in den Einrichtungen mehr entsprechend geschultes Fachpersonal.

Wir GRÜNE wollen das Berufsbild der Erzieherin und des Erziehers allgemein aufwerten. Wir setzen uns für eine Entlohnung der Erzieherinnen und Erzieher ein, die der gesellschaftlichen Bedeutung ihrer Aufgaben gerecht wird. Wir wollen Anreize schaffen, dass der Beruf für Frauen und Männer attraktiver wird. Die Arbeitsbedingungen müssen so verbessert werden, dass physische und psychische Belastungen abnehmen. Zudem brauchen wir ein verlässliches Vertretungssystem durch die Installation fester Springerpools. Wir setzen uns ein für den Einstieg in eine Ausbildung auf Fachhochschulniveau mit einem hohen Praxisbezug. Dabei sollen Erzieherinnen und Erzieher, die ihren Beruf bereits ausüben, durch ein entsprechendes Angebot von Weiterbildungsmöglichkeiten einbezogen werden.

Als Grundlage für eine ganzheitliche Förderung der Kinder soll in den Kindertagesstätten ein System der frühen Entwicklungsdiagnostik eingeführt werden. Wir wollen zudem ein landesweites Sprachförderprogramm einführen, das bei Eintritt in die Einrichtungen startet und kontinuierlich durchgeführt wird. Die interkulturelle Kompetenz in den Kitas wollen wir stärken. Die Vermittlung sprachlicher Kompetenzen und der Umgang mit Kindern verschiedener Herkunftssprachen ist bei der Aus- und Fortbildung von Erzieherinnen und Erziehern daher enorm wichtig.

Kinder dürfen nicht aufgrund von Behinderungen aus dem Bildungssystem ausgeschlossen werden. Durch den Umbau aller Kindertagesstätten in inklusive Einrichtungen wollen wir die vollständige Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention realisieren. Dazu müssen die Betreuungsverhältnisse so gestaltet werden, dass individuelle Förderung tatsächlich möglich ist. Wir setzen uns primär für den verstärkten Ausbau von Krippengruppen ein. Diese dürfen nicht durch altersgemischte Gruppen ersetzt werden. Ebenso treten wir für eine stufenweise Verringerung der Gruppengrößen von Regelgruppen ein. Diese soll im ersten Schritt auf maximal 20 Kinder pro Gruppe gesenkt werden, bei einem Personalschlüssel von 2,25 Erzieherstellen. Auf längere Sicht wollen wir die Demografie dazu nutzen, diese Gruppengröße schrittweise auf maximal 15 Kinder zu verringern. Der Personalschlüssel soll bei dieser Gruppengröße 1: 7,5 nicht unterschreiten. Bei der Tagespflege wollen wir den Einstieg in eine Erhöhung der Qualifizierungs- und Qualitätsstandards, sowie damit verbunden eine verbesserte Entlohnung und sozialversicherungsrechtliche Absicherung der Tageseltern. Generell haben bei uns bei der Betreuung von Kindern jedoch die institutionellen Einrichtungen Vorrang.

Qualität ist Eltern wichtig - Kitas kindgerecht gestalten

Die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Eltern und Kindertagesstätten ist ein wichtiger Baustein für den Bildungserfolg und damit die Lebenschancen der Kleinsten. Wir wollen daher die Kindertagesstätten zu Familienzentren mit sozialpädagogischer

Kompetenz ausbauen und dabei die Erziehungspartnerschaft in den Vordergrund stellen. Dort sollen Beratungssprechstunden für Erziehung, Sprachförderung und die Entwicklung des Kindes genauso angeboten werden wie Elemente der Familienbildung, welche die Erziehungskompetenz stärken. Hierzu gehören auch Angebote für soziale Kontakte und den Austausch aller Erziehenden.
Bei der Architektur von Kindertagesstätten setzen wir auf eine kindgerechte und naturnahe Gestaltung, die Kinder inspiriert, offen und hell ist und die den Kindern ausreichend Platz bietet. Die Ausstattung soll der individuellen Förderung der Kinder dienen, aber auch gute Arbeitsbedingungen für die Erzieherinnen und Erzieher bieten.
Das gemeinsame Essen in den Einrichtungen soll qualitativ hochwertig sein und vermehrt aus biologischem, regionalem Anbau stammen. Kinder sollen schon früh die Zubereitung eines schmackhaften und gesunden Essens lernen. Dazu müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die den Kindern Wissen und praktisches Können bezüglich der Zubereitung von Essen vermitteln und „Besser Essen - mehr Bewegen“ umsetzen, wie Z.B in der Verbandsgemeinde Hillesheim und den bundesweiten Modellregionen.
Die Kommunen müssen endlich durch finanzielle Unterstützung des Landes und des Bundes in die Lage versetzt werden, als Trägerinnen der Einrichtungen eine gute Qualität zu gewährleisten. Dabei ist es für uns wichtig, dass die Einhaltung der Qualitätsstandards konsequent kontrolliert wird. Zur Weiterentwicklung der Einrichtungen wollen wir ein System der Evaluation realisieren, das die Weiterentwicklung in der Betreuungsqualität sichert.

Schulen der Zukunft: Gute Qualität, gemeinsames Lernen und individuelle Förderung

Mit der „Schulstrukturreform Realschule Plus“ hat die Landesregierung eine große Chance für mehr Bildungsgerechtigkeit und Bildungsqualität in Rheinland-Pfalz verpasst. Es reicht nicht aus, die Hauptschule nur durch Wechseln des Türschilds abzuschaffen. Für mehr Bildungsgerechtigkeit braucht Rheinland-Pfalz gute Schulen, die allen Kindern gleiche Bildungschancen bieten und eine frühe Selektion vermeiden. Die individuelle Förderung jedes einzelnen Kindes und längeres gemeinsames Lernen sind dabei von zentraler Bedeutung. Wir arbeiten in Rheinland-Pfalz für eine Schule für Alle. Die Schule für Alle zeichnet sich aus durch eine bessere individuelle Förderung, mehr Unterrichtsqualität und mehr Bildungsgerechtigkeit für alle Schülerinnen und Schüler.

Längeres gemeinsames Lernen: Für eine Schulreform von unten

Auf dem Weg zu einem gerechteren und besseren Schulsystem in Rheinland-Pfalz wollen wir den Ausbau von Integrierten Gesamtschulen (IGS) voranbringen.
Wir setzen dabei auf eine Schulreform „von unten“: Wenn die Anmeldezahlen für Integrierte Gesamtschulen das Angebot übersteigen, muss das Land für einen Ausbau dieses Schultyps sorgen. Auch wenn Gemeinden mit der Einrichtung neuer Gesamtschulen die Chance nutzen wollen, wohnortnah alle Schulabschlüsse unter einem Dach anzubieten, muss das Land diese Entwicklung unterstützen und darf nicht – wie unter der SPD-Landesregierung – die Errichtung neuer Gesamtschulen blockieren. Daher wollen wir die IGS als weitere Regelschule im rheinland-pfälzischen Schulgesetz verankern.
Gleichzeitig werden alle Schulen verpflichtet, Schülerinnen und Schüler mit den unterschiedlichsten Begabungen bestmöglich zu fördern. Wir wollen an den Schulen die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung vollständig umsetzen. In der Schule für Alle werden Kinder mit Lernbeeinträchtigungen sowie geistigen und körperlichen Beeinträchtigungen einbezogen (Inklusion).
Die Schulstrukturreform „Realschule plus“ der Landesregierung haben wir abgelehnt, da sie eine versteckte Weiterführung getrennter Haupt- und Realschulbildungsgänge

ermöglicht. Wir wollen die integrierte Schulform bis in die 10. Klasse ermöglichen. Ab der 11. Klasse soll Wahlmöglichkeit für weiterführende Schulen oder in die Berufsausbildung bestehen.

Wir lassen kein Kind sitzen: Freude am Lernen und individuelle Förderung

Wir wollen den demographischen Wandel und den damit verbundenen Rückgang der Schülerinnen und Schüler dazu nutzen, die Rahmenbedingungen an den Schulen zu verbessern. Frei werdende Kapazitäten wollen wir gezielt umlenken, um Unterricht mit individueller Förderung in Kleingruppen und eine Doppelbesetzung mit Lehrkräften zu ermöglichen. Wir werden so die Klassengrößen schrittweise reduzieren und dabei zunächst den Schwerpunkt auf die unteren Klassenstufen legen. Eine 100-prozentige Unterrichtsversorgung muss sichergestellt sein.

Wir wollen die Voraussetzungen für eine neue Lernkultur schaffen, die mit einer Vielfalt altersgerechter Formen zum Lernen motiviert und anleitet. Durch ein längeres gemeinsames Lernen kommen die unterschiedlichen Talente aller Kinder zum Tragen. Der Unterricht soll dem Grundsatz folgen, dass alle voneinander und miteinander lernen.

Unser Ziel ist es, alle Schulen in die Lage zu versetzen, alle Kinder angemessen zu fördern – auch diejenigen mit speziellem Förderbedarf. Darüber hinaus soll der herkunftssprachliche Unterricht für Kinder mit einer anderen Erstsprache als Deutsch ausgebaut werden. Denn nur, wer seine Herkunftssprache beherrscht, kann eine andere Sprache sinnvoll erlernen.

Sitzen bleiben nutzt niemandem und belastet den Bildungsetat des Landes. Statt Einzelne zu bremsen und auszugrenzen, wollen wir die individuelle Förderung stärken. Mit dem Sitzen bleiben entfällt auch die Möglichkeit, Lernende auf einen anderen Schultyp abzuschieben. Die Leistungen eines jeden Kindes sind so individuell wie die Kinder selbst.

Das bisherige Notensystem soll mittelfristig durch Lernentwicklungsberichte ergänzt und schrittweise ersetzt werden. Dazu wollen wir zunächst den Schulen ermöglichen, die Abschaffung der Ziffernoten zu erproben. Die Entwicklung differenzierter Formen der Dokumentation und Beurteilung individueller Lernfortschritte ist ein wichtiger Bestandteil der schulischen Qualitätsentwicklung.

Schulsozialarbeit gehört an jede Schule. Diese Fachkräfte unterstützen die Lehrkräfte bei der individuellen Förderung und der Erziehung. Die Schulsozialarbeit als Scharnier zur Jugendhilfe kann zielgerichtet und frühzeitig Hilfen zur Erziehung einleiten. Als Teil der Schule kommt ihr die Funktion zu, andere Perspektiven auf die Schülerinnen und Schüler, deren Entwicklung und Potential zu ermöglichen. Jugendhilfe und Schule arbeiten so Hand in Hand. Den Schulpsychologischen Dienst werden wir schrittweise bedarfsentsprechend um 100 Planstellen ausbauen und damit das bestehende Angebot verdreifachen.

Schulen als Orte des Lernens und Lebens - Gute Schulen sind wohnortnahe Häuser des Lernens

Nach dem Motto „kurze Beine – kurze Wege“ sprechen wir uns gegen die drohende Schließung von Grundschulstandorten in der Fläche aus. Für die anschließenden Bildungswege ist die gemeinsame Schule für Alle die beste Möglichkeit, um unabhängig von der demographischen Entwicklung allen Kindern des Landes wohnortnah alle Bildungswege zu eröffnen.

Erfolgreiche individuelle Förderung braucht Zeit und ist deshalb am Besten in Ganztagsschulen umzusetzen. Echte und gute Ganztagsschulen sind mehr als Vormittagsunterricht plus Nachmittagsbetreuung plus Suppenküche. Wir wollen die Ganztagsschulen im Land ausbauen und zu Häusern des Lernens weiterentwickeln. An diesen Schulen wird der starre Halbtagsunterricht im 45-Minuten-Takt überwunden und

unterschiedliche Angebote über den ganzen Tag verteilt. Ganztagsschulen in rhythmisierter Form bieten die Chance, fächer– und klassenübergreifende Aktivitäten einzubinden. Der musischen Bildung, Sport und Bewegung kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Die Bildungsqualität an rhythmisierten Ganztagsschulen muss so gut sein, dass Nachhilfeunterricht und Hausaufgabenbetreuung außerhalb der Schule überflüssig werden.
Kinder und Jugendliche können ohne eine gute Ernährung nicht leistungsfähig sein – da nutzt der beste Unterricht nichts. Diabetes-Erkrankungen steigen bedrohlich an, viele Kinder sind durch Fehlernährung, Adipositas oder Magersucht schwerst krank. Besonders betroffen sind Kinder aus finanzarmen Familien. Deswegen muss es an jeder Schule ein hochwertiges Essensangebot für alle Schülerinnen und Schüler geben. Das gemeinsame Essen soll auch dazu beitragen, soziale Kompetenz und Kulturtechniken zu vermitteln, zu integrieren und die Kommunikation zu verbessern.

Viele Schulen befinden sich in einem beklagenswerten Zustand. Wir GRÜNE wollen uns für bessere Schulbauten einsetzen, die einer angemessenen gesellschaftlichen Wertschätzung für junge Menschen Ausdruck geben und ihrer Vorbereitung für die Zukunft gute Bedingungen bieten. Gefahren für die Gesundheit aller Beteiligten wollen wir konsequent eindämmen: Belastungen der Gebäude und der Schulmöbel mit Giftstoffen müssen ebenso beseitigt werden wie eine ungedämmte Lärmentwicklung, die in baulichen Fehlern ihre Ursache hat.
Schulbauten müssen als Vorbilder für menschen- und umweltverträgliches Bauen gestaltet werden. Der Zustand vieler Schulen widerspricht dem Auftrag der Schulen, zur nachhaltigen Nutzung begrenzter Rohstoffe zu erziehen: Undichte, einfach verglaste Fenster, schlecht gedämmte Wände und veraltete Beleuchtungsanlagen tragen zur Energieverschwendung bei. Wir GRÜNE treten für eine umfassende ökologische und energetische Sanierung der Schulgebäude ein. Nicht alle Schulbauten können sinnvoll saniert werden. In manchen Fällen erweist sich der Neubau von Schulen nicht nur aus Gründen der Gesundheitsvorsorge als vernünftiger, sondern auch aus finanziellen Erwägungen. Auch die Umsetzung zeitgemäßer Pädagogik kann Neubauten erforderlich machen. Ob es um Sanierung oder gar Neubau geht: Lehrende, Lernende, Eltern und die Ergebnisse der Lernforschung müssen einbezogen werden, damit bauliche und pädagogische Konzeptionen optimal aufeinander abgestimmt werden können.

Qualität, die von unten wächst: Schulen selbständig und demokratisch organisieren
Den Schulen wollen wir mehr Selbstständigkeit geben: Personalverantwortung und Budget gehören in die Hand von Schulleitung und Schulgemeinschaft. Schulen sollen die Möglichkeit haben, in Zusammenarbeit mit dem Schulträger und im regionalen Zusammenhang eigene Profile zu entwickeln.
Für uns GRÜNE sind externe und interne Evaluation wichtige Bestandteile der Entwicklung besserer und selbständigerer Schulen. Wir wollen Schulen von detaillierten Vorgaben befreien, welcher Unterrichtsstoff wie und in welcher Reihenfolge vermittelt werden soll. Ein zukunftsfähiges Schulsystem setzt auf die Vermittlung von Kompetenzen. An diesem Anspruch müssen sich die Schulen und ihre Lehrkräfte messen lassen. Dazu gehören schulübergreifende Untersuchungen und die Unterstützung der Schulen bei der Entwicklung von internen Qualitätsmessungen und Angebote zur Qualitätsverbesserung für eine stetige Fortentwicklung ihres Schulkonzepts. Ein wichtiges Ziel der Qualitätssicherung ist auch, dass junge Menschen die Schule nicht ohne Abschluss und ohne Perspektive verlassen.

Wir setzen uns für eine Demokratisierung der Schulen ein – mit echter Mitbestimmung und Beteiligung der Schülerinnen und Schüler bei allen wesentlichen Entscheidungen. Kinder

sollen in der Schule Demokratie lernen und erleben. Ein weiterer Schritt auf dem Weg zu einer demokratisierten Schule ist die Beteiligung der Lernenden an der Auswahl von Unterrichtsinhalten und Methoden sowie der Beurteilung der Unterrichtsqualität. Die gewählten Vertretungen müssen gestärkt werden. Entscheidungen, die die gesamte Schule betreffen, sollen in einem Schulparlament getroffen werden, in dem Lernende, Lehrende, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Eltern gleichberechtigt vertreten sind. Auch bei der Neueinstellung von Lehrkräften und Mitgliedern des Schulleitungsteams sollen Lernende und Eltern verstärkt beteiligt werden.

Ohne sie geht nichts: Gute Schulen brauchen die besten Lehrerinnen und Lehrer
Hauptaufgabe der Lehrkräfte wird zunehmend die individuelle Förderung von Kindern unterschiedlicher Leistungsfähigkeit in heterogenen Lerngruppen sein. Die Vermittlung von Fachinhalten steht zukünftig neben einer Vielzahl anderer erzieherischer Aufgaben. Die Aus- und Fortbildung aller Lehrkräfte muss qualitativ verbessert werden, speziell um Kompetenzen zur individuellen Förderung und im Umgang mit heterogenen Lerngruppen zu stärken. Dazu gehört ein verpflichtendes Modul „Interkulturelle Kompetenzen“ in der pädagogischen Ausbildung sowie entsprechende Fortbildungen.
Supervisionsangebote müssen verstärkt für das Lehrpersonal angeboten werden. Die derzeitige Ausbildung in getrennten schulartbezogenen Lehrämtern bleibt hinter der Entwicklung der Schulstruktur zurück. Eine zentrale Rolle in einer zukunftsfähigen Lehrerausbildung muss die Bildung für Nachhaltige Entwicklung einnehmen (BNE), die bisher in Rheinland-Pfalz lediglich als Ergänzungsangebot behandelt wird. Wir GRÜNE wollen die abschluss- und schulartbezogene Ausbildung durch eine auf Stufen bezogene Ausbildung ersetzen – für die Primarstufe (Klassen 1-4), die Sekundarstufe I (5-10) und die Sekundarstufe II (11-13) - und die Anzahl der jährlichen Referendariatsstellen erhöhen, um dem Lehrermangel in Rheinland-Pfalz entgegenzuwirken. Auch für Lehrkräfte gilt das Prinzip: Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit. Die bestehenden Ungerechtigkeiten bei der Bezahlung der Lehrkräfte wollen wir abbauen.

Ausbildung: Eine Perspektive für alle jungen Menschen
Um ein ausreichendes Angebot von Ausbildungsstellen anbieten zu können, müssen in Rheinland-Pfalz über 30.000 Plätze zur Verfügung gestellt werden. Neben der Aufforderung an die Wirtschaft, diese Zielgröße in Rheinland-Pfalz sicherzustellen, fordern wir folgende politischen Maßnahmen:

- Ausbildungsplatzangebot garantieren: Wir setzen uns dafür ein, dass jedem jungen Menschen, der in das Erwerbsleben startet, ein Ausbildungsplatz angeboten wird. Um den bisher unversorgten jungen Menschen eine Chance zu geben, wollen wir ein Sonderprogramm zur Schaffung von Ausbildungsplätzen sowie qualifizierenden Berufsbildungsmaßnahmen auflegen. Dabei werden Altbewerberinnen und Altbewerber bevorzugt berücksichtigt.

- Ausbildungsplatzumlage einführen – Ausbildung verbessern
Eine Ausbildungsplatzumlage sorgt für einen gerechten Ausgleich: Betriebe, die nicht selbst ausbilden und ausgebildete Fachkräfte beschäftigen, werden mit einem Umlagesystem an den Ausbildungskosten beteiligt. Wir fordern, dass sich Rheinland-Pfalz auf Bundesebene für deren Umsetzung stark macht.

- Land und Kommunen gehen als positive Beispiele voran: Das Land und die Kommunen haben die gesellschaftliche Aufgabe, im Landesdienst und in den Landesbetrieben, in der kommunalen Verwaltung, den kommunalen Gesellschaften und Betrieben zusätzliche Ausbildungsplätze anzubieten. Die Bevorzugung ausbildender

Betriebe bei der Vergabe öffentlicher Aufträge ist durch die Umsetzung der EU-Vergaberichtlinie aus dem Jahr 2004 möglich. Wir halten es für dringend notwendig, dass bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen die Ausbildungsleistung, analog zur Tariftreue, berücksichtigt wird.

- Individuelle Begabungen und Talente frühzeitig fördern: Die berufsorientierenden Beratungsangebote in Schulen, Berufsschulen, Arbeitsagenturen und Hochschulen wollen wir zu einer integrierten Beratung zusammenführen. Auch sollen berufliche Praktika noch besser in den schulischen Alltag eingebunden werden. Lehrerinnen und Lehrer müssen durch entsprechende Aus- und Fortbildung in die Lage versetzt werden, eine erste individuelle Berufsorientierung für ihre Schülerinnen und Schüler zu leisten.

Berufsbildende Schulen stärken – Schulische Ausbildungsgänge ausweiten

Um die Ausbildungsqualität zu verbessern, muss der hohe Unterrichtsausfall an berufsbildenden Schulen umgehend reduziert werden. Wir wollen einen Ausbau der berufsbildenden Schulen zu regionalen Zentren für berufliche Aus-, Fort- und Weiterbildung. Dazu muss ihre Ausstattung auf den Standard in schulischen Oberstufen und Hochschulen angehoben werden.

Die bisherige Berufsfachschule I hat aufgrund ihrer Struktur kläglich versagt und muss durch Angebote ersetzt werden, die den tatsächlichen Bedürfnissen besser gerecht werden. Vor allem für Jugendliche, die auf dem Ausbildungsmarkt benachteiligt sind, sollen an den berufsbildenden Schulen spezielle Förder- und Qualifizierungsprogramme angeboten werden. Diese sollen mit passenden Förder- und Bildungsangeboten die Erlangung der Ausbildungsreife unterstützen und mit Ausbildungsangeboten in Verantwortung der berufsbildenden Schulen die Qualifikation als Facharbeiterin und Facharbeiter vermitteln.

Ausbildung gerecht ausgestalten und vergüten

Auszubildende leisten wertvolle Arbeit in ihren Betrieben, die entsprechend honoriert werden muss. Wir setzen uns daher für eine einheitliche, branchenübergreifende Mindestvergütung ein. Vorrangig von Frauen ausgewählte Ausbildungsberufe werden durchschnittlich um 22 Prozent schlechter vergütet als männlich dominierte Berufe. Wir wollen durch individuelle Berufsberatung geschlechtsspezifisches Berufswahlverhalten überwinden. Junge Menschen mit Migrationshintergrund haben deutlich schlechtere Chancen auf dem Ausbildungsmarkt. Mit einem Modellprojekt in einer Landesverwaltung wollen wir überprüfen, ob neutralisierte Bewerbungsverfahren für mehr Chancengleichheit auf dem Ausbildungsmarkt sorgen.

10.
GRÜNland-Pfalz denkt weiter.
Innovationen für Hochschulen, Wissenschaft und Weiterbildung.

Die Hochschulen in Rheinland-Pfalz stehen vor großen Herausforderungen. Die Reform der Studiengänge, Forderungen nach mehr und besseren Studienangeboten sowie ein politisch geförderter Trend zu mehr Wettbewerbsdenken und „Exzellenz“ stehen im Kontrast zu einer vollkommen unzureichenden Finanzierung. Dies belegen bundesweite Ländervergleiche: Bei den Forschungsausgaben ist Rheinland-Pfalz Schlusslicht, bei den Ausgaben pro Studienplatz liegt das Land an vorletzter Stelle. Nirgendwo sonst in Deutschland kommen an Universitäten mehr Studierende auf eine Dozentenstelle.

Wir GRÜNE wollen, dass deutlich mehr junge Menschen in Rheinland-Pfalz studieren und werden eine Qualitätsoffensive für bessere Studienbedingungen und eine bessere Lehre starten.
Die Möglichkeit zu studieren soll in Rheinland-Pfalz nicht vom Geldbeutel abhängen. Studiengebühren lehnen wir ab, wollen auch die Studienkonten wieder abschaffen und die Hochschulen finanziell angemessen ausstatten.
Auch aufgrund des drohenden Fachkräftemangels brauchen wir bessere Studienbedingungen und einen breiten Zugang zu den Studiengängen.

Wir wollen Rheinland-Pfalz als Wissenschafts-, Forschungs- und Innovationsstandort stärken. Ein breiter Hochschulzugang, eine Stärkung des akademischen Mittelbaus und eine Öffnung von Hochschulen und Forschungsinstituten in die Gesellschaft und die Wirtschaft sind dafür die Basis. Wir wollen den Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Unternehmen verbessern und Innovationen für Wertschöpfung in der Region generieren.

Die Bereitschaft und die Möglichkeit, lebenslang zu lernen und das Schaffen der dafür notwendigen Rahmenbedingungen sind heute wichtiger denn je. In unserer dynamischen Gesellschaft erstreckt sich der Bildungsprozess über alle Lebensalter. Das einmal Gelernte reicht in aller Regel nicht mehr für die Sicherung der wirtschaftlichen Existenz. Neue Technologien, die europäische Öffnung und das Leben in einer zunehmend globalisierten Welt fordern die Menschen im privaten wie im beruflichen Umfeld zu lebenslangen Lernprozessen heraus. Wir wollen eine Lernlandschaft für alle Generationen schaffen. Das Land muss die Weiterbildung daher zu einer starken vierten Säule im Bildungssystem ausbauen.

Studienbedingungen verbessern – Das Bachelor/Master-Desaster beenden
Nach dem Chaos bei der Umstellung auf Bachelor und Master ist eine Kurskorrektur bei der Studienreform unausweichlich. Wir GRÜNE wollen mehr Wahlfreiheit und zeitliche Flexibilität bei der Gestaltung des Studiums ermöglichen. An rheinland-pfälzischen Hochschulen wollen wir bestmögliche Voraussetzungen für den europaweiten Wechsel des Studienorts, aber auch für vorübergehende Auslandsaufenthalte erreichen. Wir wollen das Pflichtprogramm in allen Studiengängen auf einen festen Kern reduzieren. Der Verschulung des Studiums wollen wir ein System entgegensetzen, in dem Studierende sich aus einer Fülle von angebotenen Bausteinen ihr individuelles Studienprofil zusammenstellen können. Hierbei soll nicht das Auswendiglernen, sondern die Vermittlung von Kompetenzen im Mittelpunkt stehen. Die Betreuungsrelation von Studierenden und

Lehrenden wollen wir verbessern. Die Anerkennung von Studiennachweisen unterschiedlicher Hochschulen muss deutlich erleichtert werden.
Die Überlastung der Studierenden kann zu Studienabbrüchen und sozialen wie gesundheitlichen Problemen führen. Deswegen wollen wir verbindliche und realistische Vorgaben für die Gesamtarbeitsbelastung der Studierenden machen und deren Einhaltung an den Hochschulen durchsetzen.
Bachelorabsolventinnen und -absolventen sollen problemlos ins Berufsleben übergehen oder ein Masterstudium aufnehmen können. Starre Übergangsquoten und einen Master-NC lehnen wir ebenso ab wie enge fachliche Voraussetzungen, die einen komplikationslosen Übergang erschweren.

Nein zu Studiengebühren – Studienkonten abschaffen

Das Studienkontenmodell der Landesregierung hat sich als Fehlschlag auf ganzer Linie erwiesen. Studienkonten bedeuten unnötige Restriktionen für Studierende, erschweren eine Weiterqualifizierung und bescheren den Hochschulen unnötigen Verwaltungsaufwand ohne nennenswerte zusätzliche Einnahmen. Wir GRÜNE stehen für eine vollständige Gebührenfreiheit des Studiums. Das Studienkontenmodell der SPD-Landesregierung wollen wir abschaffen. Wir setzen uns auf Bundesebene für eine Überführung des BAföG und anderer Leistungen, die Studierende oder deren Eltern heute erhalten, in eine elternunabhängige Ausbildungsfinanzierung mit bedarfsorientierten Zuschüssen ein.

Für einen breiten Hochschulzugang und offene Hochschulen

Jeder Mensch mit Hochschulzugangsberechtigung soll frei entscheiden können, was er oder sie studiert. Die Vergabe der Studienplätze muss bundesweit koordiniert werden, damit alle Bewerberinnen und Bewerber im gewünschten Fach einen Studienplatz erhalten. Wir GRÜNE wollen den Zugang zum Hochschulstudium auch jenseits der Allgemeinen Hochschulreife weiter öffnen.
Die für die nächsten Jahre prognostizierte Erhöhung der Studierendenzahlen muss zur Schaffung neuer Studienplätze führen. Wir brauchen zudem mehr Akademikerinnen und Akademiker auch in Rheinland-Pfalz, weil durch Innovation und Fortschritt immer mehr Berufe nur von Hochqualifizierten ausgeübt werden können. Rheinland-Pfalz bietet schon heute nicht ausreichend Studienplätze an, obwohl die Zahl der Studierenden weiter steigt. Viele rheinland-pfälzische Hochschulen sind gezwungen, mit hohen NCs die Zahl der Studierenden künstlich zu senken. Wir wollen die Hochschulen in die Lage versetzen, in den kommenden Jahren tatsächlich mehr Studierende aufzunehmen. Nur so können wir die gerechte Teilhabe an Bildung erhöhen, einem Mangel an hochqualifizierten Fachkräften entgegenwirken und verhindern, dass sich die angespannte Lage auf dem Ausbildungsmarkt durch Verdrängungseffekte weiter verschärft.
Wir GRÜNE wollen, dass sich die Hochschulen weiter öffnen. Ihre gesellschaftliche Verantwortung besteht darin, Wissen breit in die Gesellschaft zu streuen.
Bildungsangebote der Hochschulen jenseits des Studiums, wie zum Beispiel die Kinderuni oder offene Vortragsreihen, wollen wir ausweiten. Hochschulen sollen gute Voraussetzungen für eine offene und lebendige akademische Kultur bieten. Freiräume für soziale, politische und kulturelle studentische Initiativen sind dazu ebenso wichtig wie offene Orte der Begegnung. Mit dem Ausbau der Studienplatzkapazitäten muss auch ein Ausbau der sozialen Infrastruktur einhergehen: Mehr Wohnheimplätze mit bezahlbaren Mieten sind erforderlich, um Studierenden das Wohnen am Studienort möglich zu machen und um die Wohnungssituation in Hochschulstädten insgesamt zu entlasten. Die Studierendenwerke wollen wir stärken, damit sie ihren sozialen Auftrag auch im Zusammenhang mit der weiteren Öffnung der Hochschulen erfüllen können.
Wir setzen uns für eine bessere Vereinbarkeit der Kindererziehung und der Arbeitsbelastung im Studium ein. Mit den Studierendenwerken wollen wir passende

Wohnangebote für Studierende mit Kind einrichten und gemeinsam mit den Kommunen bedarfsgerechte Angebote mit flexiblen Betreuungszeiten ausbauen.
Wir GRÜNE stehen für eine inklusive Hochschule. Deshalb setzen wir uns für die Verwirklichung einer gleichberechtigten Teilhabe behinderter und chronisch kranker Menschen ein: Zum einen wollen wir individuelle Nachteilsausgleiche bei Studien- und Prüfungsleistungen sicherstellen. Zum Anderen wollen wir durchsetzen, dass sämtliche Räumlichkeiten der Hochschulen und deren Zugänge für Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen und Studierende mit Kindern barrierefrei gestaltet werden.

Wir GRÜNE wollen keine Internationalisierung der Hochschulen als standortegoistischen Wettbewerb: Die Wissenschaft muss ihren Beitrag zur internationalen Verständigung leisten und mit ihren Möglichkeiten zur Lösung der großen Menschheitsprobleme beitragen. Austauschprogramme müssen deutlich ausgebaut werden, damit rheinland-pfälzische Studierende bessere Möglichkeiten zum Studium an einer ausländischen Universität erhalten. An unseren Hochschulen sollen bessere, kostenlose Sprachkurse, Beratungs- und Unterstützungsangebote für Studierende aus außereuropäischen Ländern etabliert werden. Benachteiligungen durch diskriminierende rechtliche Bestimmungen wollen wir bundesweit abschaffen.

Autonomie durch Stärkung der demokratischen Selbstverwaltung
Wir GRÜNE wollen die Autonomie der Hochschulen stärken und ihre Strukturen demokratisieren. Wir wollen eine gesetzliche Grundlage für paritätisch besetzte Hochschulgremien und für die Wahl der Leitungspositionen durch alle Hochschulmitglieder schaffen. Die Hochschulräte als Gremien mit Entscheidungs- und Vetorechten wollen wir abschaffen, weil sie weder durch den Landtag noch durch demokratische Wahlen innerhalb der Hochschule ausreichend legitimiert sind. Die demokratische Verantwortung des Landtags und der Landesregierung wollen wir nicht aufgeben. Wir werden den Hochschulen mehr Planungs- und Finanzsicherheit geben. Die Hochschulen verpflichten sich im Gegenzug, erforderliche Studienplatzkapazitäten mit guten Lernbedingungen zu schaffen und vereinbaren mit dem Land langfristig angelegte Entwicklungsziele. Wir GRÜNE bekennen uns zu einer gesetzlich abgesicherten studentischen Selbstverwaltung mit Beitrags-, Haushalts- und Satzungsautonomie und mit einem umfassenden Mandat zur politischen Vertretung der Studierenden.

Privatisierung der Hochschulen und der Hochschulmedizin: Nein, danke!
Die Ausgliederung der Mainzer Universitätsmedizin in eine landeseigene GmbH sowie die gleichzeitig geschaffene Möglichkeit einer Teilprivatisierung ganzer Hochschulen leistet dem Rückzug des Staates aus seiner Verantwortung für das Hochschul- und Gesundheitswesen Vorschub. Wir GRÜNE stehen für eine gesellschaftlich getragene und gesellschaftlich verantwortliche Wissenschaft. Eine Privatisierung der Hochschulen oder einzelner Fachbereiche lehnen wir daher strikt ab.

Wissenschaftliche Berufswege – Lehre und Mittelbau stärken, Frauen fördern
Die Landesregierung hat zugelassen, dass wissenschaftliche Berufswege und Beschäftigungsverhältnisse jenseits der Professur oft prekär, riskant und ohne hinreichende Anschlussperspektive sind. Für die wissenschaftlichen Laufbahnen sind nach wie vor Forschungsleistungen von ausschlaggebender Bedeutung, was eine Vernachlässigung der Aktivitäten in der Lehre bedeutet. Wir GRÜNE stehen dafür ein, den akademischen Mittelbau zu erneuern und zu verstärken. Wir wollen jenseits der professoralen Laufbahn akademische Berufsperspektiven schaffen, damit insbesondere die Lehre durch hoch qualifizierte Fachkräfte verstärkt wird.

Mehr Frauen in die Wissenschaft

Der Frauenanteil unter den Professorinnen und Professoren ist mit weniger als 18 Prozent immer noch viel zu niedrig. Unser Ziel ist es, in den Hochschulen auf allen Hierarchieebenen schrittweise einen Frauenanteil von 50 Prozent zu erreichen. Das gilt auch für die Hochschulgremien. Daher fordern wir verbindliche Quotenregelungen für Neueinstellungen und Berufungen. Die Gleichstellungsbeauftragten der Hochschulen und in den Fachbereichen wollen wir stärken.

Breite Forschungsförderung statt Exzellenzwettbewerb

Der bundesweite „Exzellenzwettbewerb“ hat den Vorrang der Forschung gegenüber der Lehre verfestigt und die Spaltung der Hochschulen vertieft. Bei diesem Wettbewerb hatten die chronisch unterfinanzierten Hochschulen in Rheinland-Pfalz kaum eine Chance. Wir GRÜNE treten dafür ein, dass an rheinland-pfälzischen Hochschulen in der Breite gute Bedingungen für Lehre und Forschung etabliert werden. Damit die Freiheit der Forschung wieder stärker durch die Hochschulen ausgefüllt werden kann, wollen wir die Grundausstattung der Hochschulen mit Forschungsmitteln stärken. Die von der Landesregierung beabsichtigte Herauslösung der Spitzenforschung aus den universitären Selbstverwaltungsstrukturen lehnen wir ab. Wir begrüßen es, wenn Hochschulen aufgrund ihrer Forschungsergebnisse Patente generieren, um bei der Verwertung ihrer Erkenntnisse den Gewinn nicht allein der Privatwirtschaft zu überlassen. Diese Patente sollen für nichtkommerzielle Nutzungen unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden.
Das Wissen an öffentlich finanzierten Hochschulen soll zum Nutzen der Gesellschaft eingesetzt werden. Hierzu gehört, dass wissenschaftliche Erkenntnisse veröffentlicht werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an rheinland-pfälzischen Hochschulen die Möglichkeiten von Open Access-Publikationen stärker nutzen.

Wissen und Forschung für nachhaltige Entwicklung

Wissenschaft und Politik stehen vor der Herausforderung, Antworten auf gesellschaftliche, ökologische und ökonomische Fragestellungen auch mit Blick auf zukünftige Generationen zu finden. In der öffentlich finanzierten Forschungsförderung setzen wir GRÜNE einen besonderen Schwerpunkt bei der Förderung der Forschung zu wichtigen Zukunftsfragen. Hierzu gehören beispielsweise die Umwelt- und Klimaforschung, Forschung zur nachhaltigen Weiterentwicklung der chemischen Industrie und zur ökologischen Landwirtschaft, aber auch zur Verbesserung der Lebenssituation älterer Menschen oder die Erforschung von Ursachen und Folgen gesellschaftlicher Diskriminierung.
Forschung zur Lösung gesellschaftlicher Zukunftsfragen schafft Grundlagen für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, für Innovationen und Wertschöpfung in der Region. Den Wissenstransfer zwischen wissenschaftlichen Einrichtungen, Unternehmen und dem öffentlichen Sektor wollen wir fördern, um das innovative Potenzial rheinland-pfälzischer Forschungseinrichtungen besser für die Region nutzbar zu machen.

Lernen für das Leben – Weiterbildung für alle in Zeiten des Wandels

Berufliche und allgemeine Weiterbildung sind zentrale Eckpfeiler des Bildungswesens, die in den vergangen Jahrzehnten kontinuierlich an Bedeutung gewonnen haben.
Weiterbildung ist mehr als berufliche Bildung. Sie umfasst ebenso die personenbezogene, kulturelle und politische Bildung, das Fremdsprachenlernen, die Gesundheitsbildung, das Nachholen von Schulabschlüssen, die nachholende Alphabetisierung oder das Lernen aus Freude an der persönlichen Entwicklung. Lernen ist ein Grundbedürfnis und eine Notwendigkeit für ein gutes Leben in unserer Gesellschaft, so wie umgekehrt eine demokratische Gesellschaft den aufgeklärten und mündigen Bürger benötigt. Wir GRÜNE stehen daher zu einer starken eigenständigen Erwachsenenbildung, die ein breit

gefächertes Angebot für alle Interessierten bereithält. Wir fordern eine Stärkung im Bereich der Familienbildung, der Bildung von Seniorinnen und Senioren sowie der Förderung neuer Lernformen. In Rheinland-Pfalz fehlen bereits Fachkräfte im Bereich der Pflege, in den technischen Berufen sowie generell bei kleineren und mittleren Unternehmen. Alle Prognosen deuten darauf hin, dass gerade in Bereichen wie Umwelt, Gesundheit, Bildung, IT-Technologien und Dienstleistung der Bedarf an gut qualifizierten Fachkräften steigen wird. Das lebensbegleitende Lernen wird mehr noch als bisher ein zentraler Faktor für die Anpassungsfähigkeit einer Gesellschaft an neue Herausforderungen. Darüber hinaus ist Lernen auch im Erwachsenenalter ein menschliches Grundbedürfnis – sich weiterzuentwickeln, sich zu bilden, sich neue Erkenntnisse anzueignen.

Wir wollen, dass alle Menschen Zugang zu Angeboten der Weiterbildung haben – ungeachtet ihrer Herkunft, ihres Geldbeutels oder Bildungsstands. Deshalb braucht Weiterbildung finanzielle Förderung und rechtliche Absicherung. Wir setzen uns für eine flächendeckende Angebotstruktur von Einrichtungen der allgemeinen und beruflichen Weiterbildung und deren institutionelle Absicherung ein. In einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz sind gut erreichbare, am Bedarf orientierte Weiterbildungsangebote in den ländlichen Regionen wichtig.
Weiterbildung muss so gestaltet sein, dass sie den Menschen berufliche Perspektiven eröffnet, ihre Handlungskompetenzen erweitert und ihnen Orientierung in unserer sich ständig wandelnden Gesellschaft gibt. Sie soll der persönlichen Entwicklung und dem beruflichen Fortkommen gleichermaßen dienen.
Es ist wichtig, gezielte berufliche Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für die Menschen anzubieten, bei denen keine Arbeitgeber dafür in der Pflicht stehen. Vor allem Menschen, die aufgrund ihrer Ausbildung oder Herkunft bisher weniger von Bildungsangeboten profitieren konnten, sollen künftig gezielt gefördert werden. Gerade bei geringer qualifizierten Personen sind Weiterbildung und Qualifizierungsmaßnahmen wichtige Elemente zur Verhinderung bzw. Beendigung von Arbeitslosigkeit.

Die Förderung von Weiterbildung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch Bildungsfreistellung und Bildungsschecks, wie den bis Ende 2010 befristeten „Quali-Scheck“, muss weitergeführt werden. Bei der Vielzahl von Angeboten und Maßnahmen benötigen wir Transparenz in Hinblick auf Inhalte, Finanzierung und Qualität. Wir GRÜNE fordern daher den weiteren Ausbau der flächendeckenden Weiterbildungsberatung, um die Menschen vor Ort qualifiziert zu informieren und zu orientieren. Die Träger der Weiterbildungsberatung müssen angemessen ausgestattet werden.

Die Wirtschaft braucht Weiterbildung
Wir wollen, dass Klein- und Mittelbetriebe mit gut qualifizierten, sich regelmäßig fortbildenden Beschäftigten ihre Zukunft gestalten. Wir brauchen eine enge Kooperation von Wirtschaft und Weiterbildung und eine vorausschauende Beobachtung der Entwicklung des Fachkräftebedarfs. GRÜNE Bildungspolitik unterstützt Betriebe, die eine aktive Fortbildungs- und Qualifizierungspolitik für die Beschäftigten ihres Unternehmens betreiben. Die Beteiligung an den Weiterbildungskosten, und die Unterstützung bei der Freistellung des Personals sind wichtige Elemente einer betrieblichen Förderung.

Zukunftsfähige Weiterbildung muss durch gezielte Angebote zu höheren Abschlüssen und anerkannten Kompetenzen führen – als Beitrag zur individuellen Existenzsicherung und zum beruflichen Aufstieg. Die Möglichkeiten, über den 2. und 3. Bildungsweg (Berufskollegs, Meister-BAföG) beruflich aufzusteigen, müssen erhalten und ausgeweitet werden.
Neben formalen Qualifikationen werden im Berufsleben erworbene Kompetenzen immer

wichtiger. Gerade Menschen mit Migrationshintergrund verfügen häufig über Kompetenzen, die durch die fehlende Anerkennung von Zeugnissen und Diplomen nicht entsprechend gewürdigt werden. Wir setzen uns für die erleichterte Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen sowie für die Einführung von Kompetenzchecks und modularen Systemen in der beruflichen Weiterbildung ein, um praktisch erworbene Fähigkeiten im Berufsleben besser dokumentieren und anerkennen zu können.
Wir wollen eine Öffnung der Hochschulen erreichen, die qualifizierten Fachkräften den Zugang zum Studium erleichtert. Neben dem Ausbau der wissenschaftlichen Weiterbildung muss es zukünftig darum gehen, qualifizierten Fachkräften mit beruflichen Erfahrungen den Zugang zum Hochschulstudium zu ermöglichen.

11.
GRÜNland-Pfalz ist ganz aktiv.
Kultur, Sport und Medien für ein aktives Rheinland-Pfalz.

Für uns GRÜNE ist die Förderung von Kunst und Kultur kein verzichtbarer Luxus. Eine Gesellschaft der Vielfalt braucht vielfältige kulturelle Angebote und muss allen Menschen Möglichkeiten der kulturellen Teilhabe eröffnen. Von einer guten Kulturförderung ist Rheinland-Pfalz weit entfernt. Bei den öffentlichen Ausgaben für Kultur liegt das Land im bundesweiten Vergleich weit abgeschlagen mit 54,70 Euro Kulturaufwendungen pro Kopf im hinteren Bereich. Sachsen gibt beispielsweise 155,40 Euro pro Kopf für Kunst und Kultur aus und auch unsere Nachbarländer Baden-Württemberg und Hessen machen mit jeweils ca. 84 Euro pro Kopf deutlich, dass unsere Landesregierung falsche Prioritäten setzt.

Rheinland-Pfalz ist bekannter Medienstandort. Doch die lokalen Medien in Rheinland-Pfalz – Zeitungen, Radiosender und Online-Ableger – sind in der Hand weniger Verleger bzw. Medienunternehmer. In vielen Regionen existiert ein lokales Zeitungsmonopol. Medienkonzentration und unkritische Einheitsmeinungen sind eine Gefahr für die freie Meinungsbildung und schaden der Demokratie. Verlegerunabhängige Lokalmedien sind ein notwendiges Gegengewicht und brauchen Entwicklungsmöglichkeiten.

Fast 1,5 Millionen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer sind Mitglied in einem der über 6.000 Sportvereine des Landes. Ebenso viele Menschen treiben darüber hinaus Sport außerhalb eines Vereins. Sport tut gut und fördert das Miteinander. Deshalb wollen wir nicht nur den Breitensport fördern, sondern Angebote für alle Altersgruppen, für Menschen mit und ohne Behinderung, mit und ohne Migrationshintergrund.
In Sportvereinen, aber auch weit darüber hinaus engagieren Menschen sich ehrenamtlich. Mit einem Ehrenamt-Gesetz wollen wir ihr Engagement vereinfachen, anerkennen und weiter fördern.

Kulturelle Bildung – Bildung in kulturellen Einrichtungen
Kulturelle Einrichtungen sind eine wichtige Säule für gute Bildungsangebote in Rheinland-Pfalz. Eine wichtige landespolitische Herausforderung ist, die künstliche Trennung zwischen kulturellen Angeboten und dem Bildungsbereich aufzulösen. Museen, Theater, Bibliotheken und andere kulturelle Einrichtungen sind uns wichtig. Sie bieten Bildungsangebote für alle Menschen an und leisten damit einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Diskurs und der kulturellen Weiterbildung.

Kulturelle Bildung ist Aufgabe der Bildungseinrichtungen von der Kita bis zu Angeboten für Erwachsene. Durch den Ausbau ganztägiger Bildung und Betreuung soll die musische Bildung an Bedeutung gewinnen. Durch ein Programm „Jedem Kind seine Kunst“ wollen wir je nach Neigung Angebote für Musik, Theater, Gesang, Tanz, bildende Kunst oder Literatur ermöglichen. Dafür sind erweiterte Kooperationen zwischen Künstlerinnen und Künstlern, kulturellen Einrichtungen, Schulen und Betreuungseinrichtungen erforderlich. Kunstschaffenden sollen entsprechende Möglichkeiten zur pädagogischen Qualifizierung angeboten werden. Einrichtungen der kulturellen Bildung für Kinder und Jugendliche wie Jugendkunstschulen und Musikschulen müssen perspektivisch gesichert werden – besonders auch im ländlichen Raum. Sie brauchen Planungssicherheit durch eine verlässliche institutionelle Förderung statt der derzeit verbreiteten zeitlich begrenzten

Projektförderung.
Bibliotheken haben eine wichtige Aufgabe bei der frühen Leseförderung zu erfüllen – gerade für Kinder aus bildungsfernen Schichten. Sie sind zudem wichtige Einrichtungen für die Unterstützung des lebenslangen Lernens. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der rheinland-pfälzische Landtag in den kommenden fünf Jahren ein Bibliothekengesetz beschließt. Ziel des Gesetzes soll sein, Bibliotheken als Bildungseinrichtungen zu stärken und die Versorgung mit Literatur landesweit zu sichern.

Initiative fördern – Qualität und Experimentierbereitschaft verbinden

Besondere Bedeutung haben freie Kulturträger, kleine Theater, Clubs und Vereine, die einen wichtigen Teil des Kulturangebots ausmachen. Gerade diese kleineren und mittleren Akteure brauchen größere Unterstützung und Planungssicherheit. Sie sind es, die mit geringen finanziellen Mitteln, hoher Effizienz und großem persönlichen Engagement einen besonderen kulturellen Schwerpunkt bilden. Sie sind oftmals innovativ, experimentell und offen für neue kulturelle Entwicklungen. Soziokulturelle Zentren müssen in ihrem Bestand geschützt werden. Zusätzlich müssen Projektmittel zur Verfügung stehen, die „nachwachsende“ Kunst und Kultur fördert. Graffiti-Flächen sollten ausgewiesen werden, damit diese Kunst nicht weiter kriminalisiert wird, sondern die grauen Betonflächen bunt gestaltet.
Wir GRÜNE wollen, dass die öffentlichen Kultureinrichtungen für Kreativität, Qualität, Experimentierbereitschaft und einem Angebot für alle Generationen und Bevölkerungskreise stehen. Für uns ist es selbstverständlich, dass sich kulturelle Einrichtungen des Landes und der Kommunen mit freien Kulturprojekten, Vereinen, Bildungsstätten, mit anderen außerschulischen und schulischen Einrichtungen vernetzen und diese unterstützen, um möglichst vielen Menschen ein vielfältiges Angebot zu bieten. 18 Prozent der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer haben Migrationshintergrund. Diese große und vielfältige Gruppe hat ein Recht, im kulturellen Angebot berücksichtigt zu werden.

Kunst als Beruf

Die wirtschaftliche und soziale Lage vieler Kunstschaffender ist häufig prekär. Künstlerinnen und Künstler sind in ihrem Beruf meist hoch qualifizierte Menschen, deren Einkünfte zuweilen nicht zur Existenzsicherung ausreichen. In Rheinland-Pfalz kann nur eine Minderheit von ihnen von ihrem künstlerischen Schaffen leben. Meistens überleben sie nur durch eine Mischform aus Kulturförderung, Sozialtransfer und Kleinstunternehmertum. Aufgabe GRÜNER Kulturpolitik ist daher auch, die Berufsrisiken für Kunstschaffende berechenbarer zu machen und ihre soziale Lage stärker zu berücksichtigen.

Kultur in der Fläche

Während der zunehmende Anteil an älteren Menschen die Nachfrage kultureller Angebote tendenziell eher wachsen lassen wird, besteht die Gefahr, dass es in den ländlichen Regionen kein flächendeckendes kulturelles Angebot mehr geben wird und Kultur in Zukunft nur noch in Städten präsent ist. Für Menschen in den ländlichen Regionen bedeutet das nicht nur lange Wege, sondern macht das Leben in den ländlichen Regionen insgesamt unattraktiver. Privatwirtschaftliches Sponsoring kann öffentliche Kulturförderung in Einzelfällen ergänzen, aber nicht ersetzen. Sponsoring zielt oft auf die öffentliche Wirkung herausragender Objekte und Projekte ab, vernachlässigt aber die Belange einer breit angelegten Kultur. Die Verteilungsdebatte zwischen Breitenförderung und „Leuchtturmprojekten“ muss beendet werden. Auch vergleichsweise stark geförderte öffentliche Kultureinrichtungen haben die Pflicht, in die Breite und in der Fläche wirksam zu werden.

Denkmalschutz – Erhaltung des kulturellen Erbes

Erhaltung und Schutz von Baudenkmälern sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben, die nicht wirtschaftlichen und privaten Interessen untergeordnet werden dürfen. Hierfür ist es wichtig, Beteiligungsrechte für Bürgerinnen, Bürger und Verbände bei Fragen des Denkmalschutzes zu stärken. Finanzielle Mittel müssen in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt werden, um schutzwürdige Bausubstanz zu erhalten. Wir verstehen Kultur und Natur im Sinne der UNESCO-Welterbekonvention als Einheit, die wir bewahren wollen. Denkmäler und wertvolle Kulturlandschaften sind wichtige Schutzgüter unserer Umwelt. Die durch Pläne zum Bau einer Brücke bedrohte Kulturlandschaft im Mittelrheintal ist weltweit einmalig. Wir wollen sie als gemeinsames Erbe der Menschheit bewahren.

Viele Geschichten – ein Land mit Geschichte

Unser Land ist reich an Orten, an denen die Vergangenheit anschaulich erlebt werden kann. In keltischer und römischer Zeit, im Mittelalter, insbesondere zur Zeit der Kurfürsten lagen in den heutigen Grenzen des Landes Zentren von herausragender Bedeutung. Diese Epochen haben in den letzten Jahren eine zunehmende Aufmerksamkeit erhalten – nicht zuletzt durch die Würdigung des Mittelrheintals, der römischen Stätten und christlichen Sakralbauten in Trier, des obergermanischen Limes sowie des Speyerer Doms als Stätten des UNESCO-Weltkulturerbes. Andere Aspekte sollten aber nicht aus dem Blick geraten – beispielsweise die erste demokratische Republik auf deutschem Boden oder das Hambacher Fest.
Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, die vielfältigen Aktivitäten zur Würdigung der Orts- Regional- und Landesgeschichte besser zu fördern und zu vernetzen. Es ist auch Aufgabe einer Kultur der lebendigen Erinnerung, die Perspektive der Beherrschten und Unterdrückten, der Ausgegrenzten und Verfolgten mit einzubeziehen (Geschichte von unten). Eine besondere Bedeutung hat die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus.

Medien: Zugang gewährleisten – Qualität und Vielfalt sichern

Medien sind ein Grundpfeiler unserer Demokratie. Der Zugang zu Information und Wissen muss daher überall im Land gewährleistet sein. Wir setzen uns für eine vielfältige Medienlandschaft ein, an der alle teilhaben können. Dies ist die Grundlage einer lebendigen Demokratie. Dazu gehören die Unabhängigkeit und Vielfalt der Medien und die Stärkung von Bürgermedien. Ob Fernsehen, Radio, Zeitung, Internet und weitere Angebote der neuen Medien: Meinungsvielfalt und Unabhängigkeit müssen immer den Vorrang vor Meinungsmacht und Monopolen haben.

Die Meinungs- und Pressefreiheit benötigt die Freiheit der Journalistinnen und Journalisten und setzt den Zugang zu vielfältigen Informationsquellen, die Chance zur Recherche und zum Vergleich voraus. Arbeitsbedingungen, Entlohnung und Ausbildung von Medienschaffenden müssen so gestaltet sein, dass ihre Arbeit der Meinungsvielfalt und –freiheit und der demokratischen Kontrolle dient.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist staatsfern zu gewährleisten. Die Zusammensetzung der Rundfunk-, Verwaltungs- und Fernsehräte bei ZDF und SWR muss nach diesem Grundsatz geändert werden: Parteipolitische Entscheidungen dürfen die Beschlussfassung in den Gremien nicht dominieren; Regierungsvertreterinnen und -vertreter haben grundsätzlich nichts darin verloren. Dieser Grundsatz muss sich in den Rundfunkstaatsverträgen, vor allem auch im ZDF-Staatsvertrag, wiederfinden. Den ZDF-Staatsvertrag wollen wir vor dem Bundesverfassungsgericht auf seine Staatsferne prüfen lassen. Zudem sollten die Gremien öffentlich tagen, um größtmögliche Transparenz

herzustellen. Ein qualitativ hochwertiges öffentlich-rechtliches Rundfunkangebot braucht eine sichere finanzielle Grundlage. Deshalb treten wir für eine neue Mediengebühr ein, die praktisch und staatsfern von jeder und jedem einfach und direkt bezahlt werden kann.

Beteiligung ermöglichen – Bürgermedien stärken

Medienkompetenz wird gestärkt, wenn Bürgerinnen und Bürger selbst Fernseh-, Hörfunk- und Internetangebote gestalten und sich direkt am medialen Meinungsbildungsprozess beteiligen können. Die Vielzahl lokaler Bürgermedien mit demokratischer Struktur und offenem Zugang muss beim Übergang in digitale Kabelsysteme erhalten werden. Bürgerfernsehen kann durch Bürgerradios und vergleichbare Angebote im Internet ergänzt werden. Wir GRÜNE wollen den Übergang des Hörfunks ins digitale Zeitalter unterstützen. Dabei soll eine analoge Grundversorgung über einen sozial und ökologisch verträglichen Übergangszeitraum gewährleistet bleiben. Durch die neuen Übertragungskapazitäten wird eine große regionale Programmvielfalt möglich. Darin soll auch Platz für Bürger- und Campusradios sein.

Film- und Kinoförderung

Auch in Zukunft muss es in ländlichen Gegenden möglich sein, Film- und Kinokultur zu erleben. Kinos werden sich in Zukunft zu vielfältig nutzbaren Kulturzentren entwickeln. Das Kino muss daher als Kulturgut, als soziale und kulturelle Begegnungsstätte, anerkannt werden. Wir GRÜNE wollen uns dafür einsetzen, dass Rheinland-Pfalz mit dem Aufbau einer Filmförderung beginnt, wie sie in den meisten anderen Bundesländern längst etabliert ist. Neben der Produktionsförderung soll eine zweite Säule der rheinland-pfälzischen Filmförderung Kinoinitiativen und –projekte, Filmfestivals, aber auch Kooperationen im Kinder-, Jugend- und Schulkinobereich unterstützen.

Medienkompetenz stärken

Medienbildung muss integraler Teil von Bildung sein; in jeder Altersstufe und in allen Bildungseinrichtungen. In Kindergärten und Vorschulen muss der sorgsame Umgang mit Medien genauso thematisiert werden wie in Angeboten für die Elternbildung, in Einrichtungen der Jugendhilfe und der außerschulischen Bildung. Lehrerinnen und Lehrer und andere pädagogische Fachkräfte müssen durch eine entsprechende Aus- und Weiterbildung besser auf die Vermittlung von Medienkompetenz vorbereitet werden. Ältere Menschen sollen passgenaue Angebote erhalten, um die neuen Medien gut nutzen zu können.

Für eine neue Sportkultur

Sport macht Spaß, fördert Gesundheit, Lebensfreude, soziales Miteinander und Lernvermögen. Er macht Kopf und Körper beweglich. Sport und Bewegung tun den einzelnen Menschen wie auch der Gesellschaft insgesamt gut.

Für uns GRÜNE nehmen nicht nur die klassischen Sportarten, sondern die ganze Vielfalt der Sport- und Bewegungskultur einen hohen Stellenwert ein: Breitensport und Spitzensport, Gesundheitssport, Sport für Menschen mit Behinderungen, Sport für Ältere und Kinder, zur Prävention und Rehabilitation, das Spiel auf der Straße, das Bewegungserlebnis in freier Landschaft oder die Bewegung im Alltag.
Eine Sportpolitik, die neue Entwicklungen ignoriert und ausschließlich den klassischen Vereins- und Verbandssport fördert, greift zu kurz. Wir wollen Bewegung in allen Lebensphasen und in unterschiedlichen Organisationsformen fördern: im Vorschulbereich wie in der Schule, im Verein wie in freien Gruppen, organisiert oder nicht organisiert. Auch sollen Sport- und Bewegungsangebote für neue Zielgruppen, wie etwa Mädchen und Frauen, Migrantinnen und Migranten sowie ältere Menschen und Menschen mit

Behinderungen niedrigschwellig und für jeden erreichbar gestaltet sein. Eine zukunftsfähige Sportpolitik muss bei der Stadtplanung, beim Bau von Sportstätten und bei der zukünftigen Ausrichtung der Sportförderung dieser gesellschaftlichen Vielfalt gerecht werden.

Für uns GRÜNE steht fest: Sport hat eine besondere soziale Funktion für die Gesellschaft und ist eine wichtige Säule der Zivilgesellschaft. Sport kann dazu beitragen, vorhandene Vorurteile abzubauen sowie Fairness, Toleranz und Respekt zu erleben und zu erlernen. Wir fordern mehr Unterstützung für Initiativen und Projekte gegen Rassismus und Gewalt wie etwa die Fußball-Fanprojekte.
Im sportlichen Miteinander finden Kulturaustausch und vielfältige Begegnungen zwischen Menschen statt. Dieses Potenzial des Sports wollen wir noch stärker nutzen und Sportangebote stärker in die grenzüberschreitende und internationale Zusammenarbeit integrieren.

Bewegung in der Natur kann dazu beitragen, Natur als Erlebnisraum auch zu bewahren. Vereine und Verbände sollten sich ihrer Verantwortung für den Klima- und Umweltschutz stärker bewusst werden. Auch der Sport kann einen wichtigen Beitrag für eine saubere und intakte Umwelt leisten: durch klimaneutrale Großveranstaltungen und durch umweltverträgliche Sportstätten.

Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement fördern
Freiwilliges gesellschaftliches Engagement aller Generationen ist ein unverzichtbares Grundelement einer aktiven und demokratischen Gesellschaft. Staatliches Handeln und Freiwilligkeit ersetzen sich nicht, sondern stärken sich gegenseitig. Wir werden die Bereitschaft zum Ehrenamt durch ein Gesetz fördern, in dem die Vielzahl bestehender Regelungen zusammengefasst ist. Das ehrenamtliche Engagement braucht Freistellungsmöglichkeiten und Anerkennung. Insbesondere werden wir Angebote für „Freiwilligenjahre“ Jugendlicher, junger Erwachsener, aber auch Älterer ausbauen.

12.
GRÜNland-Pfalz schützt Dich und mich.
Mehr Rechte und mehr Bürgernähe - Aufbruch in der Innenpolitik.

Wir rheinland-pfälzische GRÜNE sind die Partei für Freiheits- und Bürgerrechte, für den Ausbau der demokratischen Teilhabe und für die Förderung gesellschaftlicher Toleranz in unserem Land.

Durch die Novellierung des Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes schränkt die Landesregierung massiv Bürgerrechte ein, versäumt es aber, durch landesgesetzliche Regelungen Datenmissbrauch und ungezügelte Videoüberwachungen im privaten Bereich zu verhindern und effektive Kontrollmaßnahmen zum Schutze der Bürgerrechte zu implementieren. Wir treten dafür ein, dass alle Menschen ein Leben in Freiheit und Selbstbestimmung führen können. Dabei ist das Prinzip der Freiheit nur dann gewahrt, wenn es für alle Menschen gleichermaßen gilt. In einer offenen und freien demokratischen Gesellschaft ist für uns GRÜNE die Achtung und Gewährleistung der Freiheits- und Bürgerrechte der bestimmende Faktor staatlichen Handelns. Auch in Zeiten der Angst vor besonderen Bedrohungen gilt es, einen wirksamen Schutz vor den Gefahren zu gewährleisten, ohne die Freiheitsrechte der Menschen mehr als unbedingt nötig einzuschränken. Wir GRÜNE treten für einen effektiven Schutz der Bürgerrechte auch auf Landesebene ein.
Freiheit, wie wir sie verstehen und definieren, hat Auswirkungen auf alle gesellschaftlichen Bereiche und ist die Grundlage unserer programmatischen Ziele in den Bereichen Polizei, Justiz, Strafvollzug, demokratische Teilhabe, Bürgerrechte, Gerechtigkeit und Vielfalt.

Wir GRÜNE wollen Bürgerrechte, technologische Innovationen und die Kreativität im Netz nicht gegeneinander ausspielen. Medienkompetenz, informationelle Selbstbestimmung, umfassender Daten- und Verbraucherschutz, Urheberrechte, Freiheit und Verantwortung im Internet sind für uns die Grundlagen für eine demokratische digitale Zukunft. Wir verteidigen Freiheit und Neutralität des Netzes und wollen die Nutzer stärken.

Polizei, Justiz und Strafvollzug benötigen dringend eine Weiterentwicklung hin zu mehr Transparenz, Bürgernähe und Effizienz. Eine schärfere Kontrolle des Verfassungsschutzes durch die parlamentarischen Gremien sowie eine konsequente Verfolgung von Rechtsbrüchen durch die Geheimdienste gehören auf die Agenda. Der Zugang zum Recht muss für alle offen sein – unabhängig vom Geldbeutel. Dies kann nur erreicht werden, wenn die rheinland-pfälzische Justiz endlich angemessen finanziell und personell ausgestattet wird.

Die Sicherheit der Bevölkerung wollen wir durch einen effizienten, auf Resozialisierung ausgerichteten Justizvollzug gewährleisten. Im Bereich der Jugendkriminalität streben wir einen Paradigmenwechsel an. Kriminalität von Jugendlichen und jungen Erwachsenen soll vorrangig durch frühzeitig einsetzende präventive Angebote und erzieherische Hilfen verringert werden.

Gleiches Recht für alle
Wir GRÜNE werden uns in der kommenden Wahlperiode für eine Justizpolitik einsetzen, die effizient, unabhängig und bürgerfreundlich arbeitet. Durch den Justizapparat muss

gewährleistet sein, dass alle Menschen unabhängig von ihrem Geldbeutel und in einem angemessenen Zeitraum ihre Rechte geltend machen können. Dazu bedarf es einer ausreichenden personellen und finanziellen Ausstattung, die zurzeit nicht gewährleistet ist. Wir wollen deshalb in der kommenden Wahlperiode die personelle Überbelastung im Justizapparat durch Neueinstellungen abbauen. Zu einer bürgerfreundlichen Justiz gehört es für uns, die Gerichtsurteile zugänglich machen und entsprechende kostenfreie Internetdatenbanken einzurichten.

Die Initiative der Landesregierung, über den Bundesrat die Beratungs- und Prozesskostenbeihilfe einzuschränken, lehnen wir ab. Betroffen davon sind vorwiegend Menschen mit niedrigem Einkommen, insbesondere Empfängerinnen und Empfänger von Hartz-IV-Leistungen. Fakt ist, dass dadurch der Zugang zum Rechtssystem für arme Menschen verschlossen wäre. Dies werden wir nicht hinnehmen. Auch weitere Gebührenerhöhungen, die zum Ziel haben, dass Gerichte seltener angerufen werden, lehnen wir ab.

Die Arbeit des Richterwahlausschusses wollen wir in der kommenden Wahlperiode kritisch prüfen, um bei Bedarf das Richterwahlgesetz weiter zu entwickeln.

Für eine bürgernahe, effiziente und gut ausgebildete Polizei

Wir GRÜNE treten für eine kontinuierliche Weiterentwicklung der Polizeiarbeit in Rheinland-Pfalz ein. Dabei setzen wir uns dafür ein, dass die Wahrung der öffentlichen Sicherheit ohne weitere Einschränkung der Bürgerrechte gewährleistet werden muss. Mehr Bürgernähe der Polizei setzt grundlegende Veränderungen voraus. Dazu gehört, dass die Polizei auf allen Ebenen ein Abbild gesellschaftlicher Gruppen darstellt, sich also gegenüber Frauen, Menschen aus verschiedenen Kulturen sowie Menschen unterschiedlicher sexueller Identität öffnet. Eine rechtsstaatlich organisierte Polizei muss sich aber auch offen der Kritik stellen, wenn Bürgerinnen und Bürger sich bei Einsätzen ungerecht behandelt fühlen oder bei Eingriffen in Freiheitsrechte die Verhältnismäßigkeit in Frage stellen. Wir setzen uns für ein wirksames Beschwerdemanagement in Form von externen und unabhängigen Polizeibeschwerdestellen ein. Dazu gehört auch eine gut lesbare Dienstnummer an der Uniform. Wir wollen einen Landespolizeibeauftragten beim Landtag einsetzen, der unabhängiger Ansprechpartner ist und über Auskunfts- und Einsichtsrechte verfügt.

Grundpfeiler unserer Demokratie ist das im Grundgesetz verbürgte Recht der Versammlungsfreiheit. Wir GRÜNE wollen das Recht auf Versammlungsfreiheit stärken. Demonstrierende müssen vor Kriminalisierung geschützt werden. Die anlasslose Videoüberwachung lehnen wir ab.
Durch die Einführung von so genannten Mittlerstellen, in denen alle an öffentlichen Veranstaltungen Beteiligten einbezogen werden, wollen wir die Planung, Vorbereitung und Umsetzung von Polizei-Großeinsätzen verbessern.
Gut ausgebildete Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte sind ein wesentlicher Garant für eine gute Polizeiarbeit und deren breite Anerkennung in der Bevölkerung. Um dieses gute Miteinander weiter zu erhöhen, setzen wir uns dafür ein, die Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten der Polizei auszubauen. Bei der Polizeiarbeit wollen wir durch eine verbesserte Aufbau- und Ablauforganisation Effizienzsteigerungen erreichen. Die originären Polizeiaufgaben werden durch ein Übermaß an Verwaltungsaufgaben beeinträchtigt. Die Landesregierung hat es in der Vergangenheit versäumt, durch eine effiziente Aufbau- und Ablauforganisation die Qualität der Polizeiarbeit zu erhöhen. Wir wollen die Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten stärker von Verwaltungsaufgaben entlasten und so die Einsatzmöglichkeiten und -bedingungen verbessern. Die desolate

Finanzpolitik der Landesregierung darf nicht dazu führen, dass originäre Polizeiaufgaben auf die Kommunen verlagert werden.
Wir wollen die Polizeilaufbahn auch für besonders qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber mit einem mittleren Schulabschluss öffnen. Diese Polizeiausbildung und -laufbahn soll einen höheren Schulbildungsabschluss beinhalten und entsprechende Aufstiegsmöglichkeiten eröffnen. Menschen mit Migrationshintergrund wollen wir spezifisch für den Polizeiberuf ansprechen und gewinnen.

Prävention geht vor
GRÜNE Politik steht für den Ausbau präventiver Maßnahmen. Die Arbeit der kriminalpräventiven Räte wollen wir evaluieren, um diese weiterzuentwickeln. Wir fordern, die Zusammenarbeit von Polizei und sozialen Trägern, wie sie beispielsweise in den Häusern des Jugendrechts in Mainz oder Ludwigshafen praktiziert wird, weiter zu intensivieren.

Strafvollzug: Haft vermeiden – Resozialisierung verbessern
Im Bereich des Strafvollzugs streben wir einen Paradigmenwechsel an. Dabei wollen wir Straftaten durch präventive Maßnahmen von vornherein verhindern und Haftzeiten – soweit möglich – vermeiden. Der berechtigte Anspruch der Bevölkerung auf Schutz vor Straftaten kann nur durch eine konsequente Resozialisierung der Inhaftierten im Vollzug erfüllt werden. Dazu ist es notwendig, den bisher vorhandenen Maßnahmenkatalog zu evaluieren, um darauf aufbauend neue Konzepte zu entwickeln. Der rheinland-pfälzische Strafvollzug muss dahingehend verbessert werden, dass allen Inhaftierten Beschäftigungs-, Arbeits- und Bildungsmöglichkeiten angeboten werden, die sich positiv auf ihre Resozialisierung auswirken. Entlassungsvorbereitung durch Hafterleichterungen muss selbstverständlich sein und der offene Vollzug muss verstärkt genutzt werden. Psychisch kranken oder drogenabhängigen Inhaftierten muss ein ausreichendes Angebot therapeutischer Hilfe zur Verfügung gestellt werden.

Wir werden uns dafür einsetzen, verstärkt auch andere Sanktionsmöglichkeiten anzubieten, die ebenso dem Resozialisierungsgebot gerecht werden, wie z.B. Maßnahmen des Täter-Opfer-Ausgleichs oder gemeinnützige Arbeit.
Voraussetzung für einen besseren Strafvollzug ist eine angemessene personelle Ausstattung, für die wir uns in der kommenden Wahlperiode einsetzen werden.

Jugendstrafvollzug: Mehr als nur verwahren!
Für uns ist der geschlossene Jugendstrafvollzug Ultima Ratio, die letzte Möglichkeit. Die zentrale Aufgabe des Jugendstrafvollzug muss die Erziehung zum straffreien Leben der jungen Menschen sein. Statt geschlossenem Vollzug streben wir den Ausbau erzieherischer Hilfen sowie den Ausbau von sozialen Trainingsangeboten an. Gerade bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen muss die oberste Priorität darin liegen, durch einen stärkeren erzieherischen Ansatz und durch frühzeitig ansetzende präventive Angebote Jugendstrafvollzug zu vermeiden. Der Jugendstrafvollzug selbst muss ebenfalls durch seine Ausrichtung am Erziehungsauftrag gekennzeichnet sein. Wir brauchen Angebote, die die Potentiale der jungen Menschen stärken, die Auseinandersetzung mit den eigenen Straftaten fördern und das Leben in der Freiheit erleichtern. Dies alles kann nur durch eine ausreichende personelle Ausstattung gewährleistet werden.

Aufbruch in das Netz-Zeitalter
Das Internet hat unseren Alltag, unsere Kommunikation und unsere Gesellschaft tief greifend verändert. Wir GRÜNE begreifen Netzpolitik als ein Querschnittsthema, das unterschiedliche Politikfelder und politische Ebenen betrifft. Wir GRÜNE stehen für eine

digitale Zukunft, die nicht nur ökonomische Verwertung oder staatliche Kontrollinteressen im Auge hat, sondern die Freiheit und Rechte der Nutzerinnen und Nutzer ins Zentrum stellt. Deshalb ist der Zugang zu Medien in jeder Hinsicht (barriere-)frei zu gewährleisten; Webseiten der öffentlichen Hand müssen hier vorangehen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Inhalte, die durch öffentlich-rechtliche Medien finanziert und erstellt wurden, den Bürgerinnen und Bürgern zeitlich unbegrenzt und kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Die Gleichbehandlung von Daten im Sinne der Netzneutralität ist für uns ein wichtiges Ziel.

Ausbau der Netzinfrastruktur

Wir wollen allen Menschen die Möglichkeit zur Entfaltung ihrer Grundrechte geben. In der entstehenden Wissensgesellschaft wird das Internet immer mehr zu einem Medium, das gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Umgekehrt gilt es aber auch, Teilhabe auch für diejenigen weiterhin zu ermöglichen, die 'offline' bleiben möchten. Ein Breitbandzugang gehört zu einem zeitgemäßen Lebensumfeld dazu. Nicht nur zukunftsfähige Arbeitsplätze brauchen ein schnelles Internet, jeder Mensch soll ein Recht darauf haben. In Rheinland-Pfalz sind allerdings noch lange nicht alle Regionen mit Breitband-Internet versorgt. Wir GRÜNE werden uns für eine Breitband-Versorgung in ganz Rheinland-Pfalz einsetzen. Angesichts der Bedeutung digitaler Teilhabe darf niemand vom Internet aus finanziellen oder sozialen Gründen ausgeschlossen werden. Internetterminals in öffentlichen Bibliotheken und kommunalen Gebäuden können dazu beitragen, einen Basiszugang sicherzustellen. Eine weitere Möglichkeit liegt in freien Wlan-Netzwerken in Dörfern und Städten - entweder in privater Initiative als "Freifunk"-Netzwerk oder als Angebot der Kommune.

Bei öffentlichen Beschaffungsmaßnahmen wollen wir in Zukunft prüfen, offene und freie Software statt lizenzpflichtiger Produkte anzuschaffen, wenn beide die gleiche Qualität und Eignung aufweisen. Dies ist gerade auch im schulischen Bereich wichtig, da hier bereits Kinder und Jugendliche auf bestimmte Software geprägt werden. Durch den Einsatz von offener und freier Software lassen sich nicht nur Kosten einsparen, sondern in vielen Fällen ist diese Software ihren geschützten Konkurrenten weit voraus. Im Internetbereich arbeiten viele Firmen mit Open-Source-Software. Gerade Open Business-Modelle bieten zukunftssichere Arbeitsplätze und schaffen Innovation. Hier gilt es, an Hochschulen und in öffentlichen Institutionen solche Modelle durch Ausbildung von qualifiziertem Personal zu unterstützen.

Bürgerrechte stärken – Online-Durchsuchung verhindern

Die Landesregierung plant, in Rheinland-Pfalz als erstem Bundesland nach Inkrafttreten des neuen BKA-Gesetzes die Online-Durchsuchung zu ermöglichen. Dies lehnen wir ebenso ab wie jedwede Neuregelung einer Vorratsdatenspeicherung. Statt Bürgerrechte einzuschränken, streben wir durch eine Novellierung des Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes die Stärkung der Bürgerrechte an. Dazu gehört es, die Möglichkeit zur präventiven Telekommunikationsüberwachung sowie zur Videoüberwachung auf die Bekämpfung schwerster Straftaten zu begrenzen. Eine flächendeckende und anlasslose Videoüberwachung auf Vorrat ist ein unnötiger und unverhältnismäßiger Eingriff in die persönlichen Grundrechte, den wir vehement ablehnen.

Datenschutz und Bürgerrechte

Unbegründete Speicherung personenbezogener Daten lehnen wir strikt ab. Internetsperrlisten und dem Aufbau einer umfassenden Sperrinfrastruktur erteilen wir eine klare Absage, da sie rechtsstaatlich und technisch unverantwortlich sind. Das Internet darf unter diesem Vorwand nicht zum bürgerrechtsfreien Medium werden! Wir wenden uns gegen jede Verletzung von Persönlichkeitsrechten. Wir treten ein gegen jede digitale

Bevormundung und gegen jede Form der Zensur. Neben stärkeren Rechten für Verbraucherinnen und Verbraucher müssen Aufklärungs- und Hilfsmaßnahmen zielgerichtet angeboten werden.

Für ein zeitgemäßes Urheberrecht

Die Entwicklung des Urheberrechts muss den technischen Möglichkeiten zur Verbreitung und Vervielfältigung geschützter Inhalte Rechnung tragen, die berechtigten Interessen der Urheberinnen und Urheber schützen und zugleich auch den freien Zugang zu Wissen und kulturellen Werken gewährleisten. Kernstücke eines fairen Interessenausgleichs sind für uns die freie digitale Privatkopie und eine faire Lösung beim Urheberrecht im Internet, die Kunstschaffende angemessen vergütet und Nutzerinnen und Nutzer nicht kriminalisiert. Wir wollen die Nutzung von Kulturgütern ermöglichen und die Diskussion über eine Kulturflatrate weiterentwickeln. Wir unterstützen 'Creative Commons' als Grundlage neuer Formen der Kultur- und Medienwirtschaft.

Datenschutz statt Datenklau

Die Liste von Datenpannen und Datenmissbrauch zeigt, dass gravierende Lücken beim Schutz der Daten der Bürgerinnen und Bürger existieren. Darüber hinaus mangelt es der Landesregierung am politischen Willen, über geeignete Initiativen im Bundesrat den Datenschutz, hierbei auch den Arbeitnehmerdatenschutz, zu verbessern.

Wir GRÜNE werden uns deshalb für eine Reform des Landesdatenschutzgesetzes einsetzen mit dem Ziel, mehr Schutzmechanismen zu implementieren: Schadenersatz bei Datenmissbrauch, Stärkung der Position betrieblicher Datenschutzbeauftragter, Stärkung der Auskunftsrechte der Bürgerinnen und Bürger. Den Landesbeauftragten für Datenschutz wollen wir stärken und seine Kompetenzen erweitern. Wir wollen Kameraüberwachung durch private Personen oder Institutionen im öffentlichen Raum beschränken, allemal dann, wenn sie von privaten Personen oder Institutionen vorgenommen wird. Der Datenhandel zu gewerblichen Zwecken muss besser kontrolliert werden und eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft für den Bereich Datenschutz eingerichtet werden. Alle Abfragen aus polizeilichen Dateien müssen besser kontrolliert und dokumentiert werden.

Die von der Kultusministerkonferenz beschlossene Einführung einer so genannten Schüler-ID und die damit verbundene ausufernde Sammlung von Daten lehnen wir ab. Die Erfassung, Registrierung und Speicherung personenbezogener Daten über jedes Schulkind bedeutet einen nicht hinzunehmenden Einschnitt in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, dem zudem die Gefahr der Stigmatisierung und des Datenmissbrauchs innewohnt.

13.
GRÜNland-Pfalz lebt vom Mitmachen.
Demokratie geht alle an.

Wer nach Möglichkeiten der demokratischen Teilhabe in unserem Bundesland sucht, wird nur selten fündig. Deshalb legen wir mit unserem Landtagswahlprogramm ein Angebot für mehr Teilhabe, mehr Demokratie und mehr Transparenz vor. Wir GRÜNE sind als außerparlamentarische Bewegung entstanden und wissen daher genau um die Bedeutung bürgerschaftlicher Einmischung, sozialer Bewegungen und einer absoluten staatlichen Transparenz. Daher werden wir uns auch in den kommenden Jahren weiterhin dafür einsetzen, direkte Demokratie zu fördern. Die Teilhabemöglichkeiten an politischen Entscheidungsprozessen sind für die Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz gering. Hohe Hürden für landesweite Volksbegehren führen dazu, dass sie als Beteiligungsform unattraktiv sind und nicht genutzt werden. Bei den direktdemokratischen Teilhabemöglichkeiten auf kommunaler Ebene steht Rheinland-Pfalz im Vergleich mit den anderen Bundesländern im hinteren Mittelfeld, bei den Beteiligungsmöglichkeiten auf Landesebene noch deutlich schlechter. Bürgerinnen und Bürger sollen mehr Entscheidungen der Landesregierungen und der kommunalen Entscheidungsträgern aktiv mitbestimmen dürfen.
Teilhabe setzt Transparenz voraus. Trotz der Verabschiedung eines Informationsfreiheitsgesetzes im Jahr 2008 besteht in Rheinland-Pfalz immer noch kein uneingeschränkter Zugang zu Informationen zu staatlichem Handeln. Auch dies wollen wir verändern, um dadurch Bürgerbeteiligung zu ermöglichen.

Echte Teilhabe bedeutet für uns auch, dass wir die laufende Kommunal- und Verwaltungsreform gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern „von unten“ gestalten und nicht über ihre Köpfe hinweg entscheiden.

Beteiligungsrechte stärken – neue Beteiligungsformen entwickeln
Wir GRÜNE wollen mehr Macht für die Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz. Wir wollen weitere Beteiligungsrechte auf allen Ebenen verankern und ein lebendiges Einmischen fördern. Die Politik muss sich stärker modernen, transparenten Beteiligungsformen wie dem kommunalen Bürgerhaushalt, Mediationsverfahren, Dialogforen, Schlichtungs- und Fachgesprächen öffnen. Die Frage nach den Kosten einer Maßnahme darf kein Kriterium für die Zulässigkeit eines Bürger- oder Volksbegehrens sein.
Wir wollen möglichst viele Menschen an Konzepten und Entscheidungen beteiligen! Gute Politik soll nicht über die Köpfe der Menschen hinweg, sondern mit ihnen gemeinsam gestaltet werden. Der Streit um Stuttgart 21, den Hochmoselübergang oder den vierspurigen B10-Ausbau in Rheinland-Pfalz zeigen, dass die Politik sich oft weit von den Interessen der Bevölkerung entfremdet hat.

Um Demokratie und Beteiligung zu stärken, wollen wir das Unterschriftenquorum von kommunalen Bürgerbegehren auf sieben Prozent und die Obergrenzen auf sieben- bis zehntausend Einwohnerinnen und Einwohner je nach Größe der Kommune absenken. Wir fordern die freie Unterschriftensammlung für landesweite Volksbegehren bei einer gleichzeitigen Senkung der Unterschriftenhürde für Volksbegehren auf 3 Prozent der Stimmberechtigten. Die Eintragungsfrist für Volksbegehren wollen wir auf sechs Monate verlängern.

Finanzwirksame Volksbegehren wollen wir ausdrücklich zulassen – ausgeschlossen sind allerdings Volksbegehren über das Haushaltsgesetz. Kostendeckungsvorschläge bei landesweiten Volksentscheiden wollen wir genauso streichen wie die Themenbindung bei Bürgerentscheiden. Bürgernähe und Transparenz wollen wir stärken, indem Texte klar und verständlich formuliert werden statt in unverständlicher Behördensprache und in allen öffentlichen und virtuellen Räumen in Rheinland-Pfalz Barrierefreiheit herrscht. Wir setzen uns dafür ein, das Petitionsrecht als wichtige Form der aktiven Beteiligung weiter zu entwickeln. Dazu wollen wir u.a. die Möglichkeit von öffentlichen Petitionen schaffen, bei denen die Bürgerinnen und Bürger online eine bestehende Petition mitzeichnen können.

Mitdenken – Mitreden – Mitbestimmen

Viel zu lange hat sich die Landesregierung gegen eine Senkung des Wahlalters bei Landtagswahlen gesperrt, so dass viele junge Menschen auch bei dieser Landtagswahl vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. Junge Menschen sind heute politisch sehr gut aufgeklärt. Sie nehmen Politik zunehmend aktiv war und pochen in einer sich soziologisch, ökologisch und ökonomisch rasch wandelnden Gesellschaft auf Mitsprache am politischen Leben. Wir GRÜNE wollen eine Senkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre bei Landtags- und Kommunalwahlen durchsetzen. Mit unseren Konzepten für eine fortschreitende Demokratisierung der Schulen und Hochschulen wollen wir die demokratische Teilhabe junger Menschen stärken.

Wir GRÜNE wollen die Möglichkeiten digitaler Bürgerbeteiligung in Rheinland-Pfalz ausbauen und weiter entwickeln. Etwa als Teil von Bürgerhaushalten, bei Petitionen, themenbezogenen partizipativen Prozessen, Bürger- und Volksbegehren. Im Sinne direktdemokratischer Ideale treten wir ein für digitale Unterschriftensammlungen für Bürgerbegehren und Volksabstimmungen.

Stärkung der Bürgerinnen und Bürger und der Räte

Wir GRÜNE wollen die kommunalen Ratsgremien und die Einflussmöglichkeiten der Menschen stärken. Voraussetzung dafür ist eine größtmögliche Transparenz von Verwaltung, Rats- und Ausschusssitzungen. Daher werden wir uns für einen flächendeckenden Aufbau eines Ratsinformationssystems einsetzen. Grundsätzlich sollten Ausschusssitzungen kommunaler Ratsgremien öffentlich sein. Die demokratischen Möglichkeiten der Räte wollen wir stärken. Die Gründung und Aufgabenverlagerung auf Zweckverbände oder kommunale Gesellschaften muss an eine zwingende Kontrolle durch Ratsmitglieder gekoppelt werden. Es darf nicht sein, dass allein die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister über hoheitliche Aufgaben am Ratsgremium vorbei entscheiden dürfen.

Das Ausbluten der rheinland-pfälzischen Kommunen beenden –
Starke Finanzausstattung für starke Kommunen

Nirgendwo sonst in der Bundesrepublik werden die Städte und Gemeinden finanziell derart unzureichend ausgestattet wie in Rheinland-Pfalz. Die kommunale Selbstverwaltung ist vom Kollaps bedroht. Insgesamt haben die rheinland-pfälzischen Kommunen einen Schuldenberg von über 4,6 Milliarden Euro aufgetürmt. Aus eigener Kraft können die allermeisten Kommunen ihre Schuldenlast nicht mehr abbauen. Das Entschuldungsprogramm der Landesregierung lastet den Kommunen weiterhin hohe Zinsanteile an. Hier muss das Land sich stärker engagieren, da es für einen großen Teil der Schulden verantwortlich ist.

Die Kommunen benötigen eine sachgerechte finanzielle Ausstattung. Wir wollen ihnen eine garantierte finanzielle Mindestausstattung zusichern, die über die Erfüllung von Pflichtaufgaben hinaus finanzielle Spielräume sichert. Dazu gehört auch, dass Rheinland-Pfalz sich verpflichtet, im Bundesrat nach dem Muster des Konnexitätsprinzips auf

Landesebene nur dann einer Übertragung von Aufgaben auf die Kommunen zuzustimmen, wenn die Gegenfinanzierung unmittelbarer wie mittelbarer Kosten aus Bundesmitteln sichergestellt wird. Wenn der Bund den Kommunen eine Aufgabe überträgt, muss er diese auch bezahlen. Die Einhaltung des Konnexitätsprinzips auf Landesebene soll rückwirkend überprüft werden. Der kommunale Finanzausgleich muss anreizorientiert und aufgabengerecht neu ausgerichtet werden. Hierbei soll die Aufgabenerfüllung jeder Kommune stärker berücksichtigt und insbesondere den zentralen Orten eine adäquate Verrechnung für die Wahrnehmung überörtlicher Aufgaben angeboten werden. Weiterhin sollen mehr Anreize für kostenmindernde Kooperationen auf lokaler und regionaler Ebene gegeben werden. Wir wollen die Transparenz für die Zuweisungen aus dem landeseigenen Investitionsstock deutlich erhöhen und einen Fonds für die Sicherung bei Haushaltsnotlagen einrichten. Wir setzen uns für die Einführung eines kommunalen Haushaltsnotlagenpräventionssystems ein und wollen die Ausgestaltung und Wirkungen des kommunalen Investitionsstocks überprüfen.

Nachhaltigkeit und Teilhabe – Für eine bürgernahe Kommunalreform

Die kommunale Selbstverwaltung in Rheinland-Pfalz muss weiterentwickelt werden. Die demographische Entwicklung, die Notwendigkeit einer angemessenen Finanzierung kommunaler Aufgaben und gewandelte Anforderungen an eine zeitgemäße Selbstverwaltung machen eine Kommunalreform notwendig. Die Vorschläge der Landesregierung folgen keinem erkennbaren Konzept und bleiben hinter den derzeitigen Anforderungen zurück. Wir GRÜNE treten für eine bürgerorientierte und effiziente Kommunalreform ein, die Rheinland-Pfalz weiterbringt. Die kommunale Ebene muss gestärkt werden. Zukunftsfähigkeit, Transparenz und demokratische und soziale Teilhabe sind dabei unsere Leitlinien. Dafür sind sowohl eine Gebiets- als auch eine Verwaltungsreform notwendig. Doppelstrukturen sind abzubauen. Die von den Kommunen zusätzlich übernommenen Landesaufgaben sind von der Landesregierung zu bezahlen.

Wir GRÜNE wollen die Kommunalreform zusammen mit den Menschen gestalten und nicht über ihre Köpfe hinweg. Die Identifikation der Menschen mit ihrem Umfeld ist für ihre Bereitschaft zur Partizipation und Wahrnehmung von ehrenamtlicher Arbeit von zentraler Bedeutung. Daher darf eine Gebietsreform nicht gegen der Willen der Bevölkerung von „oben“ durchgesetzt werden.

Zuständigkeiten neu ordnen – Aufgabentransparenz wieder herstellen

Die Aufgaben der kommunalen Ebene sind in den vergangenen Jahrzehnten immer komplexer geworden. Inzwischen hat sich in Rheinland-Pfalz ein System entwickelt, das nicht mehr durchschaubar ist. Die Kommunal- und Verwaltungsreform muss dringend eine umfassende Aufgabentransparenz wiederherstellen. Dabei muss grundsätzlich die Entscheidungskompetenz mit der Kostenverantwortung zusammengeführt werden. Aufgaben müssen bei derjenigen Ebene liegen, welche sie am besten erfüllen kann. Den Ortsgemeinden muss die Selbstverwaltungshoheit erhalten bleiben. Sie bieten weiterhin die größte Identifikationsebene für die Menschen vor Ort. Die Verbandsgemeinden werden weiterhin die Verantwortung für die öffentlichen Dienstleistungen behalten. Die Trägerschaft für Grundschulen, Kindertagesstätten, Sport- und Freizeiteinrichtungen, Feuerwehr, Flächennutzungspläne, Wasserversorgung und Abwasser sind bei der Verbandsgemeinde in der richtigen Hand. Die Landkreise haben die Koordinierungskompetenz für ihre Region. Durch eine Verlagerung der Trägerschaft aller weiterführenden Schulen auf die Landkreise kann die Schulentwicklung zukünftig besser an der Nachfrage ausgerichtet werden.

Kritisch sehen wir die geplante Verlagerung von Umweltprüfungsaufgaben beim Wasser- und Bodenschutz von den Mittelbehörden auf die Kreisebene. Die nötige sachliche und

personelle Fachausstattung sowie die Aufgabendistanz zwischen Antragsteller und Prüfer sehen wir gefährdet. Die von der Landesregierung angestrebte Etablierung einer neuen „Kommunalpolizei“ lehnen wir ab.

Gebietsreform einleiten – Zusammenarbeit stärken

Wir wollen die Gebietsreform für Rheinland-Pfalz voranbringen und gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern gestalten. Dabei müssen für eine zukunftsfähige Gebietsreform die kreisfreien Städte einbezogen werden. Die meisten rheinland-pfälzischen kreisfreien Städte haben aus unserer Sicht eine bessere Zukunftschance in Form großer kreisangehöriger Städte. Aufgrund der demografischen Entwicklung wird sich auf Dauer die Zahl der Landkreise auf maximal 20 belaufen können. Verbandsgemeinden sollten zukünftig nur in Ausnahmefällen weniger als 13.000 Einwohner haben. Eine Ausnahme kann eine zu große räumliche Ausdehnung sein. Dabei soll an allen derzeitigen Verbandsgemeinde-Sitzen ein Büro vorgehalten werden. Dabei setzen wir auch hier auf bürgernahe und einvernehmliche Lösungen: Sollte es zu keiner Einigung kommen, sollen Bürgerentscheide in den betroffenen Verbandsgemeinden durchgeführt werden. Grundsätzlich sollen allen kommunalen Gebietskörperschaften verbesserte Möglichkeiten zur engeren Zusammenarbeit untereinander gegeben werden. Hierfür müssen die landesrechtlichen Voraussetzungen geschaffen und Anreize für die Unterstützung regionaler Korporationen gesetzt werden.

Wir wollen, dass die Mitglieder einer zukünftigen Regionalversammlung der Metropolregion Rhein-Neckar-Pfalz direkt gewählt werden und den Staatsvertrag mit Baden-Württemberg und Hessen entsprechend verändern.

Kommunale Dienstleistung stärken – Zugang verbessern

Wir wollen soziale Teilhabegerechtigkeit vor Ort verwirklichen. Dafür sollen die Dienstleistungen der Verwaltungen auch ortsnah angeboten werden. Die Verwaltungen müssen mit dem Öffentlichen Personennahverkehr erreichbar sein und barrierefrei genutzt werden können. Die Möglichkeit der aufsuchenden Verwaltung soll es flächendeckend geben. Auch die Internet-Angebote der Verwaltung müssen ausgebaut werden und barrierefrei gestaltet sein. Eine Online-Dienstleistungsplattform soll zukünftig viele Verwaltungsangebote anbieten. Wir wollen die Verbandsgemeinden und verbandsfreien Gemeinden zur kommunalen Dienstleistungsebene ausbauen. Jeder Kontakt zwischen Bürgerinnen und Bürger und der kommunalen Verwaltung soll zukünftig an einer einheitlichen Stelle zusammenlaufen. Beispielsweise sollen der Personalausweis, die Kfz-Zulassung und die Gewerbeanmeldung mit einem Behördenbesuch beantragt werden können.

Kommunale Bildungslandschaften

Bildungsplanung und Bildungsverwaltung finden nach wie vor in sehr segmentierten Bereichen statt. So tragen die Kommunen Verantwortung im vorschulischen und außerschulischen Bereich und sind über die Volkshochschulen in der Erwachsenenbildung aktiv. An den Bildungsangeboten der Schulen und Hochschulen sind sie jedoch nur sehr bedingt bzw. gar nicht beteiligt. Das Ergebnis dieses Nebeneinanders ist eine defizitäre Bildungsplanung. Wir stehen für einen ganzheitlichen Ansatz, der sich an den Lebensläufen der Menschen orientiert. Wir verstehen Kommunen als Bildungslandschaften, die für Menschen vom Kindergarten bis ins hohe Alter Bildung planen und gestalten. Eine integrierte Bildungsplanung bezieht kommunale Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, Jugendhilfe, Schulen, Hochschulen, Weiterbildung, berufliche Bildung, Arbeitsverwaltung sowie Verbände, Betriebe und Gewerkschaften ein. Die Kooperation aller Beteiligten dient dazu, die Übergänge von einer Bildungseinrichtung zur

nächsten zu verbessern, Defizite bei Angeboten rechtzeitig zu erkennen und Chancengleichheit zu fördern. Wir wollen die Entwicklung kommunaler Bildungslandschaften von Landesseite aktiv fördern und unterstützten.

Für ein Informationsfreiheitsgesetz, das seinen Namen verdient!

Sowohl der Bund als auch viele Bundesländer verfügen seit vielen Jahren über Informationsfreiheitsgesetze. Das im Jahr 2008 in Rheinland-Pfalz verabschiedete Landesgesetz zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass es durch eine Vielzahl von Ausnahmen einen uneingeschränkten Zugang zu Informationen verhindert.

Wir wollen die Rechte der Bürgerinnen und Bürger stärken. Werden Informationen gar nicht oder nicht ausreichend erteilt, bleibt den Auskunftssuchenden bislang nur der Rechtsweg. Wir wollen deshalb die Stelle einer Beauftragten oder eines Beauftragten für Information einführen, an die sich Bürgerinnen und Bürger wenden können. Die Stelle soll beim Landesbeauftragten für Datenschutz angesiedelt sein. Staatliches Handeln wird transparenter, weil es einfacher kontrolliert werden kann. Neben dem Informationsfreiheitsgesetz regeln zusätzlich das Umweltinformationsgesetz sowie das Verbraucherinformationsgesetz den Zugang der Menschen zu amtlichen Informationen. Wir wollen die rheinland-pfälzischen Informationsgesetze zusammenführen und vereinfachen, um den Bürgerinnen und Bürgern einen wirklichen und umfassenden Rechtsanspruch auf Informationen von Landes- und Kommunalbehörden zu gewähren.

Zukunft der Landesverwaltung - Landesverwaltung der Zukunft

Wir wollen die Landesverwaltung in ihrer Aufgabenerfüllung fit machen für die Zukunft. Für uns sind die Bediensteten des Landes der zentrale Schlüssel für eine moderne Verwaltung und deren Weiterentwicklung. Dazu wollen wir gemeinsam mit den Personalvertretungen und -räten zielgerichtet Entwicklungspläne beraten und festlegen, die die Herausforderungen der kommenden Jahre und dafür bestehende Lösungsmöglichkeiten aufzeigen sollen. Wir wollen eine kritische Aufgabenanalyse vornehmen und die bestehenden Verwaltungsstrukturen in Rheinland-Pfalz überprüfen. Möglichkeiten der E-Governance wollen wir in sinnvollen Bereichen weiter vorantreiben, um eine verbesserte Qualität der Leistungen und beschleunigte Verfahren für Bürgerinnen und Bürger zu erreichen. Dabei wollen wir schrittweise vorgehen und sehen die Orientierung an dem Leitbild einer bürgerfreundlichen Verwaltung und einer weiterhin hervorragenden Qualität der Verwaltungstätigkeit als zentrale Ankerpunkte an. Wir wollen den hohen Ausbildungsstandard der Verwaltungsausbildung in Rheinland-Pfalz erhalten und weiter ausbauen. Dazu streben wir unter anderem eine Überprüfung und Fortentwicklung der Weiterbildungsmöglichkeiten an. Wir wollen für spezifische Aufgabenbereiche im Bereich der Landesverwaltung gesonderte Einstiegs- und Ausbildungsprogramme anbieten und streben so eine Öffnung für fachlich besonders geeignete Absolventinnen und Absolventen an.

14.
Grünland-Pfalz ist geschlechtergerecht

Frauen gleichstellen, Gender Mainstreaming in alle Politikbereiche!

Trotz 40 Jahren neuer Frauenbewegung gibt es in der gesellschaftlichen Verteilung von Einkommen, Machtpositionen und Freizeit ein Gefälle zu Lasten von Frauen. Dies zu ändern verlangt auch einen Perspektivwechsel. Frauenpolitische Aspekte müssen sich wie ein roter Faden durch sämtliche Politikfelder ziehen, damit diese stärker als Querschnittsthemen wahrgenommen werden. Wir GRÜNE in Rheinland-Pfalz stehen dafür, konsequent bei jedem Politikfeld auch die frauenpolitische Perspektive einzunehmen. Eine moderne demokratische Gesellschaft darf keinen einzigen Menschen aufgrund des Geschlechtes ausgrenzen.

Rollenklischees in Frage stellen

Durch klischeehafte Darstellungen, auch und gerade in den Medien, werden überholte weibliche Rollenbilder manifestiert. Offener und subtiler Sexismus und die Anfeindung von Emanzipation und Feminismus ist leider auch heute noch ein alltägliches Phänomen. Fehlende Unabhängigkeit entsteht auch durch fehlende Mobilität.
Frauen jeden Alters wollen wir dazu ermutigen, sich gesellschaftlichen Schönheits- oder Rollenbildern nicht zu unterwerfen. Dem dringenden Bedarf an veränderten Darstellungen von Frauen und geschlechtergerechten Inhalten, Bildern und Sprachen wollen wir durch ein landesweites Projekt zur Sensibilisierung von Redaktionen und Medienproduktionen gerecht werden.

Sexismus und Gewalt gegen Frauen bekämpfen

Leider sind Frauen auch im 21. Jahrhundert noch von vielfältiger physischer, sexualisierter und psychischer Gewalt betroffen. Für viele Frauen und Kinder ist Gewalt alltäglich und findet vor allem im engsten sozialen Umfeld statt. Trennung oder Scheidung erhöhen deutlich die Gefahr für Frauen, Opfer von Stalking und körperlicher oder sexualisierter Gewalt zu werden. Zugleich gibt es auch in Rheinland-Pfalz Opfer von Frauenhandel, Zwangverheiratung und Zwangsprostitution. Das Leben vieler Frauen ist weder unabhängig noch selbstbestimmt.

Wir GRÜNE in Rheinland-Pfalz sehen es als staatliche und gesellschaftliche Pflichtaufgabe, Gewalt gegen Frauen und Kinder zu verhindern sowie den Opfern rechtsverbindlichen Schutz und Hilfen bereitzustellen. Daher unterstützen wir die Forderung nach einer bundesweit einheitlichen, bedarfsdeckenden und unbürokratischen Frauenhaus-Finanzierung. Sollte eine solche Regelung auf Bundesebene nicht zustande kommen, werden wir ein entsprechendes Landesgesetz für Rheinland-Pfalz auf den Weg bringen.

Zur Bekämpfung von sexualisierter Gewalt, Frauenhandel, Zwangverheiratung und Zwangsprostitution werden wir die Opfer stärken und uns für ein dauerhaftes Bleiberecht für jene einsetzen, die den Mut haben, gegen die Täter auszusagen.

Konsequente Gleichstellungspolitik für besseres Wirtschaften erkämpfen

Wir nehmen nicht hin, dass Frauen bei gleicher Arbeit ein Viertel weniger verdienen als Männer oder bei der Besetzung in Vorständen und Aufsichtsräten signifikant ausgegrenzt werden. Solange es ein Gefälle in der Verteilung von Machtpositionen, Einkommen und

Zeit zu Lasten von Frauen gibt, kann von tatsächlicher Gleichstellung keine Rede sein. Wir setzen nicht mehr auf die Freiwilligkeit von Frauenförderung in der Privatwirtschaft, sondern wollen endlich ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft und eine entsprechende Bundesratsinitiative auf den Weg bringen.

Geschlechtergerechtigkeit im Landeshaushalt durchsetzen

Im Landeshaushalt werden die Ausgaben lediglich nach Politikbereichen verteilt– ohne zu hinterfragen, wie sich die Ausgaben auf Frauen und Männer verteilen und welche Auswirkungen damit verbunden sind. Wir GRÜNE wollen analysieren, ob Frauen und Männer von Ausgaben und Förderungen einen Nutzen haben und wer von Einsparungen betroffen ist. Bei der Ressourcenverteilung ist auf die Gleichstellung von Frauen und Männern zu achten. Wir sehen Gender Budgeting als Instrument zur Umsetzung von Gender Mainstreaming und zur Transparenz der staatlichen Finanzen. Grundgedanke dabei ist: Es gibt keine geschlechtsneutrale Haushaltspolitik.

Gleichstellung in Arbeit und sozialer Sicherung fördern

Wir wollen für Frauen verbesserte Möglichkeiten auf eine unabhängige Sicherung ihres Lebensunterhaltes. Wir brauchen daher einen Umbau der Sozialversicherungen und des Steuersystems. Dazu gehören eine Bürgerversicherung in der Krankenversicherung, die unabhängig vom Familienstand eine Absicherung bietet, und eine Abschmelzung des Ehegattensplittings. Neue Erwerbsformen wie befristete Verträge, Teilzeit, geringfügige Beschäftigung oder Zeitarbeit, bekannt auch als „atypische Beschäftigungsformen“, haben in den letzten Jahren an Bedeutung zugenommen. Sie werden überdurchschnittlich häufig von Frauen ausgeübt, weil die Kinderbetreuungsangebote nicht ausreichen und zu unflexibel sind.

Besonders Alleinerziehende müssen häufig diesen „neuen“ Beschäftigungsformen nachgehen. In diesem Zusammenhang spielt auch die Armutsgefährdung und die Altersarmut eine wichtige Rolle. Frauen in Teilzeit und geringfügigen Beschäftigungen können dem berechtigten Anspruch auf „eigenständige Existenzsicherung“ nicht mehr nachkommen.

Mit der Genderperspektive klimaneutrale Lebensweisen fördern

Ökologische und ökonomische feministische Ansätze sind wichtig, neue Lösungswege zur Bekämpfung des Klimawandels zu finden. Laut Umfragen in Österreich, Deutschland und Schweden sind sich die Frauen dort in einem höheren Maße der Gefahr durch den Klimawandel bewusst, kritischer gegenüber der Regierungspolitik und eher bereit zur Veränderung der Lebensweise als Männer. Das in unserer Gesellschaft vorherrschende Männerbild ist durch Lebensweisen mit höherem Energieverbrauch gekennzeichnet, z.B. beim Fleischkonsum und Größe und Nutzung des PKW.

Gender Mainstreaming in die Stadt- und Verkehrsplanung einbringen

Frauen sind in den kommunalen Planungsämtern und Ingenieurbüros noch immer unterrepräsentiert. Das wirkt sich in der Gestaltung des Wohnumfeldes und der Verkehrswege oft zu deren Nachteil aus.

Insbesondere ältere Frauen nutzen bereits heute wesentlich mehr öffentliche Verkehrsmittel als Männer. Von ihnen kommt besonders stark der Ruf nach kürzeren Wegen zu Alltagszielen und Einkaufsmöglichkeiten. Durchgehendes Gender Mainstreaming in der Verkehrsplanung ist eine Voraussetzung dafür, dass die passenden Angebote geschaffen werden.

Die Wege für umweltfreundliche Mobilität müssen attraktiver und sicherer gemacht werden, Angsträume, von denen besonders Frauen betroffen sind, sind abzuschaffen.

Prävention für Männer und Frauen

Prävention muss die geschlechterspezifischen Risiken beachten. Frauen und Männer ernähren sich unterschiedlich und haben ein unterschiedliches Risikoverhalten. Männer leben oft ungesünder und haben öfter Unfälle. .Dies gilt auch bereits für Jugendliche. Sogar Gesundheitsförderung, Gesundheitserziehung und Schulverpflegung sind durch entsprechende geschlechtsstereotype Vorstellungen bestimmt. Die Angebote zur Aufklärung über Ernährungsfolgen und Gesundheitsrisiken müssen von der Kitazeit bis ins Erwachsenenalter intensiviert und geschlechtersensibel gestaltet werden.

Zusätzlich setzen wir uns für eine umfassende Sexualpädagogik ein, die jungen Männern und Frauen zu einer selbstbestimmten und verantwortungsvollen Sexualität verhilft und über Risiken aufklärt.

Selbstbestimmung und Wahlfreiheit für Schwangere erreichen

Zur Selbstbestimmung der Schwangeren gehört die freie Wahl der Art und Umgebung der Entbindung. Durch die gestiegenen Haftpflichtprämien für Hebammen steht die wohnortnahe Versorgung der Gebärenden auf dem Spiel. Wir wollen uns auf Landesebene dafür einsetzen, dass die Arbeitsbedingungen der Hebammen verbessert werden und somit ihre wichtige Arbeit weitergeführt werden kann. Jede Schwangere erlebt sich in einer besonderen Lebenssituation und Entscheidungsphase. Bei der jeweils ganz persönlich zu treffenden Entscheidung bedarf es der Wahlfreiheit und bei Bedarf Orientierung und Unterstützung. Falls sich eine Frau aus individuellen Gründen für einen Schwangerschaftsabbruch entscheidet, ist eine qualifizierte medizinische und psychologische Versorgung und Betreuung wichtig – auch im ländlichen Bereich. Die Schwangerenkonfliktberatung ist kostenfrei, wohnortnah und von unabhängigen Trägerinnen und Trägern anzubieten

Gleichberechtigt lernen – Gleichberechtigung lehren

Kinder erlernen Rollenbilder durch eine Vielzahl von Bezugspersonen und Einrichtungen. Das Schulumfeld und die Kinderbetreuungseinrichtungen leisten einen wichtigen Beitrag zur Prägung oder Hinterfragung von Rollenbildern und zur Sensibilisierung gegenüber Sexismus. Daher müssen die Themen Gleichberechtigung und Geschlechterrollen während des Lehramtstudiums und der Ausbildung des Lehrpersonals eingehend thematisiert werden.

In Rheinland-Pfalz verwendete Lehrbücher sollen laut Bildungsministerium vor der Zulassung darauf überprüft werden, ob Mädchen und Jungen als gleichwertig dargestellt werden und ob zeitgemäße Identifikationsangebote für beide Geschlechter bestehen. Identifikationsangebote und Vorbilder sind wichtig für Mädchen und junge Frauen, wenn sich diese möglichst frei entwickeln sollen. Auch muss auf eine geschlechtersensible Sprache der Lehrwerke geachtet werden. Es kann nicht sein, dass Frauen und Mädchen automatisch mit gemeint sind, wenn Männer und Jungen angesprochen werden

Mehr Frauen in die Kommunalpolitik

Wir wollen das Engagement von Frauen in der Kommunalpolitik bis zur nächsten Kommunalwahl spürbar anheben. Deshalb werden wir GRÜNE in Rheinland-Pfalz die Vernetzung von Institutionen und Initiative im Rahmen der landesweiten Kampagne weiterentwickeln und sinnvoller gestalten. Zusätzlich werden wir die Möglichkeit eines Paritätsgesetzes für die Kommunalwahlen verfassungsrechtlich prüfen lassen, das eine gleiche Beteiligung von Männern und Frauen auf den Wahllisten vorschreibt. Ein solches Gesetz hat in den Kommunen Frankreichs und Spaniens bereits erfolgreich für eine paritätische Repräsentation von Frauen und Männer gesorgt.

15.
GRÜNland-Pfalz ist für alle da.
Vielfalt, Toleranz, Weltoffenheit, Frieden: Aufbruch für eine starke Zivilgesellschaft.

Wir GRÜNE setzen uns für ein tolerantes und weltoffenes Rheinland-Pfalz ein. Ausgrenzung und Diskriminierung gehört immer noch zur Alltagserfahrung von zu vielen Menschen - nicht nur Flüchtlinge und Menschen mit Migrationshintergrund erleben sie, sondern auch Menschen mit Behinderung, Alte, Kranke, Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Intersexuelle und Transgender. Diese Diskriminierung wollen wir aktiv bekämpft und mehr Teilhabe erreichen für alle Menschen, die in Rheinland-Pfalz leben. Die Unterschiedlichkeit verschiedener Lebensformen ist eine Bereicherung unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens – bei allen Schwierigkeiten, die das manchmal mit sich bringt.

Gerechtigkeit bedeutet für uns auch, die gleichberechtigte Teilhabe von rund 750.000 Menschen mit Migrationshintergrund am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben zu gewährleisten. Flüchtlingen wollen wir durch ein humanitäres Flüchtlingsrecht in unserem Land eine Zukunftsperspektive ermöglichen.

Integration mit neuem Schwung voranbringen

Wir GRÜNE in Rheinland-Pfalz wollen mit neuem Schwung die Integrationspolitik voranbringen. Ein Umsteuern in der Integrationspolitik ist vor dem Hintergrund jahrelanger nachhaltiger Versäumnisse in allen gesellschaftlichen und sozialen Bereichen dringend notwendig. Nach wie sind viele Menschen mit Migrationshintergrund von strukturellen Benachteiligungen betroffen, wie z.B. durch das mehrgliedrige Bildungssystem, beim Zugang zum Arbeitsmarkt, bei der Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen, bei der Einbürgerung sowie in Fragen der politischen und religiösen Teilhabe.

Durch ein umfassendes Maßnahmenpaket, das wir auf den Weg bringen werden, wollen wir die Benachteiligungen beseitigen. Dazu gehören Maßnahmen zur Förderung der Sprachkompetenz, insbesondere bei Kindern. Dazu gehören aber auch die Förderung der interkulturellen pädagogischen Ausbildung, mehr pädagogisches Fachpersonal mit Migrationshintergrund in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, die interkulturelle Öffnung des öffentlichen Dienstes – insbesondere der Landesverwaltung - und eine Einbürgerungskampagne der Landesregierung.

Wir wollen parlamentarische Initiativen ergreifen zur Erleichterung der Einbürgerung und zur Streichung des Optionszwanges, der Einbürgerung erschwert. Alle Menschen, die in Rheinland-Pfalz leben, sollen das kommunale Wahlrecht erhalten. Die Eingliederung in den Arbeitsmarkt und Erleichterungen bei der Anerkennung ausländischer Abschlüsse wollen wir erleichtern und ein Sonderprogramm „Integrationsmaßnahmen“ in den Kommunen einrichten - z.B. für die Einführung hauptamtlicher kommunaler Integrationsbeauftragter.

Sport fördert Integration. Deshalb wollen wir ihn fördern, beispielsweise durch eine auf Migrantinnen und Migranten abgestimmte Kampagne für Sportvereine.

Im Sinne des Gleichbehandlungsgebotes der Religionen, wie es vom

Bundesverfassungsgericht festgestellt worden ist, fordern wir perspektivisch die Gleichstellung des Islam und anderer anerkannter Religionsgemeinschaften an Schulen und Hochschulen sowie die Einführung eines Angebotes für Religionsunterricht in deutscher Sprache durch staatlich ausgebildete Religionslehrer.

Für eine humane und menschenrechtsorientierte Flüchtlingspolitik

Wir wollen in der Asyl- und Flüchtlingspolitik einen Neuanfang wagen. Deshalb setzen wir uns für die Wiederherstellung eines umfassenden und humanitären Asyl- und Flüchtlingsrechts ein. Wir setzen uns dafür ein, dass Flüchtlinge vom ersten Tag ihres Aufenthalts an ein Recht auf Integrationsleistungen erhalten. Auch wenn die Regelung zur Flüchtlingspolitik vorwiegend auf der Bundesebene bzw. auf der europäischer Ebene getroffen werden, hat das Land Rheinland-Pfalz über den Bundesrat die Möglichkeit, Einfluss zu nehmen. Zudem kann das Land in der Umsetzung der Bundesgesetze eigene Spielräume für eine humane und menschenrechtsorientierte Flüchtlingspolitik nutzen.

In der kommenden Wahlperiode wollen wir uns für die Schließung des Abschiebegefängnisses Ingelheim und des Ausreisezentrums Trier einsetzen. Beide Einrichtungen dienen lediglich dazu, Flüchtlinge unter Druck zu setzen und sie in eine Situation der Hoffnungs- und Aussichtslosigkeit zu versetzen, um damit eine Ausreise zu erzwingen. Auch die Unterbringung in der Erstaufnahmeeinrichtung in Trier ist wegen der dort herrschenden Lageratmosphäre problematisch. Deshalb wollen wir erreichen, dass die Aufenthaltsdauer dort verkürzt und die Verteilung auf die jeweiligen Kommunen möglichst früh erfolgt. Langfristig streben wir an, dass Flüchtlinge während ihres Asylverfahrens in den Oberzentren des Landes untergebracht und diese finanziell entschädigt werden. Dort sind die Angebote für Integration umfassender und besser zu erreichen. Für Kinder und Jugendliche stehen entsprechende schulische Angebote zur Verfügung und auch die Integration in den Arbeitsmarkt kann schneller erfolgen. Wir wollen einen ungehinderten Zugang für alle Flüchtlinge, auch die ohne jeglichen Aufenthaltsstatus, zu gesundheitlicher Versorgung, zu Bildung und Ausbildung: Kein Mensch ist illegal! Wir lehnen die Meldepflicht von öffentlichen Stellen gegenüber den Ausländerbehörden strikt ab. Den Rechtsbeistand im Asylverfahren wollen wir durch die Schaffung eines Rechtshilfefonds verbessern.

Besonders schutzbedürftige Flüchtlinge wollen wir im Rahmen eines Resettlement-Programms aufnehmen und unterstützen dabei die „Save-Me“-Kampagne. Wir wollen weiterhin eine Bleiberechtsregelung ohne Stichtag und mit erfüllbaren Bedingungen, insbesondere hinsichtlich der Sicherung des Lebensunterhalts. Wir werden uns zudem im Bundesrat für die Abschaffung der Residenzpflicht und des Asylbewerberleistungsgesetzes einsetzen. Das Programm der Landesregierung zur Gewährung von Rückkehrhilfen für Flüchtlinge lehnen wir ab, wenn die Rückkehrhilfen dazu dienen sollen, den Druck zur Ausreise zu erhöhen.

Wir streben eine Überprüfung der Arbeit der Härtefallkommission an, um Verbesserungsvorschläge zu erarbeiten: In der rheinland-pfälzischen Härtefallkommission sind in den vergangenen Jahren viel zu wenige Fälle behandelt worden. Dass Härtefälle erst mit Zustimmung von drei Viertel der Mitglieder der Kommission anerkannt werden, ist eine zu hohe Hürde. Dies wollen wir ändern.
Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) sind besonders schutzbedürftig. Daher wollen wir nach der Rücknahme der deutschen Vorbehalte zur UN-Kinderrechtskonvention erreichen, dass künftig alle unter 18-jährigen UMF in kinder- und jugendgerechten Einrichtungen untergebracht werden und ihnen ein auch im Asylverfahren kompetenter Vormund und qualifizierter Rechtsbeistand an die Seite gestellt wird. Eine Verteilung auf

andere Kommunen des Landes soll nach Eintritt der Volljährigkeit nach Möglichkeit vermieden werden.

Antidiskriminierung institutionell absichern

Wir wollen Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts, der ethnischen Herkunft, der Religion oder Weltanschauung, der sexuellen Identität, des Alters oder aufgrund einer Behinderung im Arbeits- und Alltagsleben konsequent von Anfang an entgegentreten. Besonders gravierend sind Benachteiligungen im Arbeitsleben: Bei der Einstellung, beim beruflichen Aufstieg, bei den Arbeitsbedingungen, bei der Entlohnung.
Der Abbau von Diskriminierung sowie Homophobie und Transphobie muss in der neuen Landesregierung eine Querschnittsaufgabe sein. Zur Bekämpfung von Benachteiligungen wollen wir eine Antidiskriminierungsstelle des Landes einrichten. Denn vor allem im Bereich der Benachteiligung aufgrund sexueller Identität und der Altersdiskriminierung besteht noch großer Nachholbedarf. Diese Antidiskriminierungsstelle soll die Betroffenen unabhängig informieren, für gruppenspezifische Problemlagen qualifiziert beraten, ggf. Beratung durch andere geeignete Stellen vermitteln und eine gütliche Beilegung zwischen den Beteiligten anstreben. Weitere Aufgaben sind Schulungsangebote, Durchführung wissenschaftlicher Untersuchungen, regelmäßige Berichterstattung vor dem Landtag unter Berücksichtigung aller oben genannten Diskriminierungsmerkmale und die Erarbeitung von Empfehlungen zur Beseitigung und Vermeidung von Diskriminierungen.

Rheinland-Pfalz unter'm Regenbogen

Wir GRÜNE setzen uns ein für ein tolerantes und weltoffenes Rheinland-Pfalz, in dem die Ausgrenzung und Diskriminierung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transsexuellen, Intersexuellen und Transgender (LSBTTI) aktiv bekämpft und queere Lebenskonzepte als gleichwertige Lebenskonzepte dargestellt wird. Wir unterstützen dabei Aufklärungsarbeit in den Bildungseinrichtungen des Landes, z.B. auch durch deren Verankerung in Lehrplänen.
Zur Bekämpfung von Homo- und Transphobie werden wir uns dafür einsetzen, Finanzmittel für die Entwicklung von Programmen und Materialien bereitzustellen. Aufklärung setzt voraus, Kenntnisse über Qualität und Quantität von Diskriminierung und Straftaten aufgrund der sexuellen Identität zu haben. Daher werden wir uns für eine Verbesserung bei der Erfassung in der polizeilichen Kriminalstatistik einsetzen.

Wir GRÜNE setzen uns ein für eine angemessene und stetige ideelle und finanzielle Förderung schwul-lesbischer Infrastruktur und Interessenvertretung in Rheinland-Pfalz. Wir setzen uns für eine Förderung von Forschungsprojekten zur Geschichte und zur gegenwärtigen Situation von LSBTTI ein und streben eine institutionelle Verankerung dieser Forschung (z.B. Queer Studies) an den Hochschulen des Landes an. Eine angemessene Erinnerungskultur (Ausstellungen, Gedenkstätten, etc.) wollen wir auch etablieren.

Das Land soll sich im Bundesrat für eine Ausweitung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) einsetzen, damit LSBTTI in keinem Lebensbereich (auch nicht im Arbeitsverhältnis zu staatlichen oder kirchlichen Einrichtungen) diskriminiert werden. Auch die Landesgesetzgebung, z.B. das KiTaGesetz, ist mit dieser Zielsetzung zu überarbeiten. Die erst 2009 vorgenommene Anpassung des Landesrechts an das Lebenspartnerschaftsgesetz soll rückwirkend zum 1. August 2001 gelten.
Wir setzen uns dafür ein, dass die Gründung und Anerkennung von Regenbogenfamilien rechtlich und gesellschaftlich erleichtert wird: Wir wollen nicht nur die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare, sondern auch die Entwicklung von rechtlichen Möglichkeiten,

um Unterhalts- und Sorgerechtsregelungen für die besonderen Bedürfnisse von diesen Familien und ihren Kindern treffen zu können.

Durch Bundesratsinitiativen streben wir zudem an, das Steuerrecht so zu verändern, dass lesbische und schwule Partnerschaften mit heterosexuellen gleichgestellt werden, das Transsexuellengesetzes zu reformieren und die „sexuelle Identität“ als Merkmal in das Grundgesetz Artikel 3,Absatz 3 aufzunehmen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass bundesweit alle Urteile nach § 175 Strafgesetzbuch aufgehoben werden.

Für mehr Demokratie, Vielfalt und Toleranz – Gegen Faschismus und menschenverachtende Ideologien

Rassistische Parteien sind bei der jüngsten Kommunalwahl erneut in kommunale Räte eingezogen. Nazis und Organisationen am rechten Rand sprechen vielen Gruppen in der Gesellschaft ihr universales Recht auf Freiheit, Sicherheit und persönliche Entfaltung ab. Dabei richten sie sich nicht nur gegen Menschen mit Migrationshintergrund, sondern auch gegen Schwule und Lesben, Menschen mit Behinderungen, Obdachlose, Linke, Frauen und andere Gruppen. Durch Hetze, Einschüchterung, sprachliche und tätliche Gewalt entsteht ein Klima der Angst. In vielen Regionen unseres Bundeslandes treten Neonazis selbstbewusst auf und vertreten offen ihre menschenverachtende Ideologie. Rechte Gruppierungen organisieren Aufmärsche, Konzerte und andere Szenetreffs. Neonazis wenden sich im Umfeld von Schulen mit speziellen Zeitungen und Musik-CDs gezielt an junge Menschen.

Ressentiments und Feindseligkeiten gegen diskriminierte Gruppen sind keine bloßen „Randerscheinungen“. Empirische Studien messen regelmäßig eine beängstigend hohe Zustimmung zu rassistischen, antisemitischen, frauenfeindlichen und homophoben Aussagen. Dagegen setzen wir GRÜNE auf Bildung und Aufklärung für eine Gesellschaft der Vielfalt und Toleranz, die in der Mitte der Gesellschaft wirksam werden muss. Demokratie, Zivilcourage und Solidarität müssen frühzeitig und nachhaltig vermittelt werden. Daher ist es notwendig, Erzieherinnen und Erzieher, Lehrkräfte, Ausbilderinnen und Ausbilder sowie Sozialpädagoginnen und -pädagogen für diese Aufgabe zu schulen. Räume für eine vielfältige und offene Jugendkultur sind wichtig, damit rechte Hetze keinen Resonanzboden findet.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat staatliche Programme gegen Rechtsextremismus auf die Bekämpfung anderer, durch den Verfassungsschutz beobachteter Tendenzen ausgeweitet. Diese Gleichsetzung lehnen wir ab. Wir GRÜNE sehen es als Aufgabe aller demokratischen Kräfte an, eine aktive und wachsame Zivilgesellschaft zu stärken: Menschen, die für Demokratie und gesellschaftliche Vielfalt eintreten, sind der beste Verfassungsschutz. Zur Unterstützung dieser Basisarbeit wollen wir ein unabhängiges Institut einrichten, das mit Landesmitteln finanziert wird. Professionelle Fachkräfte sollen Kommunen und Organisationen beraten, vernetzen und unterstützen.

Breite Bündnisse gegen Rechts – Rheinland-Pfalz stellt sich quer

Wir GRÜNE setzen uns landesweit und auch vor Ort für breite Bündnisse mit anderen Parteien, Gewerkschaften, Vereinen, Verbänden, Institutionen und Antifa-Gruppen ein. Aufrufe zu friedlichen Aktionen gegen rechtsradikale Aufmärsche dürfen nicht kriminalisiert und Proteste nicht unter Generalverdacht gestellt werden. Antifaschistischer Widerstand ist legitim. Dazu gehört unter anderem auch, dass Menschen zusammenkommen und sich rechten Gruppen friedlich, aber entschieden in den Weg stellen. Unser Ziel ist, den öffentlichen Raum nicht den Neonazis und rassistischen Rechtsparteien zu überlassen: Rheinland-Pfalz stellt sich quer!

Wir fordern von allen demokratischen Parteien eine konsequente und eindeutige Distanzierung vom rechten Rand. In demokratischen Parlamenten und kommunalen Räten darf es keine Zusammenarbeit mit rassistischen Parteien geben.
Verbote rechter Parteien allein sind kein geeignetes Mittel, um Einstellungen am rechten Rand wirksam zu bekämpfen. Unser Ziel ist, dass Rechtsaußenfraktionen aus demokratisch gewählten Räten und Parlamenten verschwinden, weil die Menschen sie aus guten Gründen nicht mehr wählen. So lange rechte Parteien gewählt werden, setzen wir GRÜNE auch in unserer parlamentarischen Arbeit auf die Entlarvung ihrer Ausgrenzungsstrategien, ihrer Hetze und ihrer verbalen Gewalt. Inakzeptable politische Positionen dürfen nicht unwidersprochen bleiben, aber sie dürfen auch nicht aufgewertet werden, indem sie als Gegenstand einer normalen parlamentarischen Debatte akzeptiert werden.

Der beste Schutz gegen menschenverachtende, demokratiefeindliche Propaganda ist politische Bildung. Demokratie, Zivilcourage und Solidarität müssen frühzeitig und nachhaltig gelernt werden. Eine Ausweitung der Bekämpfungsprogramme ohne Erhöhung der Mittel führt dazu, dass rechtsradikale Bestrebungen künftig noch weniger bekämpft werden. Deshalb fordern wir neben den Bundesprogrammen den Ausbau des landesweiten Bildungs- und Informationsprogrammen gegen Rechts, das auf unterschiedliche Zielgruppen eingeht. Die Stärkung jeglicher demokratischer Jugendkultur ist ein fundamentaler Bestandteil des Kampfes gegen Rechts, um das Nachwachsen rechter Ideen zu verhindern. Wir fordern eine verlässliche und solide Finanzierung und Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen und Projekte.
In Aussteigerprogrammen müssen zunehmend Genderaspekte berücksichtigt werden, da Frauen in rechtsextremen Kreisen zunehmend an Bedeutung und Einfluss gewinnen.

Rechte Gewalt konsequent verfolgen – Opfer schützen und unterstützen

Polizei und Justiz müssen noch stärker für rechtsextreme Strukturen sensibilisiert werden. Angriffe auf Menschen aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit, homophober, rassistischer oder sonstiger Zuschreibungen müssen als solche besser erkannt, untersucht und statistisch lückenlos erfasst, aber auch konsequent verfolgt und bestraft werden. Die Gesellschaft darf es nicht weiter hinnehmen, dass Opfer rechter Gewalt oft alleine gelassen werden und sich voller Angst aus dem öffentlichen Leben zurückziehen. Deshalb muss in der Fläche ein engmaschiges Netzwerk zur Beratung und Unterstützung der Opfer aufgebaut werden – mit Beratungsstellen und mobilen Opferberatungsteams.

Erinnerungs- und Gedenkarbeit fördern

Die Erinnerung an den Nationalsozialismus mahnt uns, den Kampf gegen Antisemitismus und Faschismus konsequent fortzusetzen. Der Erinnerungs- und Gedenkarbeit an Stätten der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu. Die Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen zur NS-Zeit in Rheinland-Pfalz muss in ihrer wichtigen Arbeit auch in Zukunft unterstützt werden. Die beiden rheinland-pfälzischen KZ-Gedenkstätten Osthofen und Hinzert, aber auch die vielen regionalen und lokalen Gedenkinitiativen müssen in ihrer Erinnerungsarbeit unterstützt werden. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass die Namen der Verfolgten aller Opfergruppen im öffentlichen Raum sichtbar gemacht werden. Straßenbenennungen nach Personen, die zur Ermöglichung der NS-Vernichtungspolitik beigetragen haben, müssen geändert werden.

Rheinland-Pfalz im Herzen der EU

Die Europäische Union lebt von den Impulsen und dem Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger. Mit der Verabschiedung des Lissabon-Vertrages wurde das Europäische Parlament mit den gewählten Vertreterinnen und Vertretern der EU-Bürgerinnen und -Bürger gestärkt und eine GRÜNE Forderung zu mehr direkter Demokratie umgesetzt. Die Mitwirkungsrechte der Bürgerinnen und Bürger sowie der Regionen wollen wir weiter stärken. Wir setzen uns ein für mehr Möglichkeiten direkter Demokratie für Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer im Ausschuss der Regionen. Partnerschaften mit anderen europäischen Regionen stellen für uns eine wirtschaftliche und kulturelle Bereicherung dar, daher streben wir weitere Partnerschaften an. Wir wollen die Zusammenarbeit im „Vierer-Netzwerk“ mit den rheinland-pfälzischen Partnerregionen Oppeln (Polen), Mittelböhmen (Tschechische Republik) und Burgund (Frankreich) intensivieren. Die Lebensqualität der Menschen in Rheinland-Pfalz, die in ländlichen Regionen leben, wollen wir durch eine nachhaltige EU-Strukturpolitik verbessern.

Rheinland-Pfalz in der Welt

Der alte Slogan „Global denken – lokal handeln“ hat für uns eine doppelte Bedeutung: Die globalen Probleme müssen auch auf regionaler und lokaler Ebene angegangen werden und die lokalen und regionalen Probleme müssen im Sinne einer nachhaltigen und friedlichen globalen Entwicklung gelöst werden. Es geht um die Verantwortung des Landes und der Kommunen, z.B. den Klimawandel zu stoppen und der Gefährdung unserer natürlichen Lebensgrundlagen entgegen zu treten, ja womöglich durch praktische Solidarität einen Beitrag zur friedlichen Lösung von Konflikten zu leisten. Wir GRÜNE wollen in der Verwaltung und der Zivilgesellschaft Initiativen unterstützen (Städtepartnerschaften, transnationale Netzwerke, Solidaritätsgruppen etc.), die sich für Frieden und Abrüstung, Demokratie und Menschenrechte sowie für politische Veränderungen in den Nord-Süd-Beziehungen einsetzen.

In diesem Zusammenhang begrüßen wir GRÜNE die Graswurzelpartnerschaft zwischen Rheinland-Pfalz und Ruanda: Partnerschaftsvereine, Kirchen und Kommunen pflegen freundschaftliche Kontakte mit den ruandischen Partnern und leisten Hilfe unter Vermittlung der rheinland-pfälzischen Landesregierung in örtlichen Projekten (Schulbau, Gesundheitszentren) beim Aufbau ihres Landes, das immer noch unter den Folgen des Völkermordes von 1994 leidet.

Allerdings kritisieren wir die undemokratischen Strukturen in Ruanda unter dem autoritären Staatschef Paul Kagame, dem die Mitverantwortung für Verbrechen im Kongo vorgeworfen wird. Die Landesregierung soll sich dafür einsetzen, dass sich die ruandische Regierung einer internationalen Untersuchung dieser Vorwürfe stellt.

Das ruandische Wirtschaftswachstum nutzt besonders den städtischen Eliten, während die Entwicklung des ländlichen Raumes vernachlässigt wird. Daher werden wir uns dafür einsetzen, Hilfen aus Rheinland-Pfalz an soziale und ökologische Kriterien zu koppeln.

Menschenrechtsorganisationen beschreiben Ruanda als Ein-Parteien-Staat. Im neuen rheinland-pfälzischen Landtag werden wir uns für die Unterstützung ruandischer Menschenrechtsinitiativen und für einen Menschenrechtsdialog mit der ruandischen Regierung einsetzen, um diese zu bewegen, ihr Land für die Entwicklung einer liberalen Zivilgesellschaft und Mehrparteiendemokratie zu öffnen.

Rheinland-Pfalz zivil umwandeln

In Büchel lagern weiterhin Atomwaffen. Diese dienen der „nuklearen Teilhabe“ der Bundesregierung, weshalb deutsche Pilotinnen und Piloten den Abwurf von Atomwaffen trainieren. Nukleare Teilhabe besagt, dass die Bundesregierung mitentscheidet, ob und wie die Atombomben eingesetzt werden – ein klarer Verstoß gegen Grundgesetz und internationales Recht. Wir wollen, dass die Atomwaffen aus Rheinland-Pfalz sofort

abgezogen und unschädlich gemacht werden und die Bundesregierung die rechtswidrige „nukleare Teilhabe“ aufgibt. Wir wenden uns aktiv gegen völkerrechtswidrige Einsätze, die von Rheinland-Pfalz ausgehen.

Durch das US-Luftwaffenhauptquartier in Ramstein und die Militärbasis Spangdahlem fungiert Rheinland-Pfalz als zentrale logistische Drehscheibe für internationale Militäreinsätze. Aufgabe GRÜNER Landespolitik ist weiterhin, Auswege aus der Funktion unseres Bundeslands als "Flugzeugträger" für internationale Militärinterventionen aufzuzeigen. Die SPD-Landesregierung profiliert sich durch einen massiven Einsatz für die Aufrechterhaltung der Militärpräsenz und fördert den Ausbau der verbliebenen US-Stützpunkte in Rheinland-Pfalz mit Zuschüssen aus dem Landesetat. Dagegen treten wir GRÜNE dafür ein, dass die Militärpräsenz in unserem Land planvoll abgebaut wird. Die künftige Landesregierung muss an die Bundesregierung, die USA und die NATO starke Signale zum Truppenabzug senden. Wir wollen, dass die wirtschaftliche Abhängigkeit ganzer Regionen in unserem Land vom Faktor Militär durch eine vorausschauende Politik der zivilen Umwandlung (Konversion) überwunden wird, durch die neue zivile Arbeitsplätze geschaffen werden. Die anstehenden Konversionsprojekte sollen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern entwickelt und begleitet werden.
Wir wollen eine Konversionsagentur für Rheinland-Pfalz einrichten, die vorausschauend die Umwandlung von militärisch genutzten Flächen und Einrichtungen zu zivilen Projekten vorantreiben und koordinieren soll. Laufende Projekte und Erfahrungen aus Konversionsprojekten sollen dort gebündelt werden. Unter dem Dach einer künftigen Friedensakademie Rheinland-Pfalz sollen Friedensfachkräfte ausgebildet werden, die in Krisensituationen präventiv und deeskalierend tätig werden. Dabei soll die Friedensakademie mit Stiftungen und Initiativen für zivilen Friedensdienst zusammenarbeiten und mit ihnen gemeinsam Ausbildungsprogramme auflegen.
Wir lehnen die Kooperationsvereinbarung zwischen dem Kultusministerium Rheinland-Pfalz und dem Bundesminister der Verteidigung ab, wonach die Bundeswehr von Staats wegen zum Thema "Friedens und Sicherheitspolitik" auf Schülerinnen und Schüler einwirken darf. Die Schule soll kein Ort für militärische Rekrutierungsversuche sein. Wir vertrauen darauf, dass das Wissen um unterschiedliche Methoden der Konfliktbearbeitung - vom militärischen bis zum zivilen und gewaltfreien Austragen von Konflikten - im regulären Schulunterricht vermittelt werden kann. In der kommenden Legislaturperiode werden wir dafür sorgen, dass die einseitig die militärische Variante begünstigende Kooperationsvereinbarung gekündigt wird. Wir wollen, dass Rheinland-Pfalz zu einem Musterland der Abrüstung, Konversion und ziviler Friedenskonzepte umgewandelt wird.